

EVS-Bibliographie: (4. Auflage, Stand: Dezember 2004)

Springer, Antje; Papastefanou, Georgios

Veröffentlichungsversion / Published Version
Bibliographie / bibliography

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Springer, A., & Papastefanou, G. (2005). *EVS-Bibliographie: (4. Auflage, Stand: Dezember 2004)*. (ZUMA-Methodenbericht, 2005/03). Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen -ZUMA-. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48491-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

ZUMA Methodenbericht 2005/03
EVS- Bibliographie
(4. Auflage, Stand: Dezember 2004)

Antje Springer, Georgios Papastefanou
Januar 2005
ISSN 1610-9945

ZUMA
B2,1
Postfach 122155
68072 Mannheim
Telefon: (0621) 1246-278
Telefax: (0621) 1246-100
E-mail: springer@zuma-mannheim.de
papastefanou@zuma-mannheim.de

Zusammenfassung
Bibliographie zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)
(Stand: Dezember 2004)

Die vorliegende EVS-Bibliographie wurde innerhalb des German Microdata Lab von dem Bereich Haushaltsbudgetdaten erarbeitet und dokumentiert alle uns bekannten Arbeiten mit Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben, die in Büchern oder Fachzeitschriften veröffentlicht sind oder als "graue Literatur" (in Form von Arbeitsberichten, Diplom- oder Masterarbeiten usw.) vorliegen. Neben den bibliographischen Angaben enthält die EVS-Bibliographie Abstracts der dokumentierten Arbeiten. Die Abstracts sind unter besonderer Berücksichtigung derjenigen Teile einer Publikation erstellt worden, in denen EVS-Daten verwendet wurden.

Bibliographie zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)
(Stand: Dezember 2004)

Die vorliegende EVS-Bibliographie dokumentiert alle uns bekannten Arbeiten mit Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die in Büchern oder Fachzeitschriften veröffentlicht sind oder als "graue Literatur" (in Form von Arbeitsberichten, Diplom- oder Masterarbeiten usw.) vorliegen. Neben den bibliographischen Angaben enthält die EVS-Bibliographie Abstracts der dokumentierten Arbeiten. Die Abstracts sind unter besonderer Berücksichtigung derjenigen Teile einer Publikation erstellt worden, in denen EVS-Daten verwendet wurden.

Die in der vorliegenden, vierten Fassung der EVS-Bibliographie dokumentierten 295 Arbeiten verteilen sich folgendermaßen auf verschiedene Publikationsformen (siehe Tabelle 1) sowie auf die verschiedenen Jahrgänge (siehe Tabelle 2).

Tabelle 1: Arbeiten mit EVS Daten nach Publikationsformen

Publikationsform	Anzahl Stand 12/04
Bücher, ganz	23
Bücher, Kapitel	62
Journals	94
Berichte	98
Thesis/Dissertationen	10
Konferenzbeiträge	8
Gesamt	295

Tabelle 2: Publikationen nach Jahrgängen

Jahrgang (1981-2004)	Anzahl Stand 12/04
1981	3
1983	1
1984	1
1985	1
1987	2
1988	1
1989	1
1990	4
1991	4
1992	6
1993	2
1994	6
1995	14
1996	12
1997	23
1998	29
1999	38
2000	34
2001	41
2002	35
2003	23
2004	14

Die EVS-Bibliographie kann nur vollständig und aktuell bleiben, wenn uns alle Datennutzer über ihre Veröffentlichungen informieren. Ideal wäre es - besonders wenn es sich um graue Literatur handelt - wenn Sie uns zwei Belegexemplare von jeder Arbeit zusenden, der EVS-Daten zugrunde liegen, und zwar an das:

Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen e.V.
Abteilung GML, Bereich Haushaltsbudgetdaten
Postfach 12 21 55
68072 Mannheim

Bei allgemein zugänglichen Veröffentlichungen wäre uns auch mit Literaturangaben und einem Abstract gedient, das Sie per e-mail an papastefanou@zuma-mannheim.de schicken können.

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) (Kurzbeschreibung)

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) wird seit 1962/1963 i. d. R. alle 5 Jahre, in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der Länder, durchgeführt. Im Bundesdurchschnitt werden 0,2 % aller privaten Haushalte befragt. Seit 1993 findet die Befragung in allen 16 Bundesländern statt. Die Teilnahme an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ist freiwillig. An der zuletzt 2003 durchgeführten Erhebung waren rd. 60 000 Haushalte beteiligt.

Die Haushalte wurden zu folgenden Themen befragt:

- Zusammensetzung des Haushalts
- Beteiligung am Erwerbsleben der Haushaltsmitglieder
- Wohnsituation
- Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern
- Art und Höhe der Einkommen/ Einnahmen
- Art und Höhe der Konsumausgaben
- Art und Höhe des Vermögens bzw. der Schulden.

Neben der Abfrage der soziodemographischen Merkmale, der Wohnsituation und der Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern zum Stichtag 1. Januar 2003 umfasst das Einführungsinterview auch Angaben zum Geld- und Sachvermögen sowie zu den Hypotheken- und Konsumentenkreditschulden privater Haushalte. In den Haushaltsbüchern wurden - für jeweils drei Monate - die Einnahmen und Ausgaben sowie Geldvermögen und Schulden von allen Haushalten angeschrieben. Darüber hinaus machte jeder 5. Haushalt Angaben über seinen Verbrauch von detailliert aufgegliederten Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren sowie Mahlzeiten außer Haus. Diese Haushalte wurden durch die Ziehung einer Substichprobe unter den teilnehmenden Haushalten ermittelt. Aufgrund des umfassenden Merkmalskatalogs lassen sich mit den Daten vielfältige Informationen zur wirtschaftlichen Lage der privaten Haushalte, zu den Verbrauchsgewohnheiten, zur Vermögensbildung, zur Schuldensituation etc. bereitstellen.

Die Daten der EVS können als faktisch anonymisierte Einzeldaten für wissenschaftliche Zwecke beim Statistischen Bundesamt angefordert werden.

Nähere Informationen sind auf der Webseite des Statistischen Bundesamtes zu finden:

http://www.destatis.de/micro/d/micro_c2.htm

Statistisches Bundesamt
Zweigstelle Bonn
Gruppe IXC
Graurheindorfer Str. 198
53117 Bonn
Fax: 01888 / 644 - 8970 oder poststelle@destatis.de

Kontaktperson ist

Frau Heidrun Wolter

Tel.: 01888 / 644 - 8855 oder heidrun.wolter@destatis.de

Die EVS: ein Produkt im German Microdata Lab (GML)

Das GML ist auf Anregung des Gründungsausschusses des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten eingerichtet worden.

Die im GML organisierten Bereiche konzentrieren sich auf die Wissensvermittlung und Beratung zu allen Daten und die Anreicherung bzw. Weitergabe entsprechend anonymisierter Daten. Bei den für das GML relevanten Daten handelt es sich um Mikrodaten zu Struktur, Fakten und Verhalten, jedoch nicht um Einstellungen, Werten o.ä.

So liegt der Schwerpunkt des Bereichs Haushaltsbudgetdaten darin, die sozialwissenschaftliche Forschung und Lehre bei Zugang und Analyse zu Individualdaten über das faktische Güterkonsumverhalten privater Haushalte zu verbessern. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) der amtlichen Statistik, sowie Verbraucherpaneldaten der kommerziellen Marktforschung bieten hierzu das größte Potential für Sekundäranalysen.

Der Bereich Haushaltsbudgetdaten berät WissenschaftlerInnen in Fragen des Datenzugangs, der Verarbeitung sowie der Analyse von Verbrauchsdaten, insbesondere von Längsschnittinformationen über den Güterkonsum privater Haushalte.

Die Serviceleistungen umfassen:

- Beratung bei der Anforderung von Scientific Use Files
- Zugang zu Verbraucherpaneldaten
- Erstellen von SPSS-Setups zur Verarbeitung von EVS- und Verbraucherpaneldaten
- Aufbereitung und Bereitstellung von Dokumentationsmaterialien
- Bereitstellung von Tools (z.B. Evslabels)
- Beratung bei der Analyse von EVS- und Verbraucherpaneldaten

A

Lebenslagen in Deutschland - Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung: Berlin, (2001).

Abstract: Mit dem am 25.04.2001 vom Bundeskabinett gebilligten Bericht "Lebenslagen in Deutschland - Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung" wird erstmals eine umfassende Bestandsaufnahme der sozialen Lage in der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt. Im Zentrum des Berichts steht die Verteilung von Einkommen und Vermögen auf die Haushalte und Personen. Unter anderem finden in diesem Bericht die Daten der EVS 1998 Verwendung. Der Bericht fasst die Ergebnisse von zwanzig Expertisen in einem knappen Satz zusammen: Die Bestandsaufnahme und Analyse der Entwicklung in Deutschland bis 1998 macht in fast allen Lebensbereichen deutlich, dass soziale Ausgrenzung zugenommen und Verteilungsgerechtigkeit abgenommen hat. Weiterhin wird deutlich, dass seit 1973 sowohl die Armutsquote als auch die Reichtumsquote angestiegen sind, während der mittlere Bereich ausdünnte. Die Reichtumsquote wird allerdings noch unterschätzt, da die Einkommens- und Verbrauchsstichproben den oberen Bereich nicht vollständig erfassen.

Lebenslagen in Deutschland - Daten und Fakten. Materialband zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung: Berlin, (2001).

Abstract: Mit dem am 25.04.2001 vom Bundeskabinett gebilligten Bericht "Lebenslagen in Deutschland - Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung" wird erstmals eine umfassende Bestandsaufnahme der sozialen Lage in der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt. Im Zentrum des Berichts steht die Verteilung von Einkommen und Vermögen auf die Haushalte und Personen. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung kann auf eine Vielzahl bewährter und fundierter Datenquellen zurückgreifen. Gleichzeitig ist es Aufgabe des Berichts, die vorhandenen Datenquellen einer kritischen Überprüfung, insbesondere mit Blick auf den Erkenntniswert und ihre Verwendbarkeit für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung, zu unterziehen. Die Bestandsaufnahme der Datenlage, die Prüfung der Qualität der Daten und der Hinweis auf Datenlücken und Beschränkungen der Datenquellen sind Voraussetzungen für eine perspektivische Behebung der Defizite und wird in dem Materialband durchgeführt.

Verteilungswirkungen des deutschen Steuersystems. Gutachten des RWI Essen „Empirische Analyse der effektiven Inzidenz des deutschen Steuersystems im Zeitablauf“. Bundesministerium der Finanzen: Berlin, (2002).

Abstract: Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in Essen hat im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen die Verteilungswirkungen der

Einkommensteuer, der Mehrwertsteuer sowie der Kfz-bezogenen Steuern (das sind zusammen ca. 85 % des Steueraufkommens) untersucht. Im Vordergrund der Analyse steht eine Bestandsaufnahme zum Stichjahr 1998, die zugleich die Entwicklungslinien seit Anfang der Neunzigerjahre aufzeigt. Vor dem Hintergrund des gegenwärtigen Standes der Theorie, des empirischen Instrumentariums und der verfügbaren Daten hat das Institut aufbauend auf dem empirisch robust handzuhabenden Destinatärprinzip praxisnah versucht, Aussagen zur Steuerpolitik im Sinne effektiver Inzidenz abzuleiten. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die effektive Inzidenz der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte nicht Gegenstand der vorliegenden Untersuchung war.

Vermögensbildung privater Haushalte: Trotz Wirtschaftsschwäche kein Angstsparen. *BVR Volkswirtschaft Spezial*, 10: 1-23, (2004).

Abstract: "BVR Volkswirtschaft special" gibt monatlich volkswirtschaftliche Daten und Zusammenhänge sowie Stellungnahmen des BVR heraus. Der Konjunkturbericht enthält Analysen der monetären und konjunkturellen Situation in Deutschland und den Euro-Ländern sowie Darstellungen der wirtschaftspolitischen Einschätzungen des BVR. In diesem Beitrag liegt der Schwerpunkt auf Vermögensbildung privater Haushalte und bezieht in diesem Zusammenhang Ergebnisse aus der EVS 2003 in die Betrachtungen mit ein.

Abel-Smith, B., Brown, J. C., Greffe, X., Hauser, R., Schaber, G. und Vranken, J., (1983). *Final Report from the Commission to the Council on the First Programme of Pilot Schemes and Studies to Combat Poverty*. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Brüssel.

Albrecht, I., (1999). Erste Ergebnisse aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. *Statistische Monatshefte Mecklenburg-Vorpommern*, 2: 8-11.

Abstract: Im Rahmen der 1998 zum zweiten Mal in Mecklenburg-Vorpommern durchgeführten EVS können nun erste Ergebnisse aus den zu Beginn der Erhebung geführten Einführungsinterviews vorgelegt werden. Diese Ergebnisse beinhalten vor allem Angaben zur Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern sowie zur Wohnsituation der Haushalte zu Beginn des Jahres 1998. Weiterhin geben die Zahlen darüber Auskunft, inwieweit sich die Situation der Haushalte in den letzten fünf Jahren verändert und anderen Bundesländern angeglichen hat.

Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände e.V.(Hg.), (1994). *Schuldenreport 1993 : Die Verschuldung der privaten Haushalte in Deutschland*. Neuwied: Luchterhand.

B

Bach, S. und Bartholomai, B., (1996). Zur Neuregelung von Vermögen- und Erbschaftssteuer. *DIW Wochenbericht*, 30: 1-15.

Abstract: Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts müssen Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer neu geregelt werden. Grund dafür war die bisherige Begünstigung des Grundvermögens gegenüber anderen Vermögensformen infolge der viel zu niedrigen Einheitsbewertung. Bei einer Orientierung am Verkehrswert errechnet sich ein Grundvermögen privater Haushalte in Höhe von fast 10 Billionen DM. Davon wird nur ein Bruchteil im Bereich der Vermögenssteuer berücksichtigt. Die Überlegungen gehen dahin, die Vermögenssteuer durch die Erbschaftssteuer zu ersetzen.

Bach, S. und Bartholomai, B., (1998). Immobilienvermögen privater Haushalte in Deutschland 1995. *DIW Wochenbericht*, 35: 1-19.

Abstract: Auf der Grundlage verschiedener statistischer Quellen wurde erstmalig für Deutschland eine umfassende Darstellung des Immobilienvermögens und der Besitzverhältnisse durchgeführt, u.a. mit der EVS 1993. So belief sich das private Immobilienvermögen in Deutschland 1995 auf 7300 Mrd. DM, wenn man die Sachwerte zugrundelegt. Ertrags- und Verkehrswerte sind hingegen niedriger. Damit übersteigt das Immobilienvermögen erheblich den Wert des privaten Geldvermögens. 49% aller Haushalte haben Haus- und Grundbesitz.

Becker, I. und Hauser, R., (1994). *Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren*. Institut für VWL: Frankfurt/Main.

Abstract: In diesem Arbeitspapier werden Veränderungen der Wohlstandsverteilung während der Periode 1972 bis 1991 vor dem Hintergrund der ökonomischen und demografischen Entwicklung in Westdeutschland skizziert und die Wohlstandsverteilung in Ostdeutschland vor und nach der Wiedervereinigung verglichen. Dabei beziehen sich die Autoren auf das Äquivalenzeinkommen von Personen zur Erfassung des individuellen Wohlstands. Die Analyse bezieht sich zum einen auf Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes und zum anderen auf verschiedene Verteilungsmaße auf Basis von Mikrodaten, wobei zwei Datenquellen zur Verfügung standen: die offiziellen

Einkommens- und Verbrauchsstichproben (1973, 1978 und 1983) und das Sozioökonomische Panel (1983 bis 1990 für Westdeutschland, 1990 und 1991 für Ostdeutschland). Auf mittlerem Aggregationsniveau zeigen sich wesentliche Änderungen in den relativen Wohlstandspositionen der zehn unterschiedlichen sozio-ökonomischen Gruppen, aber eine nahezu unveränderte Rangfolge der Gruppen während des gesamten Beobachtungszeitraums.

Becker, I., (1995). Das Bürgergeldmodell als alternatives Grundsicherungssystem: Darstellung und kritische Würdigung einiger empirischer Kostenschätzungen. *Finanzarchiv*, 52: 306-338.

Abstract: Im vorliegenden Übersichtsartikel werden einige empirische Studien zu den primären Anstoßeffekten einer Negativen Einkommenssteuer vorgestellt. Die gegenwärtig diskutierten Vorschläge zur Reform der Mindestsicherungssysteme in Deutschland durch die Einführung eines Integrierten Steuer-Transfer-Systems knüpfen meist an das "Bürgergeldkonzept" von Joachim Mitschke an; die geschätzten fiskalischen Kosten weichen allerdings erheblich voneinander ab, auch wenn alle indirekten Reformeffekte ausgeklammert bleiben. Dies ist teilweise auf konzeptionelle und methodische Unterschiede, aber auch auf jeweils spezifische Annahmekonstellationen zurückzuführen. Es deuten sich erhebliche Mehrkosten des Bürgergeldkonzepts gegenüber dem Status quo an, wenn man einen Transferentzug von 50% unterstellt, an den Normen des Bundessozialhilfegesetzes festhält und die Reformvariante auf steuerfinanzierte, direkte Transfers an private Haushalte beschränkt. Bei einem höheren Transferentzugsatz und einer damit niedrigeren Transfergrenze würden die Zusatzkosten zwar geringer ausfallen, dies würde aber den beabsichtigten Anreizeffekten der Reform entgegenstehen.

Becker, I., (1995). *Stabilität der Einkommensverteilung - Ergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland bis zur Wiedervereinigung*. Institut für VWL: Frankfurt/Main.

Abstract: In dieser Untersuchung wurde als empirische Basis die EVS-Datenbank an der Universität Frankfurt a.M. verwendet, in der die (anonymisierten) Individualdaten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1962/63, 1969, 1973, 1978, 1983 und 1988-z.T. als 98%-Unterstichprobe mit reduziertem Variablenkatalog- zusammengefasst sind. Der Beobachtungszeitraum von einem Vierteljahrhundert erstreckt sich auf die Zeit des "Kalten Krieges" - von einem Jahr nach dem Bau der Berliner Mauer bis kurz vor den Fall dieser Grenze. Die folgende Untersuchung beschäftigt sich mit der Frage, inwieweit die gesamtwirtschaftliche Entwicklung im Zusammenhang mit demografischen Strukturveränderungen und wechselnden politischen Mehrheiten bzw. Prioritäten die Verteilung von Einkommen und Wohlstandsposition verändert hat. Da die zur Verfügung stehende EVS-Datenbank Querschnittsinformationen von lediglich 6 Stichjahren des 25 Jahre umfassenden Zeitraums enthält, lassen sich konjunkturelle Effekte auf die

Einkommensverteilung nicht isolieren. Mit Ausnahme des Erhebungsjahres 1978, das hinsichtlich der realen Wachstumsrate durch einen konjunkturellen Höhepunkt(+5,3%) bei allerdings schon recht hoher Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist, fallen alle anderen Untersuchungsjahre zwischen die zyklischen Wendepunkte, was die Interpretation der EVS-Ergebnisse im Sinne einer Zeitreihe erleichtert. Das wesentliche Ziel dieser Untersuchung besteht in der Deskription der Verteilungsergebnisse in den jeweiligen Stichjahren, wobei es in Anlehnung an den individualistischen Ansatz der Wohlfahrtsökonomie letztlich um Personen als Untersuchungseinheiten geht.

Becker, I. und Hauser, R., (1995). Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren. *Konturpolitik. Zeitschrift für angewandte Wirtschaftspolitik*, 41: 308-344.

Abstract: In diesem Artikel werden Veränderungen der Wohlstandsverteilung während der Periode 1972 bis 1991 vor dem Hintergrund der ökonomischen und demografischen Entwicklung in Westdeutschland skizziert und die Wohlstandsverteilung in Ostdeutschland vor und nach der Wiedervereinigung verglichen. Dabei beziehen sich die Autoren auf das Äquivalenzeinkommen von Personen zur Erfassung des individuellen Wohlstands. Die Analyse bezieht sich zum einen auf Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes und zum anderen auf verschiedene Verteilungsmaße auf Basis von Mikrodaten, wobei zwei Datenquellen zur Verfügung standen: die offiziellen Einkommens- und Verbrauchsstichproben (1973, 1978 und 1983) und das Sozio-ökonomische Panel (1983 bis 1990 für Westdeutschland, 1990 und 1991 für Ostdeutschland). Auf mittlerem Aggregationsniveau zeigen sich wesentliche Änderungen in den relativen Wohlstandspositionen der zehn unterschiedlichen sozioökonomischen Gruppen, aber eine nahezu unveränderte Rangfolge der Gruppen während des gesamten Beobachtungszeitraums.

Becker, I., (1995). *Kostenelemente eines Bürgergeldmodells*. Institut für VWL: Frankfurt/Main.

Abstract: Seit Mitte der achtziger Jahre werden Integrierte Steuer-Transfer-Systeme in Deutschland auf wissenschaftlicher und auf politischer Ebene erörtert, in der gegenwärtigen Situation insbesondere unter dem Namen "Bürgergeld". Die vorliegende Analyse beschäftigt sich mit den wesentlichen Kostenfaktoren eines Bürgergeldmodells im Transferbereich. Die Kostenschätzungen basieren auf einem mikroökonomischen Untersuchungsansatz unter Verwendung der Individualdaten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1983 und 1988 und beschränkt sich damit auf die Untersuchung der alten Bundesländer. In methodischer Hinsicht entspricht der Beitrag dem Konzept der formalen Partialinzidenz unter Verwendung des Instruments der statischen Simulation. Bei den Ergebnissen kann es sich deshalb lediglich um die Abschätzung der Größenordnung von unmittelbaren Effekten einer Reform handeln.

Becker, I., (1996). *Did Earnings Inequality in the Federal Republic of Germany Increase from the 1960s to the 1980s?* Institut für VWL: Frankfurt/Main.

Abstract: The following analysis of distribution of annual wage and salary income in the Federal Republic of Germany is based on a quite broad perspective thus covering a heterogeneous group and several structural developments. At first all persons with a non-zero wage and salary income will be included to show the cumulative effects of changes in the labour market during the quarter of a century before unification. In a step we shall concentrate on those who have been employed and earned more than the lower annual social insurance threshold. By applying this narrower concept, indeed, persons with casual earnings are excluded but regular part-time workers are still included. We shall look at the overall trend of earnings inequality as well as at group-specific developments by decomposing inequality indicators. But before turning to the microanalytical approach some hypotheses about the distributional effects of structural changes of the labour market will be presented. The following analysis is based on microdata of the Income and Consumption Surveys ("Einkommens- und Verbrauchsstichproben", EVS) 1962/63, 1969, 1973, 1983 and 1988.

Becker, I. und Hauser, R., (1996). *Einkommensverteilung und Armut in Deutschland von 1962 bis 1995*. Institut für VWL: Frankfurt/Main.

Becker, I., (1997). Die Entwicklung der Einkommensverteilung und Einkommensarmut in den alten Bundesländern von 1962 bis 1988. S. 43- 61, in: Becker, I. und Hauser, R. (Hrsg.), *Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft?* Frankfurt/Main, New York: Die verteilungspolitische Diskussion in der BRD hat in den letzten Jahren deutlich an Schärfe zugenommen. Die angespannte Lage wird begleitet von zahlreichen Vorschlägen zum Umbau oder Abbau des Sozialstaates. Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit der Zeit vor der Wiedervereinigung. Die Fragestellung beschränkt sich auf die Verteilung materiellen Wohlstands, soweit dieser sich im monetären Einkommen niederschlägt. Das Messkonzept orientiert sich am individualistischen Ansatz der Wohlfahrtsökonomie, wobei Personen als Untersuchungseinheiten betrachtet werden und nicht Haushalte. Zur Messung der Wohlstandsposition von Individuen wird dennoch zunächst an das Haushaltsnettoeinkommen angeknüpft. Durch Division des Haushaltsnettoeinkommens mit einem vom Haushaltstyp abhängigen Gewichtungsfaktor wird das sog. Nettoäquivalenzeinkommen ermittelt und jedem Haushaltsmitglied zur Kennzeichnung seiner individuellen Wohlstandsposition zugeordnet. Als Ergebnis der Analysen bleibt festzuhalten, dass in der "alten" BRD vielfältige Teilentwicklungen innerhalb des Untersuchungszeitraumes stattgefunden haben, die die Gefahr zunehmender Spaltung der Gesellschaft in sich bergen.

Becker, I., (1997). Entwicklung der Einkommensverteilung in Deutschland: zunehmende Spaltung der Gesellschaft? *WSI-Mitteilungen*, 50: 690-700.

Abstract: Im folgenden Beitrag wird der Frage nachgegangen, wie sich die personelle Einkommensverteilung im letzten Jahrzehnt vor der deutschen Wiedervereinigung sowie in der Zeit danach in West- und Ostdeutschland entwickelt hat. In Hinblick auf die Gefahr, dass Personen und Familien mit weit unterdurchschnittlichen Einkommen sozial ausgegrenzt werden, was dem gesellschaftspolitischen Ziel einer Integration aller Gesellschaftsmitglieder widerspricht, wird insbesondere die Entwicklung von relativer Armut analysiert, aber auch das Pendant, nämlich relativer (Einkommens-) Reichtum, zumindest ansatzweise untersucht. Der folgenden Verteilungsanalyse und den Fragen nach Armut und Reichtum in unserer Gesellschaft liegt ein mikroanalytischer Ansatz zugrunde. Als Ausgangspunkt wurde das Haushaltsnettoeinkommen gewählt. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Verarmung mittlerweile ein alarmierendes Ausmaß angenommen hat und dass die Einkommensdifferenzierung in den letzten Jahren größer geworden ist. Es gibt keine Hinweise darauf, dass der Sozialstaat die Ungleichheit der Verteilung abgebaut hätte, er hat allenfalls die zunehmende Ungleichheit der Primäreinkommen etwas gemildert.

Becker, I. und Hauser, R., (1997). *Abgaben- und Transfersystem wirkt Polarisierungstendenzen entgegen - Kernel Density-Schätzungen auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1973 bis 1988*. Institut für VWL: Frankfurt/Main.

Becker, I. und Hauser, R., (1997). *Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft?* Frankfurt/Main, New York: Campus.

Abstract: Bei diesem Buch handelt es sich um einen Sammelband des von der Hans Böcklerstiftung geförderten, mikroanalytisch ausgerichteten Projekts "Personelle Einkommensverteilung", dass auf die Erforschung von Verteilungsveränderungen auf der Ebene privater Haushalte ausgerichtet ist. Die ersten drei Beiträge des Sammelbands basieren zum großen Teil auf Arbeiten des Projekts "Personelle Einkommensverteilung". Die beiden folgenden Beiträge befassen sich mit einem Teilaspekt des Armutsproblems, den sog. "working poor". Ein weiterer Beitrag befasst sich mit dem Teil der Armutsbevölkerung, der Sozialhilfe bezieht. Bei dieser und der folgenden Untersuchung handelt es sich um Verlaufsanalysen auf Basis von Sozialhilfeakten. Mit den spezifischen Problemen der neuen Bundesländern befasst sich ein weiterer Beitrag. Der abschließende Beitrag erweitert den Blickwinkel auf Armut in Europa. Als Fazit der im Buch präsentierten Analysen ergibt sich ein Bild zunehmender Spaltungstendenzen in der gesellschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland.

Becker, I., (1998). *Zur Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung in den 80er und 90er Jahren. Gibt es eine Tendenz sozialer Polarisierung?* Institut für VWL: Frankfurt/Main.

Abstract: Für die Zeit seit 1980 lässt sich ein moderates Wachstum des Volkseinkommens bei steigender Arbeitslosigkeit feststellen. Die Frage ist nun, wie sich die personelle Verteilung des hohen gesamtwirtschaftlichen Einkommens in den achtziger und neunziger Jahren entwickelt hat. In der Literatur sind dazu widersprüchliche Aussagen zu finden. Das Bild über die Entwicklung der Einkommensverteilung in Deutschland ist so diffus wie die methodischen Ansätze und empirischen Grundlagen vielfältig sind. Aus diesem Grund geht die Autorin der Frage nach, ob die BRD Tendenzen einer sozialen Polarisierung aufweist. Trotz einiger Einschränkungen lassen sich aber vielfältige Anzeichen einer Auseinanderentwicklung der Lebensverhältnisse einzelner Bevölkerungsgruppen feststellen. Diese äußern sich weniger in zusammenfassenden Verteilungsmaßen als vielmehr in disaggregierten Betrachtungsweisen. So hat in Westdeutschland zwischen 1978 und 1993 sowohl der Bevölkerungsanteil, der in relativer Einkommensarmut lebt, als auch der Anteil der Reichen zugenommen. Dies könnte man als Polarisierungstendenz bezeichnen, wenn man Polarisierung allgemein als Prozess der Herausbildung bzw. Vergrößerung von zwei auseinanderliegenden Einkommensgruppen versteht. Neben diesen Tendenzen beinhaltet das nach wie vor starke Ost-West-Gefälle im Lebensstandard ein nicht zu unterschätzendes gesellschaftliches Spannungs- und Spaltungspotential.

Becker, I., (1998). *Vergleich und Bewertung alternativer Grundsicherungskonzepte*. Institut für VWL: Frankfurt/Main.

Becker, I., (1998). Vergleich und Bewertung alternativer Grundsicherungskonzepte. *WSI-Mitteilungen*, 51: 747-757.

Abstract: Die Erörterung alternativer Grundsicherungskonzepte ist neuerdings weniger auf das primäre Ziel der Gewährleistung eines soziokulturellen Existenzminimums konzentriert. Vielmehr wird beschäftigungspolitischen Aspekten zunehmend Aufmerksamkeit gewidmet. In den folgenden Analysen werden zur Herausarbeitung der grundlegenden Unterschiede zwischen den einzelnen Konzepten auf Einzelheiten hinsichtlich des Leistungsträgers verzichtet und durch einheitliche Annahmen ersetzt. So wird im Folgenden von Haushalten als Transferobjekt ausgegangen. Sowohl die quantitative Abschätzung unmittelbarer Kosten als auch die qualitative Analyse der unmittelbaren Effekte von alternativen Grundsicherungskonzepten führen zu einer skeptischen Beurteilung der Modelle.

Becker, I., (1999). Zur Verteilungsentwicklung in den 80er und 90er Jahren. Gibt es in der Bundesrepublik Deutschland eine Tendenz sozialer Polarisierung? Teil 1: Veränderungen der personellen Einkommensverteilung. *WSI-Mitteilungen*, 52: 205-214.

Abstract: Die Verteilungsberichterstattung hat sich in jüngster Zeit verbessert, da zumindest für die Entwicklung der Einkommensverteilung mehr oder weniger regelmäßige Untersuchungen publiziert werden. Für die Vermögensverteilung sind die vorhandenen Informationen wesentlich spärlicher, so dass ein integrativer Ansatz zur Analyse beider Komponenten materiellen Wohlstands bisher nicht realisiert worden ist. Deshalb muss sich auch diese Arbeit auf eine getrennte Darstellung beschränken. Aufgrund des Umfangs werden die Ergebnisse in zwei Teilen veröffentlicht, im ersten Teil die Entwicklung der Einkommensverteilung, wobei auf der Basis von anonymisierten Mikrodaten ein hoher Differenzierungsgrad erreicht wird. Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in der BRD ist seit Beginn der 80er durch moderates Wachstum bei drastisch steigender Arbeitslosigkeit gekennzeichnet. Das reale verfügbare Einkommen pro Kopf ist zwischen 1991 und 1994 leicht gesunken. Daher beschäftigt sich der erste Teil mit der Frage, wie sich diese ambivalente Entwicklung im Zusammenhang mit gleichzeitigen Veränderungen der wirtschaftlichen und demographischen Struktur sowie der politischen Rahmenbedingungen auf die Einkommensverteilung auswirkt. Ob sich daraus auch eine soziale Polarisierungstendenz ableiten lässt, ist angesichts des unklaren Begriffs der Polarisierung und der begrenzten Aussagekraft des Datenmaterials strittig.

Becker, I., (1999). Zur Verteilungsentwicklung in den 80er und 90er Jahren. Gibt es in der Bundesrepublik Deutschland eine Tendenz sozialer Polarisierung? Teil 2: Zum Ausmaß der Vermögenskonzentration. *WSI-Mitteilungen*, 52: 331-337.

Abstract: Die Verteilungsberichterstattung hat sich in jüngster Zeit verbessert, da zumindest für die Entwicklung der Einkommensverteilung mehr oder weniger regelmäßige Untersuchungen publiziert werden. Für die Vermögensverteilung sind die vorhandenen Informationen wesentlich spärlicher, so dass ein integrativer Ansatz zur Analyse beider Komponenten materiellen Wohlstands bisher nicht realisiert worden ist. Deshalb muss sich auch diese Arbeit auf eine getrennte Darstellung beschränken. Aufgrund des Umfangs werden die Ergebnisse in zwei Teilen veröffentlicht, der vorliegende zweite Teil beschäftigt sich mit dem Ausmaß der Vermögenskonzentration. Als Ergebnis auf die Frage, ob sich soziale Polarisierungstendenzen feststellen lassen, sind nur vorsichtige Schlussfolgerungen möglich, da das Datenmaterial nicht sehr zeitnah ist. Trotz aller Einschränkungen gibt es vielfältige Hinweise auf eine Auseinanderentwicklung der Lebensverhältnisse einzelner Bevölkerungsgruppen.

Becker, I., (2000). *Einkommensverteilung in Deutschland: Strukturanalyse der Ungleichheit nach Einkommenskomponenten*. Institut für VWL: Frankfurt/Main.

Abstract: Die Heterogenität der Einkommenspositionen innerhalb von sozialen Gruppen resultiert - abgesehen von den jeweiligen Bevölkerungs- und Haushaltsstrukturen - zum einen aus der starken Disparität der jeweiligen Haupteinkommensart, zum anderen aus der Querverteilung, d.h. der ungleichen Verteilung von weiteren Einkommensarten (z. B. Vermögenseinkommen als Ergänzung zu Erwerbs- oder Transfereinkommen), und der ungleichen Belastung mit Abgaben. Diese Einflussfaktoren werden mit einer Komponentenanalyse näher untersucht mit dem Ziel, einen Beitrag zur Erklärung der mäßigen Veränderung von aggregierten Maßen der Sekundärverteilung zu leisten. Aus diesem Grund wird in den Analysen an das Haushaltsnettoeinkommen angeknüpft, wobei von der "Pool-Annahme" der gemeinschaftlichen Verwendung aller individuellen Einkommen im Haushaltskontext ausgegangen wird.

Becker, I., (2000). Niedrige Lohneinkommen: Ein Indiz für prekäre Einkommenssituationen im Haushaltskontext? *Zeitschrift für Sozialreform*, 46: 891-908.

Abstract: Zur Überprüfung der Frage, ob und gegebenenfalls inwieweit von einer arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Zielkongruenz ausgegangen werden kann, soll im Folgenden durch Darstellung des Zusammenhangs zwischen individuellen Arbeitseinkommen und Lebensstandard und der Bedeutung des jeweiligen Haushaltskontextes untersucht werden. Zur Approximierung des individuellen Lebensstandards wird an das Haushaltsnettoeinkommen angeknüpft, wobei von der "Pool- Annahme" der gemeinschaftlichen Verwendung aller individuellen Einkommen im Haushaltskontext ausgegangen wird. Um aus dem Haushaltsnettoeinkommen einen Indikator für individuelle Wohlstandsposition abzuleiten, wird in der neueren Literatur das Äquivalenzeinkommenskonzept herangezogen. Aus der Vielzahl möglicher Äquivalenzskalen wurde für die folgende Analyse die so genannte ältere OECD-Skala ausgewählt. Als empirische Grundlage wird die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1993 herangezogen (die aktuellere EVS 1998 stand zu diesem Zeitpunkt noch nicht zur Verfügung).

Becker, I., (2000). Reichtum in Deutschland. Daten, Fakten und offene Fragen. *Soziale Sicherheit*, 49: 376-384.

Abstract: Unter dem Titel "Reichtum verpflichtet" stand der von der SPD-Bundestagsfraktion am 21. September in Stuttgart eröffnete "Diskurs zur Armuts- und Reichtumsberichtserstattung". Die Veranstaltung diente der politischen Begleitung des nationalen Armuts- und Reichtumsbericht, den die Bundesregierung im kommenden Jahr erstmals vorlegen wird. Die Verpflichtung dazu geht auf einen gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen zurück. Der im Folgen dokumentierte Text zählt zu den auf der Tagung gehaltenen Referaten und beantwortet die Frage: "Was wissen wir über Reichtum in Deutschland?" Im Folgenden wird nun der Sektor der privaten Haushalte betrachtet und ein enger Einkommens- und Verbrauchsbegriff zugrunde gelegt, der auf monetäre Größen beschränkt ist. Wegen weitgehend ungelösten Erfassungs- und

Bewertungsprobleme bleiben reale oder nicht monetäre Einkommensbestandteile, z.B. die Inanspruchnahme des Bildungssystems oder von Sachleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung und Freizeit, als weitere Wohlstandskomponente ebenso ausgeklammert wie auf der Vermögensseite immaterielle Rechte, das Humankapital, das Sozialvermögen als akkumulierte Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung, nicht-reproduzierbare Ressourcen und die Umweltqualität. Datengrundlage sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), Einheitswertstatistiken und Steuerstatistiken. Für die Wohlstands- und Reichtumsanalyse sind die Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) des Statistischen Bundesamtes die wichtigsten Datengrundlagen. Die bedeutendste nichtamtliche Quelle ist das Sozioökonomische Panel (SOEP).

Becker, I., (2001). *Personelle Einkommensverteilung 1993 und 1998: Ergebnisse der EVS zur Ungleichheit innerhalb und zwischen sozio-ökonomischen Gruppen*. Institut für VWL: Frankfurt/Main.

Abstract: Im folgenden Beitrag wird zunächst die Entwicklung der personellen Einkommensverteilung in Deutschland zwischen 1993 und 1998 auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben dargestellt. Dabei werden hoch aggregierte Indikatoren berechnet, mit denen die Informationsfülle einer Mikrodatenquelle zu einer Zahl bzw. zu einer eindimensionalen relativen Häufigkeitsverteilung verdichtet wird. In einem zweiten Schritt wird schwerpunktmäßig untersucht, welche Verteilungsstrukturen sich hinter diesen Darstellungen der Gesamtverteilung verbergen. Es wird weiter der Frage nachgegangen, inwieweit sich die Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung auf unterschiedliche soziale Positionen von sozialen Gruppen innerhalb der Einkommenshierarchie einerseits und auf Disparitäten innerhalb derartiger Gruppen andererseits zurückführen lässt. Aus dem Ergebnis lassen sich Hinweise darauf ableiten, ob mit politischen Maßnahmen, die an soziodemographischen Haushaltsmerkmalen anknüpfen, die Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung insgesamt wesentlich beeinflusst werden kann.

Becker, I., (2001). Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: ein Bild mit unscharfen Konturen. *Politische Bildung*, 34: 19-39.

Abstract: Das Bild über die Einkommens- und Vermögensverteilung und ihre Entwicklung in Deutschland ist so diffus wie die vorhandenen Datenquellen lückenhaft und die methodischen Ansätze vielfältig sind. Seit den siebziger Jahren hat sich die empirische Basis für Verteilungsrechnungen zwar deutlich verbessert aber die Erhebung der sensiblen Einkommens- und insbesondere der Vermögensdaten stößt grundsätzlich an enge Grenzen, so dass die Erkenntnisse über die Verteilungswirklichkeit nach wie vor partiell sind. Im Folgenden werden einige Ergebnisse vorgestellt, wobei nur der Sektor der privaten Haushalte betrachtet und ein enger Einkommens- und Vermögensbegriff zugrunde gelegt wird, der auf monetäre Größen beschränkt ist. Zusammenfassend lässt

sich auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben festhalten, dass die Ungleichheit der personellen Vermögensverteilung in Deutschland wesentlich größer als die der Einkommensverteilung ist, letztere aber im Zeitverlauf tendenziell zugenommen hat.

Becker, I., (2001). Kostenelemente eines Bürgergeldmodells: Empirische Schätzungen der unmittelbaren fiskalischen Effekte. in: Störmann, Wiebke und Radke, Petra (Hrsg.), *Grundsicherung aus ökonomischer und sozialpolitischer Sicht*. edition sigma.

Becker, I., (2001). *Frauenerwerbstätigkeit und ihre Bedeutung für die Einkommenssituation im Haushaltskontext*. Institut für VWL: Frankfurt/Main.

Abstract: Dieses Thema erfordert ein stark differenzierendes Analysekonzept, da die Lebens- und Erwerbsverläufe von Frauen heute vielfältiger und denen der Männer ähnlicher geworden sind. Eine durchgängige Benachteiligung der Frauen oder auch nur ihrer Mehrheit kann nicht mehr ohne weiteres angenommen werden. Die Frage, inwieweit in Deutschland "Frauendiskriminierung" vorkommt, wird unter verschiedenen Aspekten diskutiert. Dabei scheint die direkte Lohndiskriminierung noch immer erheblich zu sein, allerdings einen geringeren Teil auszumachen als die indirekte Benachteiligung durch die nach wie vor dominierende traditionelle Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern. Ob diese Benachteiligung von Frauen hinsichtlich der individuellen Erwerbschancen auch zu prekären Einkommensverhältnissen führt bzw. inwieweit Frauenerwerbstätigkeit der "Feminisierung" und "Infantilisierung" von Armut entgegenwirkt, soll im Folgenden untersucht werden - allerdings nur mit einer Querschnittsperspektive auf Frauen im Erwerbsalter zwischen 20 und 64 Jahren.

Becker, I., (2001). *Personelle Vermögensverteilung und Aktienbesitz*. Institut für VWL: Frankfurt/Main.

Abstract: Die aktuelle Vermögensverteilung ist nicht nur unter allgemeinen Gerechtigkeitsgesichtspunkten, sondern auch bei der Beurteilung der faktischen Rahmenbedingungen des geforderten Paradigmenwechsels von zentraler Bedeutung. Dabei werden in der aktuellen Debatte teilweise weitreichende Erwartungen an die gestiegene bzw. künftig steigende Teilhabe breiter Bevölkerungskreise am Produktivvermögen geknüpft. Vor diesem Hintergrund soll in der folgenden Skizzierung der personellen Vermögensverteilung in Deutschland auch die Bedeutung des Aktienbesitzes herausgearbeitet werden, da die über einen langen Zeitraum beobachtete Zunahme der Zahl der Aktionäre sowie der Anstieg des DAX, NEMAX etc. allein noch keine Hinweise auf damit evtl. verbundene Verteilungsänderungen gibt.

Becker, I., Ott, N. und Rolf, G., (2001). *Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft*. Frankfurt/Main: Campus.

Abstract: Bei dem vorliegenden Buch handelt es sich um eine Festschrift für Prof. Dr. Richard Hauser. Die thematische Ausrichtung knüpft dabei an die hauptsächlichen wissenschaftlichen Betätigungsfelder von Richard Hauser an. Die einzelnen Beiträge lassen sich folgenden Themenbereichen zuordnen: Herausforderungen und Perspektiven des Sozialstaates, empirische Grundlagen für eine kontinuierliche Sozialberichterstattung, Entwicklungen und Probleme der Wohlstandsverteilung sowie Reformdiskussionen in der wissenschaftlichen Politikberatung.

Becker, I., Frick, J. R., Grabka, M. M., Hauser, R., Krause, P. und Wagner, G., (2002). *A comparison of the Main Household Income Surveys for Germany: EVS and SOEP*. Institut für VWL: Frankfurt/Main.

Abstract: Description and analysis of the personal income distribution in Germany rely heavily on two major surveys, the EVS and the SOEP. These surveys, however, do not deliver exactly the same results in terms of income levels and structure, as well as on inequality and poverty. Some of the discrepancies have led to confusions in the political debate following the first official Poverty and Wealth Report in Germany. Thus the purpose of the paper is to highlight the methodological differences between EVS and SOEP against the background of the recommendations of the "Canberra Group" (Expert Group on Household Income Statistics) and to give a comparison of some substantive results on the basis of both surveys. In describing and discussing systematically the features of the two major inquiries on household income, the authors aim to improve the understanding of differences in findings when measuring the German income distribution using SOEP and EVS, respectively.

Becker, I., Frick, J. R., Grabka, M. M., Hauser, R., Krause, P. und Wagner, G., (2002). A Comparison of the Main Household Income Surveys for Germany: EVS and SOEP. S. 55- 90, in: Hauser, R. und Becker, I. (Hrsg.), *Reporting on Income Distribution and Poverty. Perspectives from a German and European Point of View*. Berlin, Heidelberg: Springer.

Abstract: Description and analysis of the personal income distribution in Germany rely heavily on two major surveys, the EVS and the SOEP. These surveys, however, do not deliver exactly the same results in terms of income levels and structure, as well as on inequality and poverty. Some of the discrepancies have led to confusions in the political debate following the first official Poverty and Wealth Report in Germany. Thus the purpose of the paper is to highlight the methodological differences between EVS and SOEP against the background of the recommendations of the "Canberra Group" (Expert Group on Household Income Statistics) and to give a comparison of some substantive results on the basis of both surveys. In describing and discussing systematically the

features of the two major inquiries on household income, the authors aim to improve the understanding of differences in findings when measuring the German income distribution using SOEP and EVS, respectively.

Becker, I., (2002). Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: ein Bild mit unscharfen Konturen. S. 19- 39, in: Andresen, U. (Hrsg.), *Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland - skandalös oder gerechtfertigt?* Schwalbach/Ts.: Reihe "Uni Studien Politik".

Abstract: Das Bild über die Einkommens- und Vermögensverteilung und ihre Entwicklung in Deutschland ist so diffus wie die vorhandenen Datenquellen lückenhaft und die methodischen Ansätze vielfältig sind. Entsprechend unterschiedlich fallen die Bewertungen und politischen Forderungen aus. Im Folgenden werden einige Ergebnisse vorgestellt, wobei nur der Sektor der privaten Haushalte betrachtet und ein enger Einkommens- und Vermögensbegriff zugrunde gelegt wird, der auf monetäre Größen beschränkt ist. Auf Basis der EVS lässt sich feststellen, dass die Ungleichheit der personellen Vermögensverteilung in Deutschland wesentlich größer ist als die der Einkommensverteilung, letztere hat im Zeitablauf aber tendenziell zugenommen. Wegen verschiedener Unzulänglichkeiten der vorhandenen Daten sind die hier vorgestellten Ergebnisse allerdings vorsichtig zu interpretieren. Trotz noch offener Fragen hat die empirische Verteilungsforschung in den letzten beiden Jahrzehnten wichtige Erkenntnisse gebracht, die nicht zuletzt durch den verbesserten Zugang zu Mikrodatenquellen ermöglicht wurden.

Becker, I. und Hauser, R., (2002). Zur Entwicklung von Armut und Wohlstand in der Bundesrepublik Deutschland - eine Bestandsaufnahme. S. 25- 41, in: Butterwegge, C. und Klundt, M. (Hrsg.), *Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel*. Opladen: Leske + Budrich.

Abstract: Die Frage nach der Generationengerechtigkeit stellt einen spezifischen Aspekt des allgemeinen Problems der Verteilungsgerechtigkeit dar und ist nur im Kontext der Gesamtentwicklung von Wohlstand und seiner Verteilung in einer Gesellschaft sinnvoll zu diskutieren. Es wird versucht, einen empirischen Beitrag zur notwendigen Bestandsaufnahme zu leisten, ohne die eine sachliche gesellschaftspolitische Auseinandersetzung nicht möglich ist. Dabei beschränken sich die Autoren auf die personelle Einkommensverteilung, also nur auf eine, in marktwirtschaftlich organisierten Industriestaaten allerdings sehr wesentliche Ressource von Wohlfahrt. Weiterhin wird die Betroffenheit von Einkommensarmut bzw. die empirische Relevanz von gehobenem Einkommenswohlstand für einzelne Altersgruppen untersucht, wobei es sich grundsätzlich um Querschnittsanalysen handelt. Auf diese Art und Weise können Erkenntnisse darüber gewonnen werden, ob im jeweiligen Untersuchungsjahr die jüngere bzw. die ältere Generation proportional bzw. über- oder unterdurchschnittlich in den Randbereichen der Einkommensverteilung vertreten war. Unberücksichtigt bleibt dabei die Verteilung

zwischen den Generationen auf der Basis von Lebenseinkommen.

Becker, I., (2003). Die Reichen und ihr Reichtum. S. 73- 97, in: Hradil, S. und Imbusch, P. (Hrsg.), *Oberschichten - Eliten - Herrschende Klassen*. Opladen: Leske + Budrich.

Abstract: Im Folgenden geht es um eine sinnvolle Grenzziehung zwischen Reichtum und lediglich Wohlhabenheit und der Untersuchung von Reichtum bzw. ihrer Verteilung in der BRD. Da bisher noch kein fundierter und operationaler Reichtumsbegriff entwickelt worden ist, kann im Folgenden nur der Versuch unternommen werden, unter Verwendung alternativer Grenzwerte - die relativ oder beim Vermögen auch absolut gesetzt werden - einen ungefähren Eindruck über den Bereich sehr hoher Einkommen und Vermögen zu ermitteln. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Ausmaß und Struktur von Reichtum in Abhängigkeit von der konkreten Eingrenzung dieser Oberschicht deutliche Unterschiede aufweisen. je nachdem, wie hoch die "Latte" bei den Kriterien des Einkommens und des Vermögens gelegt wird, sind nach Ergebnissen der EVS 1998 zwischen 3,1 Prozent und 0,2 Prozent der westdeutschen Bevölkerung als reich einzustufen.

Becker, I., (2003). Income Redistribution: Tax-Finances Versus Contribution-Financed Components. S. 29- 54, in: Hauser, R. und Becker, I. (Hrsg.), *Reporting on Income Distribution and Poverty. Perspectives from a German and a European Point of View*. Berlin, Heidelberg, New York: Springer.

Abstract: This paper will outline a method for observing redistributive effects - more specifically, the incidence of taxes, contributions and monetary transfers - within the framework of a cross-section analysis. It is intended as a programmatic stimulus or basis for discussion about further research, rather than as a turnkey conceptual approach. Its empirical findings, therefore, should merely be interpreted as illustrations to underscore certain aspects, and not as definitive statements in themselves.

Becker, I., Frick, J. R., Grabka, M. M., Hauser, R., Krause, P. und Wagner, G., (2003). A Comparison of the Main Household Income Surveys for Germany: EVS and SOEP. S. 55- 90, in: Hauser, R. und Becker, I. (Hrsg.), *Reporting on Income Distribution and Poverty. Perspectives from a German and a European Point of View*. Berlin, Heidelberg, New York: Springer.

Abstract: Description and analysis of the personal income distribution in Germany rely heavily on two major surveys, the EVS and the SOEP (Socio-Economic Panel Study). These surveys, however, do not deliver exactly the same results in terms of income levels and structure, as well as on inequality and poverty. Some of the discrepancies have led to confusions in the political debate following the first official Poverty and Wealth

Report in Germany. Thus, the purpose of this paper is to highlight the methodological differences between EVS and SOEP against the background of the recommendations of the "Canberra Group" and to give a comparison of some substantive results on the basis of both surveys. In describing and discussing systematically the features of the two major inquiries on household income, the authors aim to improve the understanding of differences in findings when measuring the German income distribution using SOEP and EVS, respectively.

Becker, I. und Hauser, R., (2003). *Anatomie der Einkommensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1969-1998*. Berlin: edition sigma.

Abstract: Das vorliegende Buch enthält zentrale Ergebnisse des Forschungsprojekts "Die Entwicklung der personellen Einkommensverteilung in Deutschland". Die Autoren gehen dieser Frage unter Berücksichtigung verschiedener Ebenen und Aspekte des Verteilungsprozesses nach; dabei werden auch methodischen Fragen erörtert, die wesentlichen Einfluss auf die Ergebnisse haben. Die Untersuchung erstreckt sich auf einen Zeitraum von annähernd 30 Jahre und zeichnet ein Bild der Verteilungsentwicklung insgesamt sowie für sozio-ökonomische Teilgruppen vor dem Hintergrund der demografischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie sozial- und steuerpolitische Maßnahmen. Besonderer Augenmerk gilt den Randbereichen der Verteilung, also Armut und Reichtum, wobei Vermögen einbezogen wird, außerdem der Einkommenslage von Familien - auch unter dem Aspekt der Frauenerwerbsbeteiligung. Insgesamt zeigen sich eine mäßig zunehmende Differenzierung und eine deutlichere Zunahme relativer Einkommensarmut.

Becker, I. und Hauser, R., (2004). *Anatomie der Einkommensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1969-1998*. Berlin: edition sigma.

Abstract: Wird in Deutschland die Kluft zwischen hohen und niedrigen Einkommen immer größer, nimmt sie ab oder bleibt sie gleich? Die Autoren gehen dieser Frage unter Berücksichtigung verschiedener Ebenen und Aspekte des Verteilungsprozesses nach; dabei werden auch methodische Fragen erörtert, die wesentlichen Einfluss auf die Ergebnisse haben. Die Untersuchung erstreckt sich auf einen Zeitraum von annähernd dreißig Jahren und zeichnet ein Bild der Verteilungsentwicklung insgesamt sowie für sozio-ökonomische Teilgruppen vor dem Hintergrund der demografischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sowie sozial- und steuerpolitischer Maßnahmen. Besonderes Augenmerk gilt den Randbereichen der Verteilung, also Armut und Reichtum, wobei das Vermögen einbezogen wird, außerdem die Einkommenslage von Familien - auch unter dem Aspekt der Frauenerwerbstätigkeit. Insgesamt zeigen sich eine mäßig zunehmende Differenzierung und eine deutlichere Zunahme der relativen Einkommensarmut.

Bedau, K-D. und Krause, P., (1998). Das Einkommen der privaten Haushalte nach unterschiedlichen Statistiken. *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, 3: 209-234.

Abstract: In Deutschland gibt es eine Reihe von Statistiken, in denen der Einkommensaspekt mehr oder weniger stark im Vordergrund steht. Die gebräuchlichsten von ihnen- die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, der Mikrozensus sowie das Sozio-ökonomische Panel- werden hier gegenübergestellt und ihre Ergebnisse miteinander verglichen. Zwischen den Aggregaten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und den vergleichbaren Ergebnissen der EVS besteht in den meisten Fällen eine sehr gute Übereinstimmung. Geringer der Repräsentationsgrad der Einkommensdaten des Mikrozensus (MZ). Hier ist man auf die Selbsteinstufung der teilnehmenden Haushalte angewiesen. Von dem in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nachgewiesenen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dürfen im MZ von 1993 nur knapp 80% abgedeckt sein. Die jahresbezogenen Daten über die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind im Sozio- ökonomischen Panel in ähnlicher Weise wie in der EVS repräsentiert.

Bedau, K-D., (1999). *Ersparnis und Vorsorgeaufwendungen nach Haushaltsgruppen*. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Berlin.

Abstract: Seit geraumer Zeit geht die gesamtwirtschaftliche Sparquote zurück. Dabei differieren die Sparquoten der einzelnen sozioökonomischen Haushaltsgruppen beträchtlich. Allerdings ist ein Vergleich aufgrund der unterschiedlichen statistischen Verbuchungen von Vorsorgeaufwendungen nicht unproblematisch. So sind Selbständige von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreit; sie finanzieren ihre Altersvorsorge z.B. durch Lebensversicherungen. Rechnerisch resultiert hieraus eine vergleichsweise hohe Sparquote. Für Angestellte und Arbeiter gründet sich die Altersvorsorge auf Pflichtbeiträge an die gesetzliche Rentenversicherung, daher fällt die Sparquote hier eher niedrig aus. Aussagekräftiger ist es daher, statt der Ersparnis die Vorsorgeaufwendungen der sozioökonomischen Haushaltsgruppen gegenüberzustellen. Anhand der EVS 1993 kann gezeigt werden, dass die Vorsorgequoten der Selbständigen- und der Arbeitnehmerhaushalte in ihrer Höhe weniger stark differieren.

Bellgardt, E., (2000). Wohnkosten und Besitzwohnlwahl. Empirische Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 220: 653-668.

Abstract: Es wird der Frage nachgegangen, welchen Einfluss die Kosten der Besitzformen Miete und Eigentum auf die Besitzformwahl der Haushalte haben. Dazu werden die relevanten Kosten der Wohnungsnutzung sowohl für Mieter- als auch für Eigentümerhaushalte bestimmt. Im Anschluss werden diesen Kosten jene hypothetischen Kosten gegenübergestellt, die Wohnungsmietern entstünden, wenn sie die gemietete oder

eine gleichwertige Wohnung kauften und Eigentümerhaushalten entstünden, wenn sie eine gleichwertige Wohnung mieteten. Die Werte der meisten relevanten Variablen lassen sich mit der als Datenbasis verwendeten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Jahres 1993 haushaltsindividuell ermitteln und müssen nicht durch "übliche" oder mittlere Werte approximiert werden. Mit Regressionsansätzen werden kalkulatorische Mietkosten und Verkehrswerte bestimmt. Die Verwendung kalkulatorischer Werte gewährleistet die Vergleichbarkeit von Mieter- und Eigentümerhaushalten und stellt auf beobachtete marktpreisbestimmende Wohnungsmerkmale ab. Die Gegenüberstellung von Mietkosten und Selbstnutzungskosten ergibt eine Kostendifferenz, die sich in verschiedenen Logit-Modellen als die erklärungskräftigste Variable erweist. Das Einkommen und soziodemografische Variablen dienen offenbar bei weniger sorgfältiger, d.h. haushaltsindividueller Operationalisierung der Kostenvariable auch als Proxies für bestimmte Kostenkomponenten.

Bender, S. und Hilzendegen, J., (1995). Die IAB-Beschäftigtenstichprobe als scientific use file. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, 1: 76-95.

Abstract: Die seit 1973 aufgebaute Beschäftigtenstatistik ist neben der Volks- und Berufszählung, dem Mikrozensus und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe eine der für die Sozialforschung wichtigsten Datenquellen der Sozialstatistik. Angesichts der Bedeutung, die die Beschäftigtenstatistik als Datenquelle für die Arbeitsmarktforschung hat, haben das Wissenschaftszentrum für Sozialforschung in Berlin (WZB), das Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen in Mannheim (ZUMA) und das IAB ein gemeinsames Projekt durchgeführt, mit dem Ziel, diese Daten nach dem Konzept der faktischen Anonymität und soweit datenschutzrechtlich möglich, allen interessierten Forschern über das Zentralarchiv in Köln (ZA) zugänglich zu machen (scientific use file). Die Basis für die Erstellung der anonymisierten Datei bildet eine 1-Prozent Stichprobe aus der Historikdatei (IAB-Beschäftigtenstichprobe), die für den Zeitraum 1975-1990 tagesgenaue Verlaufsinformationen von etwa 430.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten enthält. Die IAB- Beschäftigtenstichprobe wird um zusätzliche Merkmale für Betriebe, sowie über den Bezug von Lohnersatzleistungen ergänzt.

Bögenhold, D. und Fachinger, Uwe, (2000). *The Social Embeddedness of Consumption - Towards the Relationship of Income and Expenditures over Time in Germany*. Zentrum für Sozialpolitik: Bremen.

Abstract: Ausgaben und deren Veränderung im Zeitablauf sind Ausdruck des Lebensstandards von Individuen, Haushalten und der Gesellschaft in der diese leben. Dennoch bezog sich die soziologische und ökonomische Analyse eher auf die Güterproduktion denn auf deren Konsum, und Einkommen wurde als Maß zur Beschreibung der Wohlfahrt verwendet. Andererseits dienen die Ausgaben als Maß zur Beschreibung und Abschätzung der Partizipation von Haushalten an der Wohlfahrt einer

Gesellschaft. Und darin liegt das Interesse am Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben begründet. Es wird häufig unterstellt, dass Ausgaben und Einnahmen zwei Seiten derselben Medaille darstellen, die als "soziale Ungleichheit" bezeichnet wird. Diese Annahme impliziert eine Beziehung zwischen beiden Maßzahlen zur Beschreibung der Wohlfahrtsungleichheit. Die empirische Analyse basiert auf den Einkommens- und Verbrauchsstichproben der Jahre 73, 78, 83, 88 und 93 für Westdeutschland. Die Ergebnisse zeigen, dass Einkommen und Ausgaben nicht in einem festen Verhältnis zueinander stehen. Je höher ein Einkommen, desto offener ist der Zusammenhang zur konkreten Ausgabenstruktur. Insgesamt bedeutet dies, dass die soziale Organisation des Konsums für sich genommen als Forschungsgegenstand zur Erlangung von Informationen über den Lebensstandard von Individuen und Haushalten mit berücksichtigt werden muss.

Börsch-Supan, A. und Stahl, K., (1991). Do Dedicated Savings Increase Personal Savings and Housing Consumption? An Analysis of the German Bausparkassen System. *Journal of Public Economics*, 44: 265-297.

Abstract: The West German Bausparkassen system consists of savings and loan institutions providing exclusively to their savers loans toward purchasing a home. Thus, inflows correspond to outflows. The authors provide an analysis of the impacts of the Bausparkassensystem and its governmental subsidization on dedicated and general savings. Within cross-section microanalysis and a time-series macroanalysis they demonstrate the extent of savings activities in the system and the microstructure of system participation; the government subsidization heavily influences participation, but nevertheless participation also extends to households not eligible for subsidies; and that the very existence of the system contributes to overall saving activities. The paper is organized as follows. Section 2 describes the institutional working of the West German Bausparkassen system, in particular the government subsidies involved. Section 3 employs the 1978 and 1983 West German Income and Expenditure Survey ("Einkommens- und Verbrauchsstichprobe") for a microeconomic analysis of the proportion of wealth allocated to dedicated savings. Section 4 takes an aggregate view and analyzes time-series data to exploit the intertemporal variation of interest rates and government subsidies. The paper finishes with a short summary of conclusions.

Börsch-Supan, A. und Stahl, K., (1991). *Life Cycle Savings and Consumption Constraints*. Universität Mannheim: Mannheim.

Abstract: The paper serves three objectives. One is to provide a simple, yet intuitive explanation for the failure of the pure life cycle hypothesis. The second objective is to collect additional evidence on this phenomenon from West Germany. Finally, they discuss the fiscal implications that emerge if the elderly's behavior is governed by modified rather than by the pure life cycle hypothesis. The study employs cross-sectional data from the 1983 West German Income and Expenditure Survey ("Einkommens- und

Verbrauchsstichprobe 1983"). The authors observe a decline in wealth among the younger old and the increase of the saving rate and consequently, assets are accumulated rather than depleted among the older old. In fact, households with heads aged 80 and above have the largest wealth among all age groups. While the pure life cycle hypothesis predicts on average a more or less flat consumption profile, elderly may find themselves unable to consume as much as younger people. It is well known that elderly have lower food consumption and mobility is impeded by deteriorating health. In other words elderly, particularly in very old age may not be able to consume all of their annuity income..

Börsch-Supan, A., (1992). Saving and Consumption Patterns of the Elderly. The German Case. *Journal of Population Economics*, 5: 289-303.

Börsch-Supan, A., (1995). *Age and Cohort Effects in Saving and the German Retirement System*. Universität Mannheim: Mannheim.

Abstract: As a public pay-as-you-go pension systems of the aging industrialized countries are likely to become seriously strained under the growing dependency burden, the question arises whether a society should rely on private savings to finance old-age consumption. This is an empirical question about the magnitude and the flexibility of saving rates. This paper argues that saving rates must increase in an unprecedented fashion in order to compensate for the dependency effect. The paper takes the German case as an example. It analyses saving behavior in Germany using three waves of the Income and Expenditure Survey. It separates age and cohort effects; computes the demographically induced change in the aggregate saving rate; and compares the magnitude of these excess savings with the increasing burden of the pension system. Finally, a macroeconomic simulation model is used to explore possible paths of the cohort effects in saving rates.

Börsch-Supan, A., Reil-Held, A. und Schnabel, R., (1998). *Pension Provision in Germany*. University of Mannheim: Sonderforschungsbereich.

Abstract: Aim of this paper is to study the provision of income to the elderly in Germany and to assess whether the German social security system ("Gesetzliche Rentenversicherung") provides an adequate retirement income in a sustainable way. It summarizes activity rates of older persons in Germany during the last 35 years and compares by income source the distribution of the income received by the elderly with the income received by younger Germans. The paper finds that retirement income in Germany is quite generous on average with a replacement rate of 88%. It is also more evenly distributed than income of younger households.

Börsch-Supan, A., Reil-Held, A., Rodepeter, R., Schnabel, R. und Winter, J., (1999). Ersparnisbildung in Deutschland: Meßkonzepte und Ergebnisse. *Allgemeines Statistisches Archiv*, 83: 385-415.

Abstract: Eine der wichtigsten ökonomischen Entscheidungen eines Haushaltes, die Aufteilung des verfügbaren Einkommens in Konsum und Ersparnis, wird von volkswirtschaftlichen Theorien nach wie vor nur unbefriedigend erklärt. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, einen Rahmen für die konsistente Bestimmung von Ersparnis, Vermögen und Einkommen der privaten Haushalte zu entwickeln, der sich auf die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe der Jahre 1978 bis 1993 anwenden lässt.

Börsch-Supan, A., Rodepeter, R. und Winter, Joachim, (1999). *The Empirical Identification of Life-Cycle Saving Patterns*. Mannheim.

Börsch-Supan, A. und Winter, J., (1999). *Pension Reform, Savings Behavior and Corporate Governance*. Sonderforschungsbereich 504: University of Mannheim.

Abstract: France, Germany and Italy have large and ailing pay-as-you-go public pension systems, very thin capital markets and low capital performance. Taking Germany as an example, the authors show that these three issues are closely linked. They suggest that looking at pension reform and capital market problems together sheds additional and new light on the continuing debate about advantages and disadvantages of pay-as-you-go and fully funded pension systems.

Börsch-Supan, A., Reil-Held, A., Rodepeter, R., Schnabel, R. und Winter, J., (1999). *Ersparnisbildung in Deutschland: Meßkonzepte und Ergebnisse auf Basis der EVS*. Sonderforschungsbereich 504: University of Mannheim.

Abstract: Eine der wichtigsten ökonomischen Entscheidungen eines Haushaltes, die Aufteilung des verfügbaren Einkommens in Konsum und Ersparnis, wird von volkswirtschaftlichen Theorien nach wie vor nur unbefriedigend erklärt. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, einen Rahmen für die konsistente Bestimmung von Ersparnis, Vermögen und Einkommen der privaten Haushalte zu entwickeln, der sich auf die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe der Jahre 1978 bis 1993 anwenden lässt.

Börsch-Supan, A. und Eymann, A. (2000). Household Portfolios in Germany.- in: Guiso, L., Haliassos, M. und Jappelli, T. (Hrsg.), *Household Portfolios*. Cambridge, Mass.: MIT Press.

Abstract: This paper describes portfolio choices of German households in the 1980s and 1990s, presenting stylized facts and analyzing recent trends in asset ownership rates and asset shares on the basis of financial accounts and survey data. The authors correlate socio-demographic household characteristics with asset shares and ownership and examine how German households have adjusted their asset portfolios in response to policy changes. A particular focus is on the effects of German reunification and the portfolio adjustment of East German households during the transition process.

Börsch-Supan, A. und Eymann, A. (2000). *Household Portfolios in Germany*. Sonderforschungsbereich 504: Mannheim.

Abstract: This paper describes portfolio choices of German households in the 1980s and 1990s, presenting stylized facts and analyzing recent trends in asset ownership rates and asset shares on the basis of financial accounts and survey data. The authors correlate socio-demographic household characteristics with asset shares and ownership and examine how German households have adjusted their asset portfolios in response to policy changes. A particular focus is on the effects of German reunification and the portfolio adjustment of East German households during the transition process.

Börsch-Supan, A., Reil-Held, A., Rodepeter, R., Schnabel, R. und Winter, J., (2000). *Household Savings in Germany*. Institut für Volkswirtschaftslehre und Statistik Universität Mannheim: Mannheim.

Börsch-Supan, A., Reil-Held, A., Rodepeter, R., Schnabel, R. und Winter, Joachim, (2001). The German Savings Puzzle. *Special Issue of "Research in Economics"*, 55: 15-38.

Abstract: Germany has one of the most generous public pension and health insurance systems of the world, yet private savings are high until old age. Savings remain positive in old age, even for most low income households. The authors provide a complicated answer that combines historical facts with capital market imperfections, housing, tax and pension policies. The paper describes how German households save, based on a synthetic panel of four cross sections of the Einkommens- und Verbrauchsstichproben collected between 1978 and 1993.

Börsch-Supan, A., Reil-Held, A. und Schnabel, R., (2001). Pension Provision in Germany.- in: Johnson, P. und Disney, R. (Hrsg.), *Pensioners Income: International Comparisons*. Cambridge, London: MIT-Press.

Abstract: Aim of this paper is to study the provision of income to the elderly in Germany and to assess whether the German social security system provides an adequate retirement income in a sustainable way. Accordingly, the paper has two parts. The first part describes the German public old age social security program ("Gesetzliche Rentenversicherung") and its incentive effects on retirement decisions. It presents the key features of the system and discusses the sustainability of the German pay-as-you-go system as the German population ages and the competitive pressures on wages and fringe benefits increases. The second part of the paper investigates the sources of income after retirement. It summarizes activity rates of older persons in Germany during the last 35 years and compares by income source the distribution of the income received by the elderly with the income received by younger Germans. The paper finds that retirement income in Germany is quite generous on average with a replacement rate of about 88 percent. It is also more evenly distributed than income of younger households. Nevertheless, we find households that appear overannuitized, e.g. single elderly male with a replacement rate in excess of 100 percent, as well as small pockets of poverty, e.g. single elderly women of whom between 3 and 6 percent have incomes below the poverty line.

Börsch-Supan, A., Reil-Held, A., Rodepeter, R., Schnabel, R. und Winter, J., (2001). *The German Savings Puzzle*. Sonderforschungsbereich 504: University of Mannheim.

Abstract: Germany has one of the most generous public pension and health insurance systems of the world, yet private savings are high until old age. Savings remain positive in old age, even for most low income households. The authors provide a complicated answer that combines historical facts with capital market imperfections, housing, tax and pension policies. The paper describes how German households save, based on a synthetic panel of four cross sections of the Einkommens- und Verbrauchsstichproben collected between 1978 and 1993.

Börsch-Supan, A. und Essig, L., (2002). *Stockholding in Germany*. Mannheimer Forschungsinstitut Ökonomie und Demographischer Wandel: Mannheim.

Abstract: Germany is not a country of stock holders - but this may change. This paper analyses the main trends in stockholding - either directly or indirectly through mutual funds and other managed investment accounts - among German households. The authors find a significant shift towards riskier portfolios and an increase in stock market and in mutual funds participation in the past decade. They document how stockownership evolves during the life cycle and the relation between stock market participation and wealth, education, and other demographic characteristics. The authors find that stockholding is concentrated among the wealthy households.

Braun, R., Möhlenkamp, R., Pfeiffer, U. und Simons, H, (2001). *Vermögensbildung in Deutschland. Studien zur Wohnungs- und Vermögenspolitik*. Bundesgeschäftsstelle Landesbausparkassen: Berlin.

Abstract: Wenn in der Bundesrepublik über Einkommens- und Vermögensverteilung diskutiert wird, geht es meistens allein um Geldvermögen. Dass die Immobilien allzu oft ausgeblendet bleiben, überrascht und ist sachlich nicht gerechtfertigt. Zwangsläufig müssen deshalb Immobilien - auch wenn sie häufig zunächst nur am Rande wahrgenommen werden - am Ende doch stets im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen stehen. Aktuellstes Beispiel dafür ist die private Altersvorsorge. Die besondere Rolle der selbstgenutzten Immobilie für die Alterssicherung lässt sich empirisch belegen. Die Daten der vorliegenden Studie zeigen letztlich eine Art Zwei-Klassen-Gesellschaft bei den Rentnern in Deutschland: auf der einen Seite die Mieterhaushalte, die ihren Lebensunterhalt - einschließlich der steigenden Mieten - in der Regel fast ausschließlich mit der gesetzlichen Rentenversicherung bestreiten müssen; auf der anderen Seite die Wohneigentümer, die bei gleicher Einkommenssituation über ein etwa zehnmal so hohes privates Vermögen verfügen wie die Mieter. Der Grund für diesen riesigen Vermögensvorsprung ist in dem unterschiedlichen Konsumverhalten beider Gruppen zu finden. Wer für die eigenen vier Wände spart, schränkt seinen Konsum gerade in den ersten Jahren oft erheblich ein. Die hier vorliegende Analyse der jüngsten EVS-Daten bestätigt nicht nur die Aussagen der Vorstudie über die herausragende Bedeutung mietfreien Wohnens im Rentenalter. Es wird zudem deutlich, dass das Förderkonzept der privaten Altersvorsorge im wesentlichen „nur“ die nötigen Einschränkungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung ausgleicht. Der Aufbau von Immobilienvermögen als Strategie für materielle Sicherheit im Alter ist deshalb wichtiger denn je.

Braun, R., Burger, F, Miegel, M, Pfeiffer, U. und Schulte, K, (2002). *Erben in Deutschland; Volumen, Psychologie und gesamtwirtschaftliche Auswirkungen*. empirica: Köln.

Abstract: Die folgende Untersuchung über "Erben in Deutschland" wurde auf Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 durchgeführt. In Teil A werden die Grundlagen, d.h. Meinungskontraste und die Ökonomie der Erbschaften, behandelt. Teil B: Erbschaften- Quantitäten und Wirkungen werden die Folgenden Punkte behandelt: Zur Höhe und Verteilung von Vermögensbeständen, Wie viel und was wird künftig vererbt?, Wie setzen sich Erbschaften zusammen?, Ostdeutsche erben weniger und Die Erben- wer erbt? In Teil C folgen dann einige Folgerungen und Thesen z.B.: - Privates Vermögen für die eigene Alterssicherung kann nur in langen Fristen aufgebaut werden. Die Zeithorizonte von Transparenz über Renten müssen den erforderlichen Fristen der privaten Anpassungsmöglichkeiten entsprechen. - Eingübtes Erbschaftsverhalten auf funktionsfähigen Märkten macht Erbschaftsvorgänge auch bei schrumpfender Bevölkerung bei hoher Transparenz über Erbschaften und Alterssicherung zu einem problemlosen Vorgang. - Angesichts der immer späteren Erbschaften werden Erbschaftsenttäuschungen nicht immer durch erhöhtes eigenes Sparen ausgeglichen

werden können. Die wichtigste Forderung an eine Gesellschaft mit schrumpfender Bevölkerung lautet: Mehr Transparenz über künftige soziale Sicherung und die künftigen Steuerlasten, mehr Flexibilität in der Gestaltung der eigenen Lebensarbeitszeit- aber nicht "mehr Subventionen". Ganze Generationen können nicht selbst subventionieren, um ein mögliches relatives Absinken der Erbschaften und relativ absinkende Renten zu kompensieren.

Braun, R., Möhlenkamp, R., Pfeiffer, U. und Simons, H, (2002). *Vermögensbildung in Deutschland; Studien zur Wohnungs- und Vermögenspolitik*. empirica: Bonn/Berlin.

Abstract: Die besondere Rolle der selbstgenutzten Immobilie für die Alterssicherung lässt sich empirisch belegen. Die Daten der vorliegenden Studie zeigen letztlich eine Art Zwei-Klassen-Gesellschaft bei den Rentnern in Deutschland: auf der einen Seite die Mieterhaushalte, die ihren Lebensunterhalt- einschließlich der steigenden Mieten- in der Regel fast ausschließlich mit der gesetzlichen Rentenversicherung bestreiten müssen; auf der anderen Seite die Wohneigentümer, die bei gleicher Einkommenssituation über ein etwa zehnmal so hohes privates Vermögen verfügen, wie Mieter. Der Grund dafür ist ein unterschiedliches Konsumverhalten. "Wohneigentümer sparen sich reich" lautet die treffende Zeitungsschlagzeile nach der Vorlage der Studie "Vermögensbildung im Lebenszyklus", die das Forschungsinstitut empirica im Auftrag der LBS auf der Basis der EVS 1993 vorgelegt hat. Die hier vorliegende Analyse der jüngsten EVS-Daten bestätigt also die Aussagen der Vorstudie über die herausragende Bedeutung mietfreien Wohnens im Rentenalter. Der Aufbau von Immobilienvermögen als Strategie für materielle Sicherheit im Alter ist deshalb wichtige denn je.

Braun, R. und Pfeiffer, U., (2004). *Haushalts- und personenbezogene Wohneigentumsquoten in Deutschland*. empirica: Berlin.

Abstract: Wer wohnt in Deutschland zur Miete und wer in den eigenen vier Wänden? Haben Haushalte in den neuen Ländern bereits Anschluss an die Entwicklung im früheren Bundesgebiet gefunden? Auf den ersten Blick einfach zu beantwortende Fragen, doch ein Blick in die Statistik stiftet mehr Verwirrung als Klarheit. Denn es gibt unterschiedliche Stichproben mit abweichenden Werten und verschiedene Methoden zur Ermittlung der Wohneigentumsquote. Die vorliegende Studie versucht Klarheit zu schaffen. Dazu werden die Ergebnisse unterschiedlicher Stichproben kompatibel gemacht und die Strukturen der Wohneigentumsbildung einer kritischen Strukturanalyse unterzogen.

C

Chlumsky, J. und Ehling, M., (1997). Grundzüge des künftigen Konzepts der Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte. *Wirtschaft und Statistik*.

D

Deckl, S., (2003). Zur Ausstattung privater Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnologie Ergebnisse der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte. *Wirtschaft und Statistik*, 4: 354-359.

Abstract: Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der Ausstattung der privaten Haushalte in Deutschland mit Gütern der Informations- und Kommunikationstechnologie. Die Ausführungen basieren auf Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998 und der Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) der Jahre 1999 bis 2002. Neben der Betrachtung von Entwicklungstendenzen wird die aktuelle Situation anhand verschiedener Gliederungsmerkmale beschrieben.

Deckl, S. und Krebs, T., (2004). Ausstattung mit Gebrauchsgütern und Wohnsituation privater Haushalte. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. *Wirtschaft und Statistik*, 2: 209-227.

Abstract: Im folgenden Beitrag werden erste Ergebnisse aus dem Einführungsinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003 in dieser Zeitschrift präsentiert. Die in fünfjährlichem Turnus durchgeführte EVS fand im Jahr 2003 zum neunten Mal statt und lieferte erneut eine Vielzahl aktueller Informationen zum Lebensstandard, zur Wohnsituation sowie zu den Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte in Deutschland. Die auf freiwilliger Basis durchgeführte EVS ist mit einem Stichprobenumfang von rund 60 000 privaten Haushalten die größte Erhebung ihrer Art in der Europäischen Union (EU). Wie in den Erhebungsjahren zuvor, wurde auch bei der EVS 2003 zur Auswahl der Erhebungseinheiten ein Quotenplan auf der Grundlage des Mikrozensus 2001 entwickelt, der zahlreiche regionale und soziodemographische Faktoren berücksichtigt und so repräsentative, differenzierte und aussagekräftige Ergebnisse ermöglicht.

Distelkamp, M., Meyer, B. und Wolter, M. I., (2004). *Demographie und Ökonomie: Einfluss der Bevölkerungsstruktur auf die Konsumnachfrage*. Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung (GWS) mbH: Osnabrück.

Abstract: Im vorliegenden Beitrag wird der demografische Einfluss auf Niveau und

Struktur der Konsumnachfrage geschätzt. Diese Schätzung beruht auf einer Kombination der Daten der EVS 1998, die geordnet nach Alter des Haushaltsvorstandes Angaben über den Konsum nach Verwendungszwecken sowie das verfügbare Einkommen enthält, und Zeitreihendaten des Konsums nach Verwendungszwecken in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Unter der Vorgabe einer konstanten Einkommensstruktur für die nach Altersgruppen geordneten Haushalte und der nach Konsumquoten des Jahres 1998 wurde eine hypothetische Zeitreihe des Konsums nach Verwendungszwecken berechnet. Für den Zeitraum 1991 bis 2001 wurden die Abweichungen zwischen dem tatsächlichen Konsum nach Verwendungszwecken und dem jeweiligen hypothetischen Wert berechnet. Die Abweichungen sind dann auf divergierende Einkommens- und Preiselastizitäten sowie die mangelnde Strukturkonstanz der Einkommen zurückzuführen. Mittels einer ökonometrischen Schätzung werden des weiteren die Abweichungen für die einzelnen Konsumzwecke gemessen.

Drabinski, T., (2001). *Ein Mikrosimulationsmodell zur Besteuerung von Einkommen*. Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften, Universität Kiel: Kiel.

Abstract: "Ein Mikrosimulationsmodell zur Besteuerung von Einkommen" zeigt auf, wie eine volkswirtschaftliche Veranlagung aller deutschen Haushalte nach dem Einkommensteuergesetz durchgeführt werden kann. Grundlage der Analyse ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes. Die in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe ausgewiesenen Haushalte werden den einkommensteuerrechtlichen Vorschriften unterworfen. Dies geschieht über ein hierfür programmiertes Mikrosimulationsmodell. In dem Mikrosimulationsmodell werden die individuellen Belastungen der Haushalte mit Einkommensteuern berechnet und durch geeignete Methodiken das gesamtwirtschaftliche Aufkommen der Einkommensteuer nachgebildet. Da das Mikrosimulationsmodell über benutzerfreundliche Oberflächen gesteuert wird, können vielfältige Steuerreformen durchgespielt und deren Auswirkungen analysiert werden. Somit liefert das vorgestellte Mikrosimulationsmodell einen eigenen Beitrag zur immer wiederkehrenden Diskussion über die Reform des deutschen Einkommensteuersystems.

E

Ebel, G., (1999). *Die Berechnung der Wägschemata für die Preisindizes für die Lebenshaltung*. Statistisches Bundesamt: Wiesbaden.

Abstract: Im Februar 1999 hat das Statistische Bundesamt die Ergebnisse der Neuberechnung der Preisindizes für die Lebenshaltung auf der Preisbasis 1995 vorgestellt. Dabei werden auch die neuberechneten und die bisherigen Ergebnisse auf Basis 1991 gegenübergestellt. In diesem Zusammenhang wird versucht, die

Auswirkungen jeder einzelnen Maßnahme auf das Ergebnis zu quantifizieren. Dies gilt auch für die Aktualisierung des Wägschemas. Was darunter zu verstehen ist und wie diese Arbeiten in Deutschland durchgeführt werden, soll im vorliegenden Beitrag dargestellt werden. Die EVS dient dabei als zentrale Quelle für die Ableitung der Verbrauchsstrukturen.

Erbslöh, B. und Krummacher, M., (1997). Wohnen im Überfluß und der politische Umgang damit. S. 289- 320, in: Huster, E.-U. (Hrsg.), *Reichtum in Deutschland. Die Gewinner der sozialen Polarisierung*. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Abstract: Bei der Annäherung an das Thema "Wohnen im Überfluß" und vor allem der Frage der empirischen Operationalisierung dieses Phänomens ist festzustellen, dass dies ein empirisch und analytisch schwieriges, wissenschaftlich bislang kaum bearbeitetes Themenfeld ist. Deshalb waren zu diesem "Tabuthema" umfassendere Recherchen als Voraussetzungen für diesen Aufsatz erforderlich. Die methodischen Grundlagen für diesen Aufsatz bestanden in einer Datenauswertung der Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993 für Nordrhein-Westfalen und der Umfrageergebnisse zur Wohnsituation in Essen 1993 sowie in der Auswertung in Frage kommender anderer Datenquellen zu denen auch die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1993 zählt.

Erler, K., (1999). *Die Sparquote der privaten Haushalte in Deutschland - Entwicklung 1980 bis 1998 und ökonomische Zusammenhänge*. Universität Berlin.

Abstract: Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Entwicklung des Sparverhaltens und den damit zusammenhängenden ökonomischen Prozessen. Mit dem Begriff der Sparquote wird i.d.R. intuitiv die Sparquote der privaten Haushalte verbunden. Da die privaten Haushalte in dem gewählten Zeitraum auch tatsächlich den größten Anteil zur gesamtwirtschaftlichen Ersparnis in der BRD beisteuerten, wird eine isolierte Betrachtung der privaten Haushalte vorgenommen. Hauptsächlich basieren die Betrachtungen auf Zahlenmaterial der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aber auch auf Daten der EVS. Um langfristige Zusammenhänge in den Vordergrund zu stellen, erstreckt sich der Untersuchungszeitraum auf die Jahre 1980 bis 1998.

Euler, M., (1987). Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1988. *Wirtschaft und Statistik*, 8: 662-667.

Abstract: Die Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte sind für das wirtschaftliche Geschehen in der Bundesrepublik Deutschland ein entscheidender Faktor. 1986 entfielen über 1000 Mrd DM, das ist mehr als die Hälfte des Bruttosozialprodukts, auf den Privaten Verbrauch, also auf die Käufe und bestimmte unterstellte Käufe von Waren und Dienstleistungen durch private Haushalte. Trotz dieses gewaltigen

Wirtschaftspotential ist über die Einkommenserzielung, -verteilung und -verwendung der privaten Haushalte verhältnismäßig wenig bekannt. Eine Möglichkeit bieten aber die Einkommens- und Verbrauchsstichproben, die seit 1962/63, erhoben werden. Für 1988 ist eine neue Erhebung geplant, über die hier berichtet wird.

Euler, M., (1992). Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993. *Wirtschaft und Statistik*, 2: 463-469.

F

Fachinger, Uwe, (1992). Bedarfsentwicklung und Einkommenssicherung im Alter - Einige allgemeine Anmerkungen. *Zeitschrift für Gerontologie*, 25: 145-154.

Abstract: Die Bedarfsentwicklung von privaten Haushalten wird anhand von mikroökonomischen Modellen, von in gesetzlichen Regelungen eingegangenen Wertvorstellungen sowie von Querschnitterhebungen in stilisierter Form dargestellt. Diese hypothetischen Längsschnittprofile werden mit denen der Einkommensentwicklung verglichen. Die vorgenommene Analyse liefert Indizien, die darauf hinweisen, dass in der Nacherwerbsphase einem geringer werdenden Einkommen ein steigender Bedarf gegenübersteht. Grundsätzlich bildet das Einkommen eine obere Grenze für die Bedarfsdeckung eines Haushalts oder Individuums. Lässt sich die Höhe des Einkommens nicht mehr beeinflussen, so müssen die im Zeitablauf auftretenden Änderungen im Bedarf durch Änderungen in der Verwendungsstruktur gedeckt werden. Nach dem Ausscheiden aus der Erwerbstätigkeit, mit abnehmender Erwerbsfähigkeit und den geringer werdenden Möglichkeiten, Einkommen durch Arbeit zu erzielen, ist der Haushalt immer weniger in der Lage, aktiv auf die Höhe der Bedarfsdeckung einzuwirken.

Fachinger, Uwe und Faik, Jürgen, (1994). *Die Veränderung der personellen Einkommensstruktur in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt/Main.

Abstract: Gegenstand der Untersuchung ist die Veränderung der Struktur der personellen Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Grundlage der Analyse sind die Einkommens- und Verbrauchsstichproben der Jahre 1962/63, 1969, 1973 sowie 1983. Um zwischen Alters-, Perioden- und Kohorteneffekten differenzieren zu können, wurden die Daten der einzelnen Querschnitterhebungen verkettet und mit Hilfe der so gebildeten Zeitreihen, sog. "Repeated Cross-Section"-Daten (RCS-Daten), die Entwicklung und Strukturveränderung der Einkommen geburtskohortenspezifisch untersucht. Es zeigt sich, dass die Struktur der Einkommen während der jeweiligen Zeit der Erwerbstätigkeit relativ beständig bleibt. Erst der Übergang in die Nacherwerbsphase

führt zu einem Bedeutungswandel: die "Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen" werden zu einer relevanten Einkunftsart. Eine analoge Zunahme der Bedeutung von "Einkünften aus Vermögen" im Alter, wie sie z.T. in der ökonomischen Theorie und von Sozialpolitikern unterstellt wird, kann nicht bestätigt werden. Als weiteres Ergebnis ist festzuhalten, dass Zweipersonenhaushalte im Hinblick auf die "ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen" grundsätzlich eine höhere Position als die Einpersonenhaushalte einnehmen. Darüber hinaus wurden die mit einer Haushaltsänderung einhergehenden Einkommensveränderungen untersucht.

Fachinger, Uwe, (1995). Zur materiellen Sicherung im Alter und deren Entwicklung in der Zukunft vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden demographischen Veränderungen. S. 65- 87, in: Hüttig, C. (Hrsg.), *Graue Zeiten? Zur Zukunft sozialstaatlicher Alterssicherung*. Loccumer Protokoll 6/95.

Fachinger, Uwe und Schmähl, W., (1996). Einkommen und Vermögen älterer Haushalte - Anmerkungen zur heutigen Situation und zur künftigen Entwicklung. S. 93- 124, in: Farny, D., Lütke-Bornefeld, P. und Zellenberg, G. (Hrsg.), *Lebenssituationen älterer Menschen. Beschreibung und Prognose aus interdisziplinärer Sicht*. Berlin: Duncker & Humblot.

Abstract: Im Mittelpunkt der Analyse stehen die "älteren Haushalte", d. h. Haushalte, in denen die Bezugsperson Einkünfte aus Alterssicherungssystemen bezieht und nicht mehr überwiegend erwerbstätig ist. In der aktuellen Diskussion werden - vereinfacht ausgedrückt - zwei gegensätzliche Positionen hinsichtlich der zukünftigen materiellen Situation älterer Haushalte vertreten: Auf der einen Seite wird auf den Vermögensbestand verwiesen, der in der BRD vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut worden ist, der vererbt wird und damit die materielle Lage nachfolgender "Kohorten" positiv beeinflusst. Auf der anderen Seite wird auf die Gefahren hingewiesen, die mittelfristig von der wirtschaftlichen Entwicklung - und hier insbesondere ihren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt - und langfristig durch die Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung und den hierdurch zur Finanzierung der Leistungen staatlicher Sicherungssysteme notwendigen Abgabenerhöhungen ausgehen. Somit ist der Ansatzpunkt des vorliegenden Beitrages formuliert: Ausgehend von der derzeitigen Situation werden auf der Basis der Ergebnisse von Längsschnittuntersuchungen, die bestimmte Entwicklungstendenzen und -strukturen aufzeigen, und unter Beachtung theoretischer Modelle über den Bestand, die Struktur und die künftige Entwicklung der Einkommens- und Vermögenssituation älterer Haushalte abgeleitet.

Fachinger, Uwe, (1996). *Einkommen und Vermögen älterer Haushalte. Bestand, Struktur und zukünftige Entwicklung*. Köln: Eigenverlag.

Abstract: Ziel der vorliegenden Analyse ist es, auf Grundlage einer umfassenden Darstellung der theoretischen Zusammenhänge und der empirischen Kenntnisse zur materiellen Situation älterer Haushalte Aussagen zu treffen. Derartige Aussagen sind vordringlich durch eine Lageanalyse zu fundieren, die die Entwicklung in der Vergangenheit über einen möglichst großen Zeitraum- der möglichst nahe an die Gegenwart heranreicht beschreibt und Wirkungszusammenhänge bzw. Strukturen aufdeckt die zur gegenwärtigen Situation geführt haben. Die Datenlage zur Einkommens- und Vermögensverteilung in der BRD hat sich in den letzten Jahren verbessert. Mittlerweile existieren vereinzelte Darstellungen der materiellen Situation von Haushalten in der BRD, so dass die Einkommens- und Vermögenslage von Haushalten zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Vergangenheit für bestimmte Jahre bekannt ist. In bezug auf ältere Haushalte sind die folgenden Ergebnisse folgender Untersuchungen hervorzuheben: die Studien zur Alterssicherung in Deutschland (ASID'86 und ASID'92) der Bericht der Enquenten-Kommission Demografischer Wandel sowie einzelne Auswertungen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben des Statistischen Bundesamtes. Die vorliegende Arbeit ist dreigeteilt. In Teil 2 werden zunächst die theoretisch und die empirisch ermittelten Wirkungszusammenhänge von Faktoren, die die materielle Situation älterer Haushalte beeinflussen, herausgearbeitet. Nach der Zusammenfassung der Ergebnisse werden in Teil 3 der gegenwärtige Bestand und die derzeitige Struktur der Einkommen und Vermögen ältere Haushalte beschrieben. Eine Synthese aus empirischen Studien und den theoretischen Modellen ist Gegenstand des abschließenden vierten Teils.

Fachinger, Uwe und Rothgang, H., (1997). Die Wirkung des PflegeVG auf die personelle Verteilung. S. 171- 214, in: Rothgang, H. (Hrsg.), *Ziele und Wirkungen der Pflegeversicherung. Eine ökonomische Analyse*. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Abstract: Fragen der institutionellen Verteilung bei den auf distributive Effekte einer Pflegeversicherung abzielenden Analysen haben bisher ein Schattendasein geführt. Dies ist sicherlich nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Finanzierungszuständigkeiten schon vor der Verabschiedung des PflegeVG überaus komplex bzw. hinsichtlich der Finanzierungsströme teilweise sogar unüberschaubar waren. Aus diesem Grund wird auf eine umfassende Analyse verzichtet. Im Folgenden werden statt dessen nur die von ihrem Volumen her bedeutsamsten Finanzströme insoweit quantifiziert, als dies für eine Analyse der Wirkungen des PflegeVG auf die personelle Verteilung notwendig ist. Nach Verabschiedung des PflegeVG besteht die Möglichkeit, die tatsächlichen gesetzlichen Regelungen zur Grundlage der Analyse zu machen. Bei den folgenden Erörterungen handelt es sich um eine auf der tatsächlichen Ausgestaltung der Pflegeversicherung beruhenden Modellanalyse.

Fachinger, Uwe, (1997). Einkommen und Vermögen im Alter - Eine kurze Ausführung zur gegenwärtigen Situation und Hypothesen über die künftige Entwicklung. S. 7- 25, in: Pro Senectute - Gesellschaft für würdigen Sterben - Institut für interdisziplinäre

Altersforschung der Universität Bremen (Hrsg.), *Altern in unserer Zeit XI.11. Öffentliche Vortragsreihe 1996/97*. Berlin: Pro Senectute.

Fachinger, Uwe und Bögenhold, D., (1998). The Social Embeddedness of Consumption - Towards the Non-Linearity of Income and Expenditure. *Social Abstracts Supplement*, 182: 43-.

Fachinger, Uwe, (1998). *Die Verteilung der Vermögen privater Haushalte: Einige konzeptionelle Anmerkungen sowie empirische Befunde für die Bundesrepublik Deutschland*.

Abstract: Ziel des Arbeitspapiers ist es, einen Überblick über konzeptionelle Fragen zu geben, die mit einer Analyse der Verteilung der Vermögen privater Haushalte verbunden sind, vor diesem Hintergrund die verfügbaren Datengrundlagen auf ihre Geeignetheit hin zu diskutieren und einige empirische Befunde darzulegen. Als Fazit aus diesen Erörterungen zur Datenlage in der Bundesrepublik Deutschland ist festzuhalten, dass es zwar auf makroökonomischer Ebene Informationen über das Gesamtvermögen und über bestimmte Vermögensaggregate, wie z. B. Geldvermögen, gibt, es existieren allerdings keine Informationen über die Verteilung des gesamten Vermögensbestands privater Haushalte selbst, sofern man sich auf das Produktivvermögen und das Vermögen an Geld und Forderungen beschränkt.

Fachinger, Uwe und Schmähl, W., (1999). Armut und Reichtum. Einkommen und Konsumverhalten älterer Menschen. S. 159- 208, in: Niederfranke, A., Naegele, G. und Frahm, E. (Hrsg.), *Funkkolleg Altern 2. Lebenslage und Lebenswelten, soziale Sicherung und Altenpolitik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Fachinger, Uwe und Oelschläger, A., (2000). Selbständige und ihre Altersvorsorge. Sozialpolitischer Handlungsbedarf. S. 145- 172, in: Bögenhold, D. (Hrsg.), *Kleine und mittlerer Unternehmen im Strukturwandel - Arbeitsmarkt und Strukturpolitik*. Frankfurt u.a.: Peter Lang.

Abstract: Die hier behandelte Frage beschäftigt sich damit, ob Selbständige, die über ein relativ geringes durchschnittliches Einkommen verfügen eine Absicherung sozialer Risiken betreiben. Der Beitrag konzentriert sich dabei auf eine spezifische Perspektive, nämlich auf die von ihren quantitativen Auswirkungen aus ökonomischer und sozialpolitischer Sicht relevanteste: die Vorsorge für die materielle Absicherung im Alter nach der altersbedingten Aufgabe der Selbständigkeit. Inhaltlich wird zunächst auf die Entwicklung der Erwerbsstruktur eingegangen, anschließend ein grober Überblick über

die bestehenden Formen obligatorischer Alterssicherung gegeben und abschließend ein Resümee über den derzeitigen Kenntnisstand und den sich daraus ergebenden sozialpolitischen Folgerungen.

Fachinger, Uwe, (2000). Erweiterung des versicherten Personenkreises auf Selbständige - Einige Anmerkungen zum DJB-Modell. *Zeitschrift für Sozialreform*, 46: 811-840.

Abstract: Im Folgenden wird von dem Ziel des DJB - Modells einer Ausdehnung des Personenkreises ausgegangen und in Anlehnung an die hier nur skizzierte Vorgehensweise zunächst eine Bestandsaufnahme des bestehenden Alterssicherungssystems in der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich einer obligatorischen Altersvorsorge von Selbständigen vorgenommen. Diese bezieht sich zum einen auf die Beschreibung der institutionellen Regelungen und zum anderen auf quantitative Informationen. Ein Resümee dieses Abschnitts- das hier vorweggenommen sei- ist die mangelhafte Kenntnis des Status quo und die unvollständige wissenschaftliche Aufarbeitung der Absicherung selbständig Erwerbstätiger im bundesrepublikanischen Alterssicherungssystem. Deshalb können im Rahmen der Wirkungsanalyse nur einige relevante Aspekte, die bei der Beurteilung des Vorschlags zu beachten sind, angesprochen und einige Hinweise für die weiterführende Forschung gegeben werden, die im Rahmen einer intensiven Auseinandersetzung mit den Vorschlägen des Modells vorzunehmen wäre.

Fachinger, Uwe, (2000). Erweiterung des versicherten Personenkreises auf Selbständige - Einige Anmerkungen zum DJB-Modell. S. 143- 172, in: Rust, U. (Hrsg.), *Eigenständige Alterssicherung von Frauen*. Wiesbaden: Chmielorz.

Abstract: Im Folgenden wird von dem Ziel des DJB-Modells einer Ausdehnung des Personenkreises ausgegangen und in Anlehnung an die nur skizzierte Vorgehensweise zunächst eine Bestandsaufnahme des bestehenden Alterssicherungssystem in der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich einer obligatorischen Altersvorsorge von Selbständigen vorgenommen. Diese bezieht sich zum einen auf die Beschreibung der institutionellen Regelungen und zum anderen auf quantitative Informationen. Ein Resümee dieses Abschnittes ist die mangelhafte Kenntnis des Status quo und die unvollständige wissenschaftliche Aufarbeitung der Absicherung selbständig Erwerbstätiger im bundesrepublikanischen Alterssicherungssystem. Deshalb können im Rahmen der Wirkungsanalyse nur einige relevante Aspekte, die bei der Beurteilung des Vorschlags zu beachten sind, angesprochen werden und einige Hinweise für die weiterführende Forschung gegeben werden, die im Rahmen einer intensiven Auseinandersetzung mit den Vorschlägen des Modells vorzunehmen wäre.

Fachinger, Uwe und Oelschläger, A., (2000). *Selbständige und ihre Altersvorsorge. Sozialpolitischer Handlungsbedarf?* ZeS: Bremen.

Abstract: Ein Charakteristikum des strukturellen Wandels in der BRD ist, dass vermehrt Formen der selbständigen Erwerbstätigkeit entstehen. Im Gegensatz zu abhängig Beschäftigten sind Selbständige sozialrechtlich nur geschützt, wenn dies vom Gesetzgeber ausdrücklich bestimmt ist. Aus der Zunahme sozialrechtlich nicht geschützter Beschäftigungsverhältnisse können sich daher Probleme im sozialen Sicherungssystem ergeben. Für den Bereich der Altersvorsorge - der im Mittelpunkt dieses Beitrages steht - zeigt die Untersuchung, dass die Datenlage für eine umfassende Lageanalyse derzeit unzureichend ist. Dennoch wird deutlich, dass die überwiegende Zahl der Selbständigen nicht von einem obligatorischen Alterssicherungssystem erfasst ist und die bestehenden obligatorischen Sicherungssysteme von heterogener Struktur sind.

Fachinger, Uwe, Bögenhold, D. und Leicht, R., (2001). Self-employment and Wealth-creation: Observations on the German Case. *The International Journal of Entrepreneurship and Innovation*, 2: 81-91.

Fachinger, Uwe, (2001). Materielle Ressourcen älterer Menschen - Struktur, Entwicklung und Perspektiven. S. 131- 360, in: Deutsches Zentrum für Altersfragen (Hrsg.), *Expertisen zum 3. Altersbericht der Bundesregierung. Band 2: Erwerbsbiographien und materielle Lebenssituation im Alter*. Opladen: Leske+Budrich.

Abstract: Ziel der Expertise ist eine Darstellung der Entwicklung der materiellen Ausgangssituation älterer Haushalte in Deutschland über die vergangenen zehn Jahre. Hierbei ist der Vergleich der in West- und Ostdeutschland lebenden älteren Haushalte ein zentraler Aspekt. Auf der Grundlage dieser Ergebnisse und von Plausibilitätsüberlegungen werden dann Aussagen über die sich abzeichnende Entwicklung in den nächsten Jahren getroffen. Hierbei wird die jeweilige Situation in West- und Ostdeutschland explizit berücksichtigt. Gemäß dieser Zielvorgabe werden hier weder die institutionellen Regelungen ausführlich dargestellt, noch eine intensive Ursachenanalyse durchgeführt. Vielmehr wird eine umfassende Bestandsaufnahme der quantitativen Informationen angestrebt.

Fachinger, Uwe, (2001). *Einnahmen und Ausgaben Hochbetagter. Expertise für die Sachverständigenkommission "4. Altenbericht der Bundesregierung"*. Deutsches Zentrum für Altersfragen: Berlin.

Fachinger, Uwe, (2001). *Einkommensverwendungsentscheidungen von Haushalten*. Berlin: Duncker & Humblot.

Abstract: Motiviert wurde die Arbeit vor allem durch die Diskussion über die weitere Entwicklung staatlicher sozialer Sicherungssysteme als Reaktion auf die sich abzeichnenden gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und demografischen Veränderungen. Mit der vorliegenden Arbeit werden insgesamt sechs miteinander eng verbundene Ziele angestrebt. Das erste Ziel ist die Beschreibung der Entwicklung der Einkommensverwendungsentscheidungen von Haushalten bzw. Individuen im Zeitverlauf. Auf der Grundlage der Deskription sollen im Weiteren Einflussgrößen identifiziert und Hypothesen zur Erklärung der Veränderungen im Ausgabeverhalten abgeleitet werden. In einem weiteren Schritt werden mikroökonomische Theorien des Konsumverhaltens von Haushalten mit den empirischen Fakten konfrontiert. Das vierte Ziel ist somit, Indizien für die Relevanz dieser Theorien zu finden. In diesem Zusammenhang ergibt sich auch die Frage nach dem Verhältnis von Einkommensverteilung und Produktverteilung. Es wird daher versucht, die Frage zu beantworten, ob die Einkommensverteilung gleichmäßiger oder ungleichmäßiger als die Produktverteilung ist. Aus den Analysen können dann Implikationen für die Wirtschafts- und Sozialpolitik abgeleitet werden.

Fachinger, Uwe, (2002). *Sparfähigkeit und Vorsorge gegenüber sozialen Risiken bei Selbständigen: Einige Informationen auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998*. ZeS-Arbeitspapier:

Abstract: Ziel des Beitrages ist die Analyse der Sparfähigkeit und der spezifischen Vorsorgeformen von Personen bzw. Haushalten, deren Einkommen überwiegend aus selbstständiger Erwerbstätigkeit erzielt wird. Zur Charakterisierung der Sparfähigkeit werden Informationen über Einkünfte und Vermögensbestände ermittelt, bei deren Beurteilung auch der Haushaltstyp bzw. die spezifische Haushaltssituation berücksichtigt wird. Datenbasis dafür ist ein scientific use file der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistische Bundesamts von 1998. Als Resultat zeigt sich auf der Grundlage der Querschnittsanalyse, dass sich die Sparfähigkeit Selbständiger im Durchschnitt nicht wesentlich von der der abhängig Beschäftigten unterscheidet. Weiterhin wird deutlich, dass sich die EVS 98 nur sehr eingeschränkt zur Analyse der Risikovorsorge privater Haushalte eignet. Es konnten dennoch Indizien ermittelt werden, die darauf hinweisen, dass die Gruppe der Selbständigen sehr heterogen im Hinblick auf die Vorsorge gegenüber einem Einkommensausfall und/oder einer zusätzlichen Belastung ist.

Fachinger, Uwe und Rothgang, H., (2002). *Die Wirkungen des Pflege-Versicherungsgesetzes auf die personelle Einkommensverteilung. Eine Modellanalyse auf der Basis des Pflege-Versicherungsgesetzes*. Zentrum für Sozialpolitik: Bremen.

Abstract: In der vorliegenden Analyse werden die Wirkungen der zum 1. Januar 1995 eingeführten Pflegeversicherung auf die personelle Einkommensverteilung untersucht. Anhand einer Partialanalyse der formalen spezifischen Inzidenz wird die Finanzierungs- und Leistungsgestaltung gemäß dem Rechtsstand zum 31. Dezember 1994 mit der Finanzierungs- und Leistungsgestaltung zum 1. Juni 1996 verglichen. Mit dieser Vorgehensweise wird ermittelt, welche Einkommensschichten seitens der Empfänger in besonderem Maße profitieren und welche seitens der Zahler stärker belastet bzw. entlastet werden. Im Ergebnis zeigt sich, dass sowohl durch die Änderung der Regelung auf der Leistungsseite als auch durch die Umbasierung von einer überwiegenden Steuerfinanzierung zu einer vorwiegenden Beitragsfinanzierung die oberen Einkommensschichten zu Lasten der unteren begünstigt werden.

Fachinger, Uwe, Rothgang, H. und Viebrok, H., (2002). *Die Konzeption sozialer Sicherung. Festschrift für Prof. Dr. Winfried Schmähl zum 60. Geburtstag*. Baden Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Fachinger, Uwe, (2002). *Sparfähigkeit und Vorsorge gegenüber sozialen Risiken bei Selbständigen: Einige Informationen auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998*. Institut für Sozialpolitik: Bremen.

Abstract: Das Ziel des Beitrages liegt in der Analyse der Sparfähigkeit und spezifischer Vorsorgeformen von Personen bzw. Haushalten, deren Einkommen überwiegend aus einer selbständigen Erwerbstätigkeit erzielt wird. Zur Charakterisierung der Sparfähigkeit werden Informationen über die Einkünfte und die Vermögensbestände von Haushalten mit einer selbständig erwerbstätigen Bezugsperson ermittelt, bei deren Beurteilung auch der Haushaltstyp bzw. die spezifische Haushaltssituation berücksichtigt wird. Dies geschieht auf Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1998. Als Resultat zeigt sich auf der Grundlage der Querschnittanalyse, dass sich die Sparfähigkeit von Selbständigen im Durchschnitt nicht wesentlich von der der Beschäftigten unterscheidet. Weiterhin wird deutlich, dass die EVS 1998 nur sehr eingeschränkt zur Analyse der Risikovorsorge privater Haushalte gegenüber sozialen Risiken geeignet ist.

Faik, J. und Schlomann, H., (1997). Die Entwicklung der Vermögensverteilung in Deutschland. S. 89- 126, in: Huster, E.-U. (Hrsg.), *Reichtum in Deutschland. Die Gewinner der sozialen Polarisierung*. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Abstract: Das Vermögen der privaten Haushalte spielt in der sozialpolitischen Diskussion der letzten Jahre eine zunehmende Rolle. Oft wird dabei übersehen, dass hinter den Aggregaten der vorhandenen Vermögensbeständen privater Haushalte eine erhebliche Ungleichheit der Verteilung steht, die deutlich über das Ausmaß der Einkommenskonzentration hinaus geht. Ein besonderer Aspekt dieser Arbeit besteht

darin, zu überprüfen, inwieweit die oft beschworene und hinsichtlich der Einkommenssituation tatsächlich zu beobachtende Angleichung der Lebensverhältnisse in West- und Ostdeutschland auch auf die Vermögensausstattung der privaten Haushalte zutrifft. Dazu werden die Einkommens- und Verbrauchsdaten von 1962/63 bis 1993 analysiert.

Faik, Jürgen, (1997). Institutionelle Äquivalenzskalen als Basis von Verteilungsanalysen - eine Modifizierung der Sozialhilfeskala. S. 13- 42, in: Becker, I. und Hauser, R. (Hrsg.), *Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft?* Frankfurt/Main, New York: Ausgangspunkt für den Beitrag ist das Faktum, dass es die sozialpolitische Praxis ebenso wie die Verteilungsforschung mit heterogenen Untersuchungseinheiten zu tun hat, insbesondere mit verschiedenartig strukturierten Haushaltstypen. Um derartige Einheiten wohlfahrtsbezogen miteinander vergleichbar machen zu können, sind gewissermaßen Wohlfahrtsdeflatoren notwendig, die sowohl individuelle Bedarfsunterschiede als auch die Einsparungen bei gemeinsamer Haushaltsführung zum Ausdruck bringen. Zu diesem Zweck werden in der Verteilungsforschung die Haushaltseinkommen durch sog. Äquivalenzskalenwerte dividiert. In bundesdeutschen Verteilungsanalysen wurde in der Vergangenheit überwiegend auf die aus der Regelsatzverordnung zum Bundessozialhilfegesetz abgeleiteten Proportionen zurückgegriffen, was nicht ohne Kritik geblieben ist. Zielsetzung der Studie ist es, wohlstandsinvariante Einkommensabstufungen für den unteren Einkommensbereich unter bestmöglicher Bezugnahme auf die tatsächliche Gesetzeslage herzuleiten. Aus diesem Grund wird eine neue, umfassendere Skala entwickelt, welche ihrerseits als Basis für Verteilungsanalysen fungieren kann.

Faik, Jürgen und Hauser, R., (1998). *Untersuchung der notwendigen Ausgaben größerer Haushaltsgemeinschaften. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit.* Frankfurt/Main.

Faik, Jürgen, (2000). *Eine Datenquelle, drei Studien = drei verschiedene Aussagen? Zur Problematik empirischer Vermögensanalysen.* Institut für VWL: Frankfurt/Main.

Abstract: Empirische Wohlstandsanalysen können prinzipiell anhand dreier Indikatoren durchgeführt werden: Anhand des privaten Verbrauchs, anhand des verfügbaren Einkommens oder anhand des Nettovermögens. Bezüglich der Definition des privaten Vermögens gibt es nicht annähernd akzeptierte internationale Konventionen, so dass allein die Deskription der Höhe und Verteilung privat gehaltenen Vermögens eine komplexe Aufgabe ist. Daher ist es nicht unwahrscheinlich, dass verschiedene Vermögensanalysen selbst auf einer einheitlichen Datengrundlage zu zum Teil entgegengesetzten Aussagen kommen. Diesen Gedanken aufgreifend, werden in der vorliegenden Studie in beispielhafter Form drei auf Basis der EVS 1988 durchgeführten

Analysen zur bundesdeutschen Vermögensverteilung privater Haushalte einer vergleichenden Betrachtung unterzogen. Es wird gezeigt, an welchen Stellen Abweichungen zwischen den einzelnen Studien auftreten und worauf diese (vermutlich) zurückzuführen sind.

Faller, B, Braun, R., Heyn, T. und Pfeiffer, U., (2001). Hemmnisse der Wohneigentumsbildung. *BBR-Reihe "Forschungen"*.

Abstract: Es hat in den vergangenen Jahrzehnten beständig Fortschritte in der Wohneigentumsbildung gegeben. In den alten Bundesländern lag die Wohneigentumsquote 1950 noch bei ungefähr 25%, mittlerweile beträgt sie 42% (Ost: 31%). Im internationalen Vergleich und gemessen an den artikulierten Wünschen der Haushalte ist die Entwicklung der Selbstnutzerquote allerdings unbefriedigend geblieben. Über die Fragen der Wohnungsversorgung hinaus ist dabei wichtig, dass Wohneigentum bislang die wichtigste Säule des Vermögensaufbaus und der privaten Altersicherung ist. Eine hohe, über verschiedene Haushaltstypen und Einkommensgruppen hinweg reichende Selbstnutzerquote ist demnach auch Ausdruck einer breiten Vermögensstreuung.

Fiebiger, H., (1997). Aufwendungen privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 1993. *Wirtschaft und Statistik*, 12: 879-886.

Fischer, I. und Hauser, R., (1988). *Lone-parent families in the Federal Republic of Germany*. SFB 3 Universität Frankfurt: Frankfurt/Main.

Abstract: In 1982 the European Community released the so called Friis report which analysed the situation of lone-parent families in the member countries. This paper is the sequel for the Federal Republic of Germany as part of an overall survey on all member countries. The results show that within the last 25 years, lone-parent families were a group with growing numbers and shares among all family types in West Germany. In particular male headed units increased their portion but females were still the dominant type. The income situation of incomplete families was on average worse than for complete units. The share of lone-parent families living in poverty rose drastically since the sixties.

G

Geißler, R., (2000). Materielle Lebensbedingungen. *Informationen zur politischen Bildung*, 269: 9-15.

Abstract: Die materiellen Lebensbedingungen entwickelten sich nach dem Zweiten Weltkrieg in den beiden Teilen Deutschlands sehr unterschiedlich. Mit der Dynamik der sozialen Marktwirtschaft konnte die zentrale Planwirtschaft des Ostens nicht Schritt halten, der Lebensstandard stieg in der Bundesrepublik erheblich schneller als in der DDR. Die Ost-West-Wohlstandsschere öffnete sich immer weiter und hatte weit reichende sozialpsychologische und politische Folgen. Sie war ein zentraler Ursachenkomplex für den Zusammenbruch der DDR, und der Abbau der ungleichen Lebensbedingungen zwischen alten und neuen Bundesländern war und ist die zentrale Herausforderung an das vereinigte Deutschland. Mit Hilfe der Einkommens- und Verbrauchsstichproben werden Probleme der Einkommensungleichheit sowie Vermögensungleichheit beleuchtet.

Geißler, R., (2004). Materielle Lebensbedingungen . *Informationen zur politischen Bildung*, 269.

Abstract: Die materiellen Lebensbedingungen entwickelten sich nach dem Zweiten Weltkrieg in den beiden Teilen Deutschlands sehr unterschiedlich. Mit der Dynamik der sozialen Marktwirtschaft konnte die zentrale Planwirtschaft des Ostens nicht Schritt halten, der Lebensstandard stieg in der Bundesrepublik erheblich schneller als in der DDR. Die Ost-West-Wohlstandsschere öffnete sich immer weiter und hatte weit reichende sozialpsychologische und politische Folgen. Sie war ein zentraler Ursachenkomplex für den Zusammenbruch der DDR, und der Abbau der ungleichen Lebensbedingungen zwischen alten und neuen Bundesländern war und ist die zentrale Herausforderung an das vereinigte Deutschland. Die vorliegenden Zahlen beziehen sich auf die aktuellen Daten der EVS 1998.

Glatzer, W. und Hauser, R., (1998). *The Distribution of Income and Wealth in European and North-American Societies*. Frankfurt/Main.

Grimm, M., (1998). *Die Verteilung von Geld- und Grundvermögen auf sozioökonomische Gruppen im Jahr 1988 und Vergleich mit früheren Ergebnissen*. Institut für VWL: Frankfurt/Main.

Abstract: Die Studie beleuchtet die Verteilung von Geld- und Grundvermögen auf sozioökonomische Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Analyse skizziert eindrucksvoll die Entwicklung der Vermögensverteilung bis in die neunziger Jahre

hinein. Dabei zeigt sich, dass die Verteilung des Vermögens, im Vergleich zu der Verteilung der Einkommen, einen weiterhin sehr hohen Konzentrationsgrad aufweist. Insbesondere auf der Personenebene hat sich der Grad der Konzentration im Laufe der achtziger Jahre sogar noch verstärkt. Auch die Betrachtung der Verteilung auf sozioökonomische Gruppen zeigt viele interessante und neue Ergebnisse, so dass die Analyse ein echter Erkenntnisfortschritt ist.

Grub, M., (2000). Verteilungswirkungen der ökologischen Steuerreform auf private Haushalte - Eine empirische Analyse. *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, 69: 17-37.

Abstract: Im März 1999 hat der Deutsche Bundestag das "Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform", im November 1999 das Gesetz zur "Fortführung der ökologischen Steuerreform" beschlossen. Das Modell ÖkoMik wurde entwickelt, um die zu erwartenden Verteilungswirkungen der fünf Reformstufen auf private Haushalte zu analysieren. Anhand eines Input-Output-Preismodells wird zunächst gezeigt, dass indirekte Preiseffekte durch Besteuerungen und Entlastungen in der vertikalen Produktionsverflechtung gegenüber den direkt steuer-induzierten Preiseffekten kaum ins Gewicht fallen. Über die gesamte Volkswirtschaft ergibt sich aber eine deutliche Netto-Umverteilung zu Lasten des Haushalts- und zu Gunsten des Produktionssektors. Auf Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1993 wird ferner die "Regressivitätshypothese" überprüft. Es finden sich deutliche Hinweise darauf, dass leistungsschwächere Haushalte relativ stärker belastet werden als leistungsstärkere. Auf Grund der unterschiedlichen Besteuerungsstruktur verändert sich diese Beobachtung über die Zeit. Die Beitragssenkung zur Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) verstärken die Regressivität tendenziell.

Gruber, W., (1998). Messung von Armut und Reichtum - Das Datenangebot der amtlichen Statistik. S. 63- 78, (Hrsg.), *Einkommen und Vermögen in Deutschland - Messung und Analyse*. Metzler Poeschel.

Abstract: Zur Diskussion, welche Daten die amtliche Statistik zur Beurteilung vom Ausmaß der Entwicklung von Armut und Reichtum liefern kann, werden einige zentrale Beispiele von Größenordnungen der Einkommens- und Vermögenssituation - vornehmlich am Beispiel Baden Württemberg - dargestellt. Es werden dabei bewusst Einkommens- und Vermögensdaten statistischer Erhebungen der Jahre 1992 bis 1995 herangezogen, um im abgegrenzten zeitlichen Rahmen Strukturvergleiche durchführen zu können. Daher werden u.a. auch die Einkommens- und Verbrauchsstichproben betrachtet und hinsichtlich bestimmter Merkmale bewertet

Grunert, R., (2003). *Sind Haushalte mit Wohneigentum sparsamer als Mieterhaushalte? Ersparnis und Vermögen von Wohneigentum und Mietern in West- und Ostdeutschland*. Institut für Wirtschaftsforschung Halle: Halle.

Abstract: Es wird der Frage nachgegangen, inwieweit der Status der Haushalte als Mieter oder Eigentümer von Wohnungen ihr Sparverhalten beeinflusst. Anhand der Einkommens- und Verbrauchsstichproben von 1993 und 1998 wird die durchschnittliche Sparquote von Haushalten mit Wohneigentum im Vergleich zur Sparquote von Mieterhaushalten untersucht. Da die sozio-ökonomischen Strukturen in West- und Ostdeutschland noch unterschiedlich sind, erfolgt die Analyse getrennt. Dabei wird von der Hypothese ausgegangen, dass die privaten Haushalte, die Wohneigentum besitzen und selbst nutzen, gegenüber den Mieterhaushalten eine höhere Sparneigung ausweisen. Wenn dem so ist, stellt sich die Frage, ob die privaten Haushalte mit selbstgenutztem Wohneigentum per se sparsamer sind als Haushalte, die zur Miete wohnen, oder ob andere Faktoren diese Aussage beeinflussen. Zu diesem Zweck wird die Ersparnis von Eigentümerhaushalten getrennt nach Haushalten mit und ohne Restschuld analysiert.

Gubert, R., (1999). Die territoriale Differenzierung der Werte zwischen Regionalität Nationalität und Supranationalität der italienische und deutsche Kulturraum in Europa. S. 111- 172, (Hrsg.), *Annali di Sociologia : Soziologisches Jahrbuch*. Berlin: Duncker & Humblot.

Guttmann, E., (1995). Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1993. *Wirtschaft und Statistik*, 5: 391-399.

Guttmann, E., (1997). Lebensverhältnisse von Einpersonenhaushalten. *Wirtschaft und Statistik*, 6: 418-427.

H

Halle, G., (1999). Ausstattung Grundvermögen und Wohnsituation der Haushalte älterer Menschen in Thüringen. *Statistische Monatshefte Thüringen*, 11: 17-25.

Handel, A., (2003). *Die Entwicklung des Geldvermögens der privaten Haushalte in Deutschland*. Institut für Statistik und Ökonometrie, Johannes Gutenberg-Universität

Mainz: Mainz.

Abstract: Das vorliegende Arbeitspapier untersucht, wie sich Spartätigkeit und Geldvermögen deutscher Privathaushalte seit 1960 entwickelt haben. Für die Analyse wird sowohl auf Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) für den Sektor der Privaten Haushalte sowie für Querschnittsanalysen auf die Ergebnisse der EVS aus dem Jahr 1998 zurückgegriffen. Mittels Regressionsanalysen lässt sich herausfinden, dass der Vermögensbestand einkommens- und altersabhängig ist. Es wird gezeigt, dass Einkommen und Ersparnis kointegriert sind, weshalb ein Fehlerkorrekturmodell aufgestellt wird. Bei einzelnen Analyseformen können im Zeitverlauf starke Schwankungen in der Ersparnisbildung festgestellt werden, die u.a. durch Renditeaspekte erklärt werden.

Harmsen-Kieckbusch, W., (1999). Die Wohnverhältnisse der privaten Haushalte in Schleswig-Holstein 1998 . *Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein*, 51: 248-253.

Abstract: In diesem Aufsatz werden die Daten über die Wohnverhältnisse privater Haushalte in Schleswig-Holstein vorgestellt und den Ergebnissen des früheren Bundesgebietes gegenübergestellt. Dabei wird im Einzelnen untersucht, welche Zusammenhänge zwischen der Wohnsituation der Privathaushalte und der Haushaltsgröße, dem Haustyp sowie der sozialen Stellung des Haupteinkommensbeziehers existieren. Datenbasis ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1998, bei dem Einführungsinterview zur EVS 1998 hatten in Schleswig-Holstein 2715 Haushalte teilgenommen. In den Interviews wurden sie u.a. zur eigenen Wohnsituation befragt .Der Fragekatalog zu diesem Thema umfasste: die Art der Hauptwohnung, in der die Haushalte lebten, die Eigentumsverhältnisse an der überwiegend genutzten Wohnung und die Wohnfläche.

Hauser, R., Cremer-Schäfer, H. und Nouvertné, U., (1981). *Armut, Niedrigeinkommen und Unterversorgung in der Bundesrepublik Deutschland - Bestandaufnahme und sozialpolitische Perspektiven*. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Abstract: Im Februar 1979 wurde die Arbeitsgruppe Armutsforschung an der Uni Frankfurt von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft, Brüssel, beauftragt, einen Bericht über Formen, Gründe und Ausmaß der Armut in der BRD zu erstellen und wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen zur Verhinderung von Armut zu analysieren. Der Bericht für die BRD wurde unter ausschließlicher Verantwortung der beteiligten Wissenschaftler erstellt und Ende 1980 der EG- Kommission übergeben. Um einen Beitrag zur Armutsforschung in der BRD zu leisten, wurde der Bericht in Form dieses Buches veröffentlicht.

Das Projekt befasst sich mit der Armutsforschung, dem Ausmaß der Armut, den Ursachen, den Vermeidungsstrategien und den Auswirkungen der Armut. Es erfolgt eine Eingrenzung nach thematischen Schwerpunkten: Einkommen, Beschäftigung, Wohnen,

Ausbildung und Gesundheit. Die Entwicklung des Armutproblems, seine wissenschaftliche Behandlung und wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen in den genannten Bereichen werden in einer historischen Perspektive für die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg aufgegriffen.

Die Ergebnisse wurden durch den Rückgriff auf vielfältige Erfahrungen, Programme und Datenbestände des Sonderforschungsbereichs 3 "Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik" an den Universitäten Frankfurt und Mannheim erzielt. Die Berechnungen wurden auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben durchgeführt.

Hauser, R. und Heldmann, E., (1981). *Die Verteilung impliziter Transfers zugunsten von Eigennutzer-Haushalten im Jahr 1969 - Eine mikroökonomische Analyse auf Basis von Individualdaten der EVS*. SFB 3 Universität Frankfurt: Frankfurt/Main.

Abstract: Im vorliegenden Papier wird untersucht, welche Verteilungswirkungen auf einzelne Haushaltsgruppen von einem impliziten Transfer ausgehen, der durch die steuerliche Unterbewertung des Nutzungswertes bestimmter Eigentümerwohnungen im Rahmen der Einkommenssteuer zustande kommt. Ausgehend von der Tatsache, dass der Bestimmung des Nutzungswertes der Wohnung im eigenen Einfamilienhaus bzw. der Eigentumswohnung günstigere steuerrechtliche Vorschriften zugrunde liegen als im Falle der Eigennutzung einer Wohnung im eigenen Zweifamilienhaus, werden die für die zuletzt genannte Gruppe gültigen steuerlichen Regelungen zur Vergleichsnorm erhoben. Die Untersuchung ergab für das Jahr 1969 eine deutliche Nettobegünstigung in jeder Einkommensklasse. Gleichzeitig wurde nachgewiesen, dass sich in jeder Einkommensklasse gleichzeitig Begünstigte und Belastete finden, wobei deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Einkommensklassen vorhanden sind.

Hauser, R., (1984). Armut im Wohlfahrtsstaat - empirischer Befund und Lösungsansätze. S. 214- 263, in: Lampert, H. und Kühlewind, G. (Hrsg.), *Das Sozialsystem der Bundesrepublik Deutschland. Bilanz und Perspektiven*. Es ist inzwischen allgemein akzeptiert, dass es eine beachtliche Armut im Wohlfahrtsstaat geben kann. Aus diesem Grund befasst sich der vorliegende Beitrag mit dem Phänomen Armut. Nach einer definitorischen Abgrenzung von Armut werden die verschiedenen Ursachen von Armut im realen Wohlfahrtsstaat diskutiert, besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Einkommensarmut. Es folgt eine empirische Bestandsaufnahme in der BRD mit anschließenden Lösungsmöglichkeiten zur Bekämpfung der Armut. Dem Autor zufolge ergeben sich zwei Strategien, zum einen eine reine Sozialhilfe-Strategie und zum anderen eine gemischte Mindestleistungs- und Sozialhilfe-Strategie, die auf ihr Potential hin untersucht werden.

Hauser, R. und Klein, Th., (1985). EVS und Sozialhilfe - Alternative Methoden der Leistungsbemessung für die Sozialhilfe: Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) als eine ihrer empirischen Grundlagen. *Blätter der Wohlfahrtspflege*, 132: 29-33.

Abstract: Im vorliegenden Artikel wird die Frage nach der angemessenen Höhe des Leistungsniveaus in der Sozialhilfe gestellt. So werden im vorliegenden Beitrag vor allem die empirischen Grundlagen alternativer Methoden zur Ermittlung von Existenzminima umrissen, mittels derer die normativen Orientierungen in die Bemessung von Geldleistungen umgeformt werden können.

Hauser, R., Becker, I. und Ständecke-Schneid, S., (1987). *Initial Country Report for Germany. Selected Nonmonetary Types of Income in the Federal Republic of Germany: Macro Economic and Distributional Effects*. Sonderforschungsbereich 3: Universität Frankfurt und Universität Mannheim.

Abstract: Ziel des Arbeitspapiers ist die Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung realer (nicht-monetärer) Einkommenskomponenten und die Herausarbeitung von Kriterien für die personenbezogene Zuordnung. Es wird deutlich, dass nicht-monetäre Einkommenselemente mit vorwiegend privatem Gutscharakter in der BRD auf wenige Funktionen beschränkt sind. Das Hauptgewicht liegt auf öffentlich oder quasi-öffentlich (Sozialversicherung) erbrachten Realleistungen. Letztendlich soll die Einbeziehung von nicht-monetären Einkommenselementen in die personelle Einkommensverteilungsanalyse ein deutlicheres Bild über den materiellen Wohlstand der Bevölkerung ermöglichen, wobei jedoch Konsistenzprobleme insbesondere aufgrund der verschiedenen Bewertungskonzepte (Marktpreis- vs. Ausgabenkonzept) berücksichtigt werden müssen.

Hauser, R. und Semrau, P., (1989). *Trends in Poverty and Low Income in the Federal Republic of Germany*. SFB 3 Universität Frankfurt: Frankfurt/Main.

Abstract: The objective of this paper is to analyze the extent of poverty in the Federal Republic of Germany and its trend from 1962/63 to 1986. For this purpose the authors use three different data sources: Social Assistance Statistics, the Income and Expenditure Survey 1962/63 - 1983 and four waves of the German Socio-Economic Panel (1983-1986). The results show that poverty dropped considerably from 1962/63 to 1973 and increased again from 1973 to 1986. Moreover, all three data sources show, that during the period of observation the risk of poverty changed profoundly. Specifically, poverty among the aged has decreased while poverty among children, young adults and one-parent families has become very serious. Comparisons by sex show, that the poverty discrepancy between males and females has decreased. This result is contrary to the development in other countries (e.g. USA).

Hauser, R. und Semrau, P., (1990). Polarisierungstendenzen in der Einkommensverteilung? *ISI, Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 3: 1-4.

Abstract: Seit 1974 ist es nicht mehr gelungen Vollbeschäftigung zu erreichen. Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen hält sich trotz eines langandauernden Wirtschaftsaufschwungs bei rund zwei Millionen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger ist in den letzten Jahren ständig gestiegen und hat inzwischen die Drei-Millionen-Grenze überschritten. Diese Tatsachen werden in der Diskussion über die "Neue Armut" als Zeichen für eine Polarisierung der Gesellschaft interpretiert. In der öffentlichen Diskussion wird behauptet, dass "die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer" werden; das Schlagwort von der Zwei-Drittel-Gesellschaft macht die Runde. Kommt es zu einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft? Die dem vorliegenden Text zugrundeliegende Datenbasis sind die Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) 1962/63 bis 1983 des Statistischen Bundesamtes. Um in der folgenden Untersuchung die demografische Struktur der Haushalte und die Einsparungen im Haushaltszusammenhang zu berücksichtigen wird die Äquivalenzskala, die impliziert im Bundessozialhilfegesetz enthalten ist, benutzt. Um das Ausmaß der Armut zu erfassen, gibt es viele Indikatoren, hier wird die Armutsquote (Anzahl der armen Personen in Prozent der jeweiligen Gruppe) verwendet.

Hauser, R. und Semrau, P., (1990). *Poverty in the Federal Republic of Germany. Report prepared for the Commission of the European Communities*. Frankfurt/Main.

Hauser, R. und Semrau, P., (1990). Zur Entwicklung der Einkommensarmut von 1963 bis 1986. *Sozialer Fortschritt*, 27-36.

Abstract: Seit Mitte der 70er Jahre wird das Armutsproblem, zuerst unter dem Begriff der "Neuen sozialen Frage"(Geißler), dann unter dem Aspekt der "Neuen Armut" in der Bundesrepublik verstärkt diskutiert. Mit Ausnahme der Sozialhilfestatistik waren jedoch bisher keine statistischen Informationen verfügbar, die es erlaubt hätten, Trends in bezug auf Ausmaß, Struktur und Dauer der Armutslagen abzuleiten. Im Idealfall sollten derartige Untersuchungen auf einer repräsentativen Panel-Stichprobe beruhen, die Längsschnitt-Mikrodaten über alle Komponenten der Lebenslage über einen langen Zeitraum liefert. Eine derartige Datenquelle ist jedoch in der Bundesrepublik erst im Aufbau begriffen, da das Sozioökonomische Panel bisher erst Angaben aus vier Wellen (1983-1986) zur Verfügung stellt. Will man der Frage nach der Entwicklung der Armut in den beiden vergangenen Jahrzehnten nachgehen, so muss man sich gegenwärtig noch aus verschiedenen statistischen Quellen mosaikartig ein Bild zusammen setzen. Dabei lässt die Datenlage nur ein Aufzeigen der Trends in bezug auf die Einkommensarmut zu; Aussagen über die Dauer der Armutslagen sind bisher noch nicht umfassend möglich. Im Vordergrund dieses Aufsatzes steht die Deskription von Trends auf der Basis von Querschnittsdaten. Auf eine Ursachenanalyse und soziopolitische Schlussfolgerungen muss an dieser Stelle verzichtet werden. Als Ergebnis lässt sich feststellen, dass die

sichtbar gewordenen Strukturverschiebungen innerhalb der Armutsbevölkerung- die stark erhöhten Armutsquoten von Kindern und jungen Erwachsenen sowie von Alleinerziehenden- eine Umorientierung der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik erfordern würden.

Hauser, R. und Becker, I., (1994). *The Development of the Income Distribution in the Federal Republic of Germany during the Seventies and Eighties*. Frankfurt/Main.

Hauser, R., (1994). *Die Entwicklung der Einkommenslage von Familien über zwei Dekaden - einige empirische Grundlagen zur Würdigung der deutschen Familienpolitik*. Universität Frankfurt: Frankfurt/Main.

Abstract: Im vorliegenden Arbeitspapier werden alternative normative Grundpositionen der Familienpolitik diskutiert und die Entwicklung der relativen Verteilungspositionen von Haushalten unterschiedlicher Größe bzw. von Familien mit und ohne Kinder untersucht. Die empirische Analyse stützt sich zum einen auf veröffentlichte Tabellen des Statistischen Bundesamtes und zum anderen auf eigene Auswertungen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1973, 1978 und 1983 sowie des Sozio-ökonomischen Panels für einzelne Stichjahre der späteren Periode und insbesondere für die Ausgangssituation und die bisherigen Veränderungen in den neuen Bundesländern. Als Indikator für die Einkommenslage von Personen wird ein Äquivalenzeinkommen in Relation zum jeweiligen Gruppen- oder Gesamtdurchschnitt, die sog. Wohlstandsposition, herangezogen. Familien mit Kindern schneiden erwartungsgemäß schlechter ab als Personen in kleineren Haushalten. Zwischen 1972 und 92 hat sich in Westdeutschland die relative Position der größeren Haushalte tendenziell etwas verschlechtert.

Hauser, R., (1994). Armut im Sozialstaat als Problem einer Theorie der integrierten Sozial- und Verteilungspolitik. S. 291- 335, in: Deutsche Forschungsgemeinschaft (Hrsg.), *Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik Band 1*. Berlin: Akademie Verlag.

Abstract: Mit dieser Publikation werden die beiden Abschlussbände des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Sonderforschungsbereichs 3 der Öffentlichkeit vorgelegt. In dem vorliegenden Kapitel wird u.a. die Entwicklung der Einkommensarmut 1963-1986 untersucht. Zu diesem Zweck wird Armut in der BRD nach unterschiedlichen Konzepten und mit unterschiedlichen Datenquellen untersucht. Neben dem Sozio-ökonomischen Panel finden auch die Einkommens- und Verbrauchsstichproben der jeweiligen Jahre Verwendung. Neben einem Überblick wird auch die Struktur der relativen Einkommensarmut sowie der Einfluss des Systems der sozialen Sicherung untersucht.

Hauser, R., (1995). Das empirische Bild der Armut in der Bundesrepublik Deutschland: ein Überblick. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 31/32: 3-13.

Abstract: Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der übergeordneten Frage, ob es in der BRD Armut gibt. Der Artikel beschäftigt sich zunächst mit den Sozialhilfeempfängern; dann werden einige empirische Ergebnisse über die relative Einkommensarmut referiert; hierauf folgt eine Skizze weiterer Aspekte der Lebenslage von Einkommensarmen. Hauser kommt zu dem Ergebnis, dass die Frage, ob es in der Bundesrepublik Armut gibt, mit einem "Ja" beantwortet werden muss. Auch langfristige Armut gibt es auf der individuellen Ebene und es besteht die Gefahr der Herausbildung einer neuen Unterschicht. Über das Ausmaß der Armut und über die Frage einer wesentlichen Zunahme in den alten Bundesländern mag man streiten; aber in den neuen Bundesländern ist ein Anstieg der Armut unbestreitbar, auch wenn er von einem sehr niedrigen Niveau aus erfolgt und die dortige Armut noch nicht das westliche Niveau erreicht hat.

Hauser, R., (1995). Die Entwicklung der Einkommenslage von Familien über zwei Dekaden - einige empirische Grundlagen zur Würdigung der deutschen Familienpolitik. S. 133- 150, in: Kleinhenz, G. (Hrsg.), *Soziale Ausgestaltung der Marktwirtschaft. Festschrift zum 65. Geburtstag von H. Lampert*. Berlin.

Abstract: Im vorliegenden Papier werden alternative normative Grundpositionen der Familienpolitik diskutiert und die Entwicklung der relativen Verteilungspositionen von Haushalten unterschiedlicher Größe bzw. von Familien mit und ohne Kinder untersucht. Die empirische Analyse stützt sich zum einen auf veröffentlichte Tabellen des Statistischen Bundesamtes und zum anderen auf eigene Auswertungen der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1973, 1978 und 1983 sowie des Sozio-ökonomischen Panels für einzelne Stichjahre der späteren Periode und insbesondere für die Ausgangssituation und die bisherigen Veränderungen in den neuen Bundesländern. Als Indikator für die Einkommenslage von Personen wird ein Äquivalenzeinkommen in Relation zum jeweiligen Gruppen- oder Gesamtdurchschnitt, die sog. Wohlstandsposition, herangezogen. Familien mit Kindern schneiden erwartungsgemäß schlechter ab als Personen in kleineren Haushalten. Zwischen 1972 und 92 hat sich in Westdeutschland die relative Position der größeren Haushalte tendenziell etwas verschlechtert.

Hauser, R., (1996). Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung. S. 13- 38, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), *Wohlfahrtsmessung - Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Abstract: In dem vorliegenden Beitrag, der sich als Einführungsreferat in diese Thematik versteht, werden Grundsatzfragen der Messung individueller Wohlfahrt diskutiert und einige Verteilungsmaße skizziert. Schließlich werden einige Ergebnisse über die Entwicklung der Wohlfahrtsverteilung referiert, wobei aber nur ein eingeeengter, auf das

Äquivalenzeinkommen beschränkter Wohlfahrtsbericht zugrunde gelegt wird. Weitgehend ausgeschlossen bleiben Fragen der Aggregation von individueller Wohlfahrt zur Gesamtwohlfahrt einer Bevölkerung und die Beziehungen zwischen den aggregierten Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und einem für die Gesamtbevölkerung geltenden Wohlfahrtsindikator.

Hauser, R. und Becker, I., (1996). Zur Entwicklung der personellen Verteilung der Einkommen in West- und Ostdeutschland 1973 bzw. 1990 bis 1994. *Sozialer Fortschritt*, 45: 285-293.

Abstract: Es werden die Auswirkungen der wechselhaften gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen, seit den siebziger Jahren, auf die Verteilung materiellen Wohlstands analysiert, soweit dieser sich im monetären Einkommen niederschlägt. Während der siebziger und achtziger Jahre haben sich nicht nur konjunkturelle Schwankungen, sondern in Folge der Ölpreiskrise von 1974 auch strukturelle Verschiebungen vollzogen, die mit zunehmender Arbeitslosigkeit einhergingen. In Aufschwungsphasen hat sich nicht mehr die erhoffte Entlastung des Arbeitsmarktes gezeigt. Die Wiedervereinigung schließlich hat zu einer krisenhaften Umbruchphase in Ostdeutschland, aber auch in Westdeutschland zu Belastungen geführt, die sich insbesondere in einer dramatischen Verschärfung des Arbeitsmarktproblems niedergeschlagen haben. Vor diesem Hintergrund wurde zunächst nach der Entwicklung der Gesamtverteilung der Nettoeinkommen gefragt; die Verteilung der Bruttoeinkommen als wesentliche Komponente des Volkseinkommens näher analysiert und schließlich wurden die Veränderungen der Verteilungssituation der älteren Bevölkerung untersucht, wobei eine Altersgrenze von 65 Jahren zugrunde gelegt wurde. Um den über zwanzig Jahre umfassenden Untersuchungszeitraum (1973-1994) abdecken zu können wurden zwei Mikrodatenquellen herangezogen, die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für die Jahre 1973, 1978, 1983 und 1988 und das Sozio-Ökonomische Panel für die neunziger Jahre.

Hauser, R., Glatzer, W., Hradil, S., Kleinhenz, G., Olk, T. und Pankoke, E., (1996). Ungleichheit und Sozialpolitik. Bericht 2 zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland. S. 156- 181, in: Bertram, Hans, Nickel, Hildegard Maria, Niedermayer, Oskar und Trommsdorff, Gisela (Hrsg.), *Vermögen*. Opladen: Vorstand der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern e.V.

Abstract: Dieses Kapitel befasst sich mit der Transformation des sozialistisch-planwirtschaftlichen Wirtschaftssystem der DDR in das marktwirtschaftlich organisierte Wirtschaftssystem mit ausgeprägter sozialer Komponente, wie es der Sozialstaat der BRD darstellt. Diese Transformation veränderte notwendigerweise die Verteilung des Volksvermögens in ganz besonderem Maße. Zuerst wird geklärt, was unter Vermögen verstanden wird und welche Einflussfaktoren der Vermögensverteilung es unter privaten

Haushalten gibt. Danach wird die Entwicklung des privaten Geldvermögens und des Haus - und Grundvermögens dargestellt. Zusammenfassend lässt sich dann feststellen, dass eine neue Eigentümerstruktur hergestellt wurde, die breite Streuung des Privatvermögens trat in den Hintergrund. Als Eigentümer kamen nur Personen und Unternehmer in Frage, die genügend finanzielle Mittel und unternehmerische Fähigkeiten und Wissen hatten, um von der Treuhand Betriebe erwerben zu können. Dabei handelte es sich überwiegend um Privatpersonen und Unternehmen aus Westdeutschland. Man kann also vermuten, dass der Anteil ostdeutscher Eigentümer am ostdeutschen Produktivvermögen wesentlich geringer ist als der Anteil westdeutscher Eigentümer an westdeutschem Produktivvermögen, was somit eine Konzentration des Produktivvermögens zeigt.

Hauser, R., (1997). Globalisierung und personelle Einkommensverteilung. S. 72- 84, in: Fricke, W. (Hrsg.), *Jahrbuch für Arbeit und Technik*. Bonn: Dietz.

Abstract: Um die Auswirkungen der Globalisierung ist eine heftige Diskussion entbrannt. Allerdings wird ihr Einfluss auf die personelle Einkommensverteilung bisher kaum diskutiert. Weltweite Globalisierung des Handels und der Kapital- und Arbeitskräftewanderung ist von der durch die zu erwartende Währungsunion verstärkten europäischen Integration zu unterscheiden. Der Einfluss dieser beiden seit langem vor sich gehenden Prozesse auf die personelle Verteilung der Primär- und Sekundäreinkommen war bis zur deutschen Wiedervereinigung gering. Die Wiedervereinigung und der Systemwechsel haben in den neuen Bundesländern ausgehend von einer weit gleichmäßigeren Einkommensverteilung einen starken Trend zur Erhöhung der dortigen Ungleichheit in Gang gesetzt. Darüber hinaus zeigte sich für Gesamtdeutschland in den letzten Jahren allenfalls eine leichte Zunahme der Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung- vor allem vermittelt durch die gestiegene Arbeitslosigkeit-, die man teilweise mit der Globalisierung und zunehmenden europäischen Integration in Verbindung bringen kann. Insgesamt gesehen hat das deutsche System der sozialen Sicherung bisher zunehmende Ungleichheitstendenzen bei den Primäreinkommen weitgehend kompensiert. Allerdings besteht die Gefahr, dass es unter dem Einfluss der Globalisierung und des "Wettbewerbs der Systeme" geschwächt wird. Nur der Ausbau der sozialen Dimension der Europäischen Union könnte hier ein Gegengewicht darstellen.

Hauser, R., (1997). Armut, Armutsgefährdung und Armutsbekämpfung in der Bundesrepublik Deutschland. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 216: 524-548.

Abstract: Der Beitrag behandelt Ausmaß und Veränderung der Armut in Deutschland von 1962 bis 1995 und skizziert die in den kommenden Jahren zu erwartende Entwicklung. Es wird gezeigt, dass die Armut, gemessen an mehreren relativen Einkommensgrenzen sowie an der Sozialhilfeschwelle, seit Mitte der 70er Jahre allmählich zunimmt. In den

neuen Bundesländern fand seit 1990 ein schneller Anstieg statt. Dieser Anstieg ist korreliert mit der sich stufenweise erhöhenden Arbeitslosigkeit, aber auch mit Veränderungen der Familienstruktur und Einschränkungen bei den Sozialversicherungen. Zwischen den Generationen hat sich eine tiefgreifende Verschiebung der Armutsbetroffenheit ergeben. Waren in den 60er und 70er Jahren noch die Alten am stärksten betroffen, so sind es nunmehr Kinder und junge Erwachsene. Ausländer weisen seit Beginn der 80er Jahre höhere Armutsquoten als Deutsche auf. Selbst unter institutionellen Status-quo-Bedingungen kann eine weitere Zunahme der Armut keineswegs ausgeschlossen werden. Sollen absehbare Einschnitte in das der Sozialhilfe vorgelagerte System der sozialen Sicherung nicht zusätzlich armutserhöhend wirken, so muss das unterste Auffangnetz zur Sicherung eines soziokulturellen Existenzminimums gestärkt werden. Der Verfasser präferiert hierzu den Einbau von bedarfsorientierten und steuerfinanzierten Mindestsicherungselementen in vorgelagerte Sicherungssysteme. Datengrundlage sind die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für die Jahre 1962/63 bis 1988 und das Sozioökonomische Panel für die Jahre 1990 bis 1995.

Hauser, R. und Becker, I., (1997). The Development of the Income Distribution in the Federal Republic of Germany during the 1970s and 1980s. S. 184- 219, in: Gottschalk, P., Gustafsson, B. und Palmer, E. (Hrsg.), *Changing Patterns in the Distribution of Economic Welfare. An International Perspective*. Cambridge: Univ. Press.

Abstract: In this chapter the authors use microdata from the official Income and Consumption Surveys (EVS) 1973, 1978 and 1983 as well as data from the German Socio-Economic Panel (GSOEP) 1983, 1985, 1987 and 1990 to examine more closely trends in distribution of income in West Germany, also giving attention to the problem of poverty. In this attempt to bring together microdata from two very different sources to span a period of two decades, the main aim is primarily descriptive rather than explanatory in any causal sense, emphasis being given to the identification of the various factors that may play a role in determining changes in income distribution with arguments only based on a priori reasoning. Finally they examine inequality in East Germany before and after unification, and compare results to those for West Germany.

Hauser, R. und Faik, J., (1997). *Strukturwandel der unteren Einkommensschichten in der Bundesrepublik Deutschland während eines Vierteljahrhunderts. Eine Untersuchung auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben*. Institut für VWL: Frankfurt/Main.

Abstract: Das Niedrigeinkommenssegment steht im Zentrum der Kontroversen um eine Reform des Sozialstaats. Die Kenntnis der soziodemographischen Zusammensetzung ist daher unabdingbar, um in der betreffenden Diskussion gehaltvolle Position beziehen zu können. Besonders interessieren in diesem Zusammenhang Zeitvergleiche. In diesem Sinne wird in der vorliegenden Studie die Veränderung der Struktur des Niedrigeinkommensbereiches in der Bundesrepublik anhand einer Abfolge mehrerer Querschnitte, welche die Jahre 1962/63 bis 1988 umfasst, analysiert.

Dem Niedrigeinkommensbereich werden - in Anlehnung an neuere Ergebnisse in der Literatur über "prekären Wohlstand" und über Abstiegsrisiken - diejenigen Personen zugeordnet, die nicht mehr als 80 v. H. des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung haben. Zur vertieften Analyse wird der Niedrigeinkommensbereich nochmals in vier Teilsegmente unterteilt.

Hauser, R. und Faik, J., (1997). *Modifizierte Sozialhilfe-Bedarfsskalengewichte. Eine Untersuchung auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben*. Institut für VWL: Frankfurt/Main.

Abstract: Zur Ermittlung von Äquivalenzskalenwerten existieren verschiedene Methoden. In der vorliegenden Studie wird ein Weg beschritten, welcher die normativen Vorgaben des bundesdeutschen Sozialhilferechts möglichst genau nachzeichnen soll. Als Ausgangspunkt dienen die in der Regelsatzverordnung zum Bundessozialhilfegesetz enthaltenen Bedarfsgewichte für verschiedene Personengruppen. Die dort zu findenden Bedarfsskalierungen sind aber in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur reichhaltiger Kritik ausgesetzt. Als Hauptursache für die Gewichtungen ist die konzeptionelle Vernachlässigung der Unterkunftskosten auszumachen. Das Vorgehen der Autoren besteht deshalb konsequenterweise darin, die faktischen haushaltsbezogenen Wohnkosten dem sozialhilferechtlichen Bedarf zuzuschlagen und hieraus eine neue, umfassendere Skala zu entwickeln. Das Bestreben der vorliegenden Studie ist es somit, wohlstandsinvariante Einkommensabstufungen für den unteren Einkommensbereich unter bestmöglicher Bezugnahme auf die tatsächliche Gesetzes- und Verordnungslage im bundesdeutschen Sozialhilfebereich durchzuführen.

Hauser, R., (1998). Armut: Definition, Ausprägung Entwicklung. *Schriften des deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge*, 273: 375-397.

Hauser, R., (1998). Einkommen und Vermögen. S. 154- 166, in: Schäfers, B. und Zapf, W. (Hrsg.), *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. Opladen: Leske + Budrich.

Abstract: Mit Vermögen und Einkommen werden grundlegende Konzepte zur Beschreibung des Wirtschaftsgeschehens einer Volkswirtschaft und der sozioökonomischen Struktur einer Gesellschaft bezeichnet. Das Vermögen ist eine Bestandsgröße, die zu einem Zeitpunkt bestimmt wird; Einkommen stellt eine Stromgröße dar, die pro Periode gemessen wird. Sowohl auf gesamtwirtschaftlicher als auch auf einzelwirtschaftlicher Ebene gibt es mehrere, in engem Zusammenhang stehende Vermögens- und Einkommensbegriffe, mit denen einzelne Aspekte des Wirtschaftsgeschehens genauer erfasst werden können. Diese werden im Folgenden Artikel übersichtsartig anhand von Beispielen dargestellt.

Hauser, R., Leclerque, G. und Rudolph, B., (1998). Personelle Einkommensverteilung. *wisu, das Wirtschaftsstudium*, 10: 1196-1208.

Abstract: Die personelle Einkommensverteilung und die mit ihr verbundenen ökonomischen und sozialen Fragestellungen sind häufig Gegenstand der Tagespolitik. Interessenspolitisch geprägte Diskussionen verhindern dabei oft eine wissenschaftlich fundierte Auseinandersetzung, welche auf klare Abgrenzungen und Definitionen beruht. Deshalb wird im Folgenden zuerst eine Definition des Einkommens gegeben. Danach werden die Arten der Einkommensverteilung genannt und die Messung der personellen Verteilung beschrieben. Im vierten Punkt wird die empirische Angabe zur personellen Einkommensverteilung behandelt und anschließend werden die Ziele der Einkommensverteilung und -umverteilung genannt. Zum Schluss werden die Instrumente der Verteilungspolitik erläutert.

Hauser, R., Becker, I., Faik, J. und Schwarze, J., (1998). Entwicklung und Verteilung von Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte in Deutschland 1969/70 bis 1995. S. 321- 547, (Hrsg.), *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Anlageband 1: Entwicklung, Bewertung und Entlohnung von Erwerbsarbeit sowie Wirkungen der Globalisierung auf die Beschäftigung*. o. O.: Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen (Hrsg.).

Hauser, R. und Becker, I., (1998). Die langfristige Entwicklung der personellen Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland. S. 119- 134, in: Galler, H. P. und Wagner, G. (Hrsg.), *Empirische Forschung und wirtschaftspolitische Beratung. Festschrift für Hans-Jürgen Krupp*. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Abstract: Das Ziel dieses Beitrages ist die Beschreibung der Änderungen der personellen Einkommensverteilung von 1962/63 bis 1995 in der Bundesrepublik Deutschland, die ab 1990 auch die neuen Bundesländer umfasst. Eine derartige Darstellung bleibt immer noch hinter der von Krupp geforderten Verteilungsrechnung zurück, aber sie stellt wenigstens einen Schritt in diese Richtung dar. Allerdings gibt es einige Einschränkungen hinsichtlich der verfügbaren Datenquellen deren man sich bewusst sein sollte, wenn die Ergebnisse vorgestellt werden. So wird zuerst die Verteilung der Nettoeinkommen auf Haushalte vorgestellt, dann folgt eine Analyse der Verteilung der Wohlstandspositionen auf Personen und schließlich eine Aufspaltung der gesamten Ungleichheit in Intra- und Inter-Gruppen-Ungleichheit zwischen Personen in Haushalten mit unterschiedlicher sozialer Stellung der Bezugsperson im Haushalt. Angesichts dieser Einschränkungen kann davon ausgegangen werden, dass die Aussagen über die Entwicklungstendenzen geringere Fehlerspielräume aufweisen als die Angaben über absolute Niveaus von Durchschnittseinkommen oder Verteilungsmaßen.

Hauser, R. und Becker, I., (1998). Zur Dynamik der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland 1962 bis 1995. S. 91- 106, in: Schönig, W. und Zerche, J. (Hrsg.), *Gestaltungsoptionen in modernen Gesellschaften. Festschrift für Jürgen Zerche*. Regensburg: Transfer Verl.

Abstract: Der folgende Beitrag beschränkt sich auf die Untersuchung der Verteilung materiellen Wohlstands, soweit sich dieser im monetären Einkommen niederschlägt. Das Messkonzept orientiert sich am individualistischen Ansatz der Wohlfahrtsökonomie, wobei Personen als Untersuchungseinheiten betrachtet werden und nicht Haushalte, die wegen Unterschieden in Größe und Zusammensetzung nicht ohne weiteres vergleichbar sind. Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass die Bevölkerung der DDR mit dem Systemwechsel und dem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland zwar eine beträchtliche Erhöhung des durchschnittlichen Lebensstandards erfuhr und auch weitere Wachstumsperspektiven gewann, dass aber hierfür auch eine wesentlich größere Ungleichheit der Primär- und Sekundäreinkommensverteilung in Kauf zu nehmen ist.

Hauser, R. und Becker, I., (1998). Polarisierungstendenzen der Einkommensverteilung. S. 42- 62, (Hrsg.), *Einkommen und Vermögen in Deutschland - Messung und Analyse*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Abstract: Angesichts der Entwicklungen in den USA und ähnlichen Ergebnissen für Großbritannien stellt sich auch für die BRD die Frage, ob sich eine Polarisierung der Einkommensverteilung ergeben hat. Abhängig ist die Antwort auf diese Frage von der Betrachtungsperiode. Für diese Untersuchung über Deutschland wurde als Anfangsjahr das letzte Jahr gewählt, in dem noch Vollbeschäftigung herrschte. Dies war das Jahr 1973. Als letztes Betrachtungsjahr wird aus Gründen der Verfügbarkeit von Einzeldaten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) das Jahr 1988 herangezogen, d.h. das Jahr, das von der Deutschen Wiedervereinigung noch völlig unbeeinflusst war. Die Analyse umfasst also eine Periode von 15 Jahren. Die Untersuchung beschränkt sich hier auf die Jahreseinkommen. Die Themenstellung beschränkt sich im ersten Teil der Untersuchung auf die Polarisierung in Bezug auf die Verteilung der Faktoreinkommen auf Faktoreinkommensbezieher- dabei stehen die Ergebnisse des Marktprozesses und deren Änderungen im Vordergrund der Betrachtung. Im zweiten Teil bezieht sich die Fragestellung auf eine Polarisierung in Bezug auf die Verteilung der Nettoeinkommen. Hierbei geht es um die wohlfahrtstaatliche Sicht, die mit den Stichworten "Begrenzung von Ungleichheit" und "Vermeidung von Armut" angedeutet ist. Für die Untersuchung wurden Substichproben der anonymisierten Einzeldaten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1973, 1978, 1983 und 1988 verwendet.

Hauser, R., Hübinger, W. und Stein, H., (1999). Große Vermögen, kleine Vermögen und überhaupt kein Vermögen. *neue caritas*, 100: 8-14.

Abstract: Die Verteilung von Vermögen in einer Gesellschaft hat großen Einfluss auf

deren wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Struktur. Mit Hilfe der EVS 1993 konnten allerdings nicht alle Vermögensbestandteile erfasst werden, insbesondere fehlen das Gebrauchsvermögen, einige Elemente des Geldvermögens sowie das gesamte Unternehmensvermögen, so weit es nicht auch an der Börse gehandelten Aktien besteht. Auch konnten Haushalte mit einem Nettomonatseinkommen von mehr als 35.000 DM nicht erfasst werden. Auch wenn sich keine scharfe Grenze ziehen lässt, so zeigt sich für Deutschland folgendes Bild: die unteren 30% besitzen nur ein minimales Geldvermögen, während die obersten 30% den "Löwenanteil", nämlich insgesamt 75,8 Prozent, auf sich vereinigen. Damit wird man an das häufig als übertrieben angesehene Schlagwort von der "Zwei-Drittel-Gesellschaft" erinnert.

Hauser, R. und Becker, I., (1999). Wird unsere Einkommensverteilung immer ungleicher? Einige Forschungsergebnisse. S. 88- 116, in: Döring, D. (Hrsg.), *Sozialstaat in der Globalisierung*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Abstract: Das Ziel der hier vorgestellten Untersuchung besteht in der Deskription der Verteilungsergebnisse in den jeweiligen Stichjahren, wobei in Anlehnung an den individualistischen Ansatz der Wohlfahrtsökonomie Personen als Untersuchungseinheiten betrachtet werden und nicht - wie häufig anzutreffen - Haushalte. Zur Messung der Wohlstandsposition von Individuen wird das sog. Nettoäquivalenzeinkommen herangezogen. Die personelle Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen ist das Ergebnis von Verteilungsprozessen auf verschiedenen Ebenen, wobei grob zwischen der Faktoreinkommensverteilung und den (direkten) staatlichen Verteilungskorrekturen - zum einen durch positive Transfers, zum anderen durch Steuern und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung - unterschieden werden kann. Außerdem findet innerhalb der Haushalte eine innerfamiliäre Umverteilung von den einkommensbeziehenden zu den einkommenslosen Mitgliedern statt. Diese verschiedenen Ebenen des Verteilungsprozesses werden im Folgenden ebenfalls dargestellt.

Hauser, R. und Wagner, G., (1999). *Die personelle Einkommensverteilung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft*. Frankfurt/Main.

Hauser, R. und Becker, I., (1999). Changes in the Distribution of Pre-government and Post-government Income in Germany 1973-1993. S. 72- 98, in: Hauser, R. und Becker, I. (Hrsg.), *The Personal Distribution of Income in an International Perspective*. Heidelberg: Springer-Verlag.

Abstract: The question of whether the changes in the personal distribution of income differed among persons in households headed by a young adult, persons in households headed by a person in prime working age, and members of households headed by an

elderly person is part of this chapter. The overall personal distribution of income, however, may have been influenced not only by the increase in unemployment and by changes in the share of gross labor income in National Income, but also by changes in average household size and by changes in the population share of each age group. Therefore, the authors look at a variety of factors to formulate hypotheses to explain changes in the personal distribution of income. To extend the analysis the authors break down overall inequality within and between three age groups and two sub-divisions according to the employment status of the household members. Finally, changes in income inequality are analyzed by a decomposition into changes in within-group inequalities, changes in sub-group mean incomes and changes in population shares.

Hauser, R. und Becker, I., (1999). *Changes in the Distribution of Pre-Government and Post-Government Income in Germany 1973-1993*. Frankfurt/Main.

Abstract: The question of whether the changes in the personal distribution of income differed among persons in households headed by a young adult, persons in households headed by a person in prime working age, and members of households headed by an elderly person is part of this paper. The overall personal distribution of income, however, may have been influenced not only by the increase in unemployment and by changes in the share of gross labor income in National Income, but also by changes in average household size and by changes in the population share of each age group. Therefore, the authors look at a variety of factors to formulate hypotheses to explain changes in the personal distribution of income. To extend the analysis the authors break down overall inequality within and between three age groups and two sub-divisions according to the employment status of the household members. Finally, changes in income inequality are analyzed by a decomposition into changes in within-group inequalities, changes in sub-group mean incomes and changes in population shares.

Hauser, R., (1999). Personelle Primär- und Sekundärverteilung der Einkommen unter dem Einfluß sich ändernder wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen. Eine empirische Analyse auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1973-1993. *Allgemeines Statistisches Archiv*, 83: 88-110.

Abstract: Die Leitfrage des vorliegenden Artikels lautet, ob trotz ungünstiger gewordener Rahmenbedingungen die Ziele der sozialen Sicherung im wesentlichen erreicht wurden. dies wird ganz summarisch danach beurteilt werden, ob die Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung ungefähr gleich geblieben ist oder ob sie stark zugenommen hat. Die Betrachtungsperiode erstreckt sich dabei über zwei Dekaden; von 1973, dem letzten Jahr, in dem man das Ziel der Vollbeschäftigung noch als erreicht ansehen konnte, bis 1993, dem ersten Jahr, nach dem der Wiedervereinigungsboom abgeklungen war und die zunächst euphorischen Hoffnungen auf ein schnelles Aufholen der neuen Bundesländern einer realistischeren Einschätzung wichen. Die vorliegenden Ergebnisse beziehen sich allerdings nur auf die in den alten Bundesländer lebende deutsche Bevölkerung. Als

Ergebnis lässt sich festhalten, dass nur ein leichter Trend zu verstärkter Ungleichheit festzustellen ist.

Hauser, R. und Stein, H., (2000). *Das Immobilienvermögen privater Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland. Eine mikroökonomische Analyse für Ost- und Westdeutschland auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993*. Düsseldorf:

Hauser, R., Nolan, B., Mörsdorf, K. und Strengmann-Kuhn, W., (2000). Unemployment and Income Change over Time. S. 25- 46, in: Gallie, D. und Paugam, S. (Hrsg.), *Welfare Regimes and the Experience of Unemployment in Europe*. Oxford: Univ. Press.

Abstract: In the introduction of this book the theory of welfare regimes is used to create a classification of unemployment welfare regimes: the universalistic, the employment-centered, the liberal/minimal, and the sub-protective. This distinction of types of regime is an analytical instrument to highlight some important characteristics of the respective welfare states. The aim of social security systems is the preservation of living standards and therefore, the entitlement to and the amount of benefits depends on previous contributions to the mandatory system. Those who were formerly employed are well protected, but those who had no chance to enter the labour market are excluded from social insurance system. To describe the outcome of the different national strategies, in this chapters the authors focus is on the following questions in a comparative perspective: Where the changes in the distribution of income among the population of working age? Is there more or less inequality among the unemployed than among the population of working age? Are there higher poverty rates among the unemployed than among the whole population or the population of working age? Did poverty rates among the unemployed increase from the mid-1980s to the mid-1990s as a consequence of deregulation and reduction in replacement rates? Are there differences between the poverty rates of the short-term and the long-term unemployed or between the male and female unemployment? The conclusion is that poverty rates are much higher among the unemployed than the population of working age.

Hauser, R. und Becker, I., (2000). Der Einfluss des Steuer- und Transfersystems auf die Einkommensverteilung in den neuen und alten Bundesländern. Analysen auf Basis der EVS 1993. S. 63- 82, in: Noll, H.-H. und Habich, R. (Hrsg.), *Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft. Analysen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland*. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Abstract: Die Frage, mit der sich der vorliegende Artikel beschäftigt, ist die Frage, inwieweit das neue Steuer- und Transfersystem, dass im Zuge der Wiedervereinigung von den alten Bundesländern auf die neuen Bundesländern übertragen wurde, in der Lage war, Verschiebungen am Arbeitsmarkt wenigstens auf der Ebene der Nettoeinkommen zu

kompensieren. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob der zu erwartende kompensierende Effekt des Steuer- und Transfersystems in den neuen Bundesländern schwächer oder stärker war als in den alten Bundesländern. Der Beitrag unterliegt dabei einigen Einschränkungen. So wird die Einkommensverteilung in den beiden Teilgesellschaften jeweils getrennt betrachtet, da die Unterschiede in den Produktivniveaus, in den Lohnniveaus und in den daran orientierten Sozialleistungen 1993 noch zu groß waren, als dass eine Bezugnahme auf den gesamtdeutschen Durchschnitt berechtigt gewesen wäre.

Hauser, R. und Becker, I., (2000). *The Personal Distribution of Income in an International Perspective*. Berlin u.a.: Springer.

Hauser, R. und Stein, H., (2000). Verteilungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland 1993.- in: Ryll, S. und Yenal, A. (Hrsg.), *Politik und Ökonomie. Problemsicht aus klassischer, neo- und neuklassischer Perspektive. Festschrift für Gerhard Huber*. Marburg: Metropolis.

Abstract: Mit der EVS 1993 wurden erstmals auch Daten in den neuen Bundesländern erhoben. Damit ist es nun möglich zu überprüfen, ob eine Angleichung der Lebensverhältnisse und der sozialstrukturellen Gegebenheiten stattgefunden hat. Der folgende Beitrag beschränkt sich auf eine kurze Darstellung des im Jahr 1993 bestehenden empirischen Zusammenhangs zwischen der Verteilung der Einkommen und der Nettovermögen im Ost-West-Vergleich sowie auf eine etwas detaillierte Analyse der Verteilung der Geldvermögen und der Haus- und Grundvermögen. Die Verteilung der Eigentumsrechte am Produktivvermögen - soweit sie sich nicht in Form von Aktien im Besitz der Haushalte befinden - kann hier mangels geeigneter Daten nicht behandelt werden. Die bereits aus anderen Studien bekannte Feststellung, dass die Einkommensverteilung auch einige Jahre nach der Wiedervereinigung in den neuen Bundesländern weniger ungleich war als in den alten Bundesländern, wird auch durch die EVS 1993 bestätigt. Es zeigt sich aber, dass im Gegensatz zur Einkommensverteilung die Vermögensverteilung in Ostdeutschland ungleichmäßiger war.

Hauser, R., Burmester, M., Stein, H. und Strengmann-Kuhn, W., (2000). *Gefährdete soziale Lagen in Rheinland-Pfalz. Bericht im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit von Rheinland-Pfalz*. Frankfurt/Main.

Abstract: Der Schwerpunkt der vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit in Auftrag gegebenen und vom Institut für Volkswirtschaftslehre der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt durchgeführten Studie liegt in der Untersuchung der sozialen Lage von Paaren mit Kindern und Alleinerziehenden. Sie zeigt, dass sich Rheinland-Pfalz in Bezug auf die Häufigkeit gefährdeter sozialer Lagen etwas günstiger darstellt als die westlichen Bundesländer insgesamt. Dennoch kann sich Rheinland-Pfalz

den bundesweiten Trends nicht entziehen. Dies gilt insbesondere für die Folgen der Arbeitslosigkeit, die gerade bei Alleinerziehenden und Paaren mit Kindern einen überragenden Einfluss hat. Die Studie zeigt darüber hinaus, dass viele ältere Thesen zur Armut nicht mehr der heutigen sozialen Wirklichkeit entsprechen.

Hauser, R. und Wagner, G., (2000). *Die personelle Einkommensverteilung. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft*. Frankfurt/Main.

Hauser, R., Faik, J. und Glatzer, W., (2000). Strukturwandel im westdeutschen Niedrigeinkommensbereich seit den sechziger Jahren. *Zeitschrift für Sozialreform*, 46: 499-522.

Abstract: Im vorliegenden sekundär analytischen Beitrag wird versucht, einige strukturelle Aspekte des Niedrigeinkommenssektor zu beschreiben und deren Änderungen über einen langen Zeitraum zu verfolgen. Dies entspricht neueren Ansätzen in der korrespondierenden wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Forschungspraxis. Konkret bezieht sich der Zeithorizont der vorliegenden Studie auf die Jahre von 1962/63 bis 1993 in Westdeutschland und umfasst somit drei Jahrzehnte. Kapitel 2 behandelt die methodischen und datenbezogenen Aspekte. Es folgt in Kapitel 3 die Untersuchung des Strukturwandels unterer Einkommensschichten in dem erwähnten Zeitraum. Im abschließenden Kapitel 4 werden die zuvor ermittelten Strukturveränderungen zusammengefasst und einige sozialpolitische Konsequenzen angedeutet.

Hauser, R. und Stein, H., (2001). *The Distribution of Wealth and the Reform of the Compulsory Pension System in the Federal Republic of Germany*. Institut für VWL: Frankfurt/Main.

Abstract: The structure of the compulsory pension system (CPS) in the Federal Republic of Germany has been changed fundamentally. The federal government has decided to introduce a private pension system on a voluntary basis. The payments to this voluntary system are to constitute a capital stock to supplement the payments of the CPS. Comprehensive fiscal subsidies will be introduced to support this change to the pension system. This paper discusses the special situation of families with children. The second section investigates the extent to which families with children were able to accumulate private wealth in the last ten years in Germany. In the third section the main features of the intended changes to the CPS are described, and an overview of the planned fiscal subsidies is provided. In the final section the authors attempt to evaluate the changes with particular attention to the situation of families.

Hauser, R. und Stein, H., (2001). *Die Vermögensverteilung im vereinigten Deutschland*. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Abstract: Das vorliegende Buch ist das Ergebnis von drei einjährigen Projektabschnitten des Forschungsvorhabens "Die Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland", das von der CITIBANK Stiftung finanziert wurde. Ziel dieses Forschungsprojektes ist es, den Kenntnisstand über die Verteilung des Vermögens unter den privaten Haushalten in Deutschland auf der Basis von mikroökonomischen Daten zu erweitern. Hierzu sind die anonymisierten Daten der EVS 1988, 1993 und 1998 ausgewertet worden. Die vorliegende Untersuchung beschränkt sich auf das Geldvermögen und das Immobilienvermögen sowie auf das Kompositum aus beiden Vermögensarten, das als Nettovermögen ausgewiesen wird. Besondere Beachtung finden verteilungs- und sozialpolitische Aspekte. Den Abschluss bildet eine Simulation zukünftiger generationenübergreifender Erbschaften.

Hauser, R. und Becker, I., (2001). Mehr Geld für arme Eltern. *neue caritas*, 102: 9-15.

Abstract: Die Wahrscheinlichkeit, dass Familien mit der Geburt eines oder mehrer Kinder in die Gruppe der Sozialhilfeempfänger abrutschen, ist in Deutschland verhältnismäßig groß. Die Frage, die im vorliegenden Artikel gestellt wird, ist somit die Frage, wie bereits bestehende Hilfen für Familien reformiert werden müssten, um dies zu verhindern. So zeigte sich, dass durch das Bundesverfassungsgericht geforderten Betreuungs- und Erziehungsfreibeträge nur bei Haushalten in mittleren und oberen Einkommensschichten zu einer Entlastung führen, weil diese Freibeträge bei niedrigen Markteinkommen und bei steuerfreien Sozialleistungen nicht voll ausgenützt werden können. Die Autoren gehen davon aus, dass sich in Kürze die Frage nach einem erhöhten und einkommensunabhängigen Kindergeld ebenso wie nach einem einkommensunabhängigen Erziehungsgeld verschärft gestellt wird.

Hauser, R. und Becker, I., (2001). *Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung*. Bonn.

Hauser, R. und Stein, H., (2001). *Die Vermögensverteilung und die Reform der gesetzlichen Rentenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland*. Institut für VWL: Frankfurt/Main.

Abstract: Die Struktur der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) in der Bundesrepublik Deutschland ist grundsätzlich geändert worden. Die Bundesregierung hat die Einführung einer zusätzlichen privaten Alterssicherung auf freiwilliger Basis beschlossen. Hierdurch soll ein Kapitalstock gebildet werden, der die Leistungen der

GRV ergänzt. Zur Förderung dieser Systemänderung der Alterssicherung werden umfangreiche fiskalische Unterstützungsmaßnahmen eingeführt. Im Rahmen diesen Beitrags wird auf die besondere Situation der Familien mit Kindern eingegangen. Es wird untersucht, inwieweit Familien mit Kindern in den letzten 10 Jahren in Deutschland in der Lage waren, privates Vermögen aufzubauen. Hintergrund der Untersuchung ist die Änderung der Struktur der gesetzlichen Rentenversicherung, die eine zusätzliche private Alterssicherung auf freiwilliger Basis vorsieht. Datengrundlage sind die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben der Jahre 1988, 1993 und 1998. Als Ergebnis ist festzuhalten, dass die staatliche Förderung vermutlich nur bei den Haushalten zu einer zusätzlichen Ersparnis führt, die schon einen Kapitalbesitz aufbauen konnten. Im Gegensatz dazu kann die oberste Gruppe der Vermögensbesitzer ihr vorhandenes Vermögen schon jetzt zur Sicherung des Lebensstandards im Alter verwenden.

Hauser, R. und Becker, I., (2001). Lohnsubvention und verbesserter Familienlastenausgleich als Instrument zur Verringerung von Sozialhilfeabhängigkeit. S. 293- 312, in: Mager, H-Chr., Schäfer, H. und Schröder, K. (Hrsg.), *Private Versicherung und Soziale Sicherung*. Marburg: Metropolis Verlag.

Abstract: Es stellt sich die Frage, welche Reformen zur Vermeidung von Sozialhilfebedürftigkeit und damit zur Reduzierung der Sozialhilfeempfängerquote nahe liegen. Angesichts der Heterogenität der Sozialhilfepopulation kann man von vorneherein davon ausgehen, dass systemimmanente Reformoptionen differenziert auf einzelne Teilgruppen ausgerichtet sein müssen. Da eine umfassende Behandlung hier nicht möglich ist, wird sich auf eine Analyse der in der Diskussion befindlichen Vorschläge der Lohnsubvention sowie auf ausgewählte Reformoptionen für den Familienlastenausgleich beschränkt. Es wird als erstes der Frage nachgegangen, ob sich auf der Ebene der Markteinkommen eine Reformoption zur Einkommenssicherung außerhalb der Sozialhilfe anbietet. Die in den letzten Jahren entwickelten Vorschläge zur Subventionierung von Niedriglöhnen sind aus dieser Sicht zu untersuchen. Als zweites wird gefragt, ob eine Umgestaltung im Bereich Familienlastenausgleich für Alleinerziehende und Paare mit Kindern für diese Gruppe eine Reformoption zur Vermeidung von Sozialhilfebedürftigkeit darstellt, damit ein besonders gravierendes gruppenspezifisches Problem angegangen wird. Als Datenbasis für die Mikrosimulation wird die der Wissenschaft zur Verfügung gestellte Sub-Stichprobe der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 (EVS) des Statistischen Bundesamtes verwendet.

Hauser, R., (2001). Einkommen und Vermögen. S. 157- 170, in: Schäfers, B. und Zapf, W. (Hrsg.), *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. Opladen: Leske+Budrich.

Abstract: Mit Vermögen und Einkommen werden grundlegende Konzepte zur Beschreibung des Wirtschaftsgeschehens einer Volkswirtschaft und der sozioökonomischen Struktur einer Gesellschaft bezeichnet. Das Vermögen ist eine Bestandsgröße, die zu einem Zeitpunkt bestimmt wird; Einkommen stellt eine

Stromgröße dar, die pro Periode gemessen wird. Sowohl auf gesamtwirtschaftlicher als auch auf einzelwirtschaftlicher Ebene gibt es mehrere, in engem Zusammenhang stehende Vermögens- und Einkommensbegriffe, mit denen einzelne Aspekte des Wirtschaftsgeschehens erfasst werden können. Die Begriffe werden im Folgenden anhand von Beispielen näher erläutert.

Hauser, R., (2002). Zum Einfluss von Äquivalenzskalen auf Ergebnisse zur personellen Einkommensverteilung und zur relativen Einkommensarmut. S. 175- 189, in: Menkhoff, L. und Sell, F. L. (Hrsg.), *Zur Theorie, Empirie und Politik der Einkommensverteilung. Festschrift für Gerold Blümle*. Heidelberg: Springer.

Abstract: Bei der Analyse der personellen Einkommensverteilung sind drei verschiedene Konzepte der Empfängereinheit denkbar. In dem vorliegenden Kapitel geht es darum, die Verteilung der wirtschaftlichen Wohlfahrt zu erfassen und gegebenenfalls auch unter dem Aspekt der Bedarfsgerechtigkeit zu beurteilen. Unter diesem Blickwinkel ist es erforderlich, das Haushaltseinkommen auf die Haushaltsmitglieder aufzuteilen und wiederum die Verteilung auf Personen zu betrachten. Mit den Problemen, die bei dieser fiktiven Aufteilung entstehen und mit den Auswirkungen verschiedener Vorgehensweisen auf die empirisch ermittelten Verteilungsergebnisse beschäftigt sich dieser Beitrag.

Hauser, R., (2002). Armut und soziale Ausgrenzung - die europäische Perspektive. S. 95-110, in: Fachinger, Uwe, Rothgang, H. und Viebrock, H. (Hrsg.), *Die Konzeption sozialer Sicherung. Festschrift für Prof. Dr. Winfried Schmähl zum 60. Geburtstag*. Baden-Baden: Nomos.

Abstract: Die Europäische Union verlangt als Bestandteil ihres sozialpolitischen Monitoring im Rahmen der offenen Koordinierung die Ermittlung einiger, zwischen den Mitgliedsländern vergleichbarer Indikatoren, mit denen die Erfolgswirksamkeit der nationalen Aktionspläne laufend beurteilt werden kann. Allerdings gibt es viele Unklarheiten und Fehlinterpretationen, die wichtige Schlüsselbegriffe betreffen (Armut, Reichtum, Lebenslage, soziale Ausgrenzung und soziale Integration). In diesem Beitrag wird zunächst der Blick auf die sozialpolitische Konzeption, die Wohlfahrtsstaaten kennzeichnet, gelenkt, um zu sehen, inwieweit sich die neueren Entwicklungen in diese Konzeption einfügen und ob sich daraus Ansatzpunkte für die Präzisierung von Teilzielen und den ihnen im Rahmen der offenen Koordinierung zuzuordnenden sozialen Indikatoren ergeben. Abschließend werden die genannten Schlüsselbegriffe diskutiert. Dann wendet sich der Autor der zur Zeit in der Europäischen Union stattfindenden Diskussionen über die zu vereinbarenden sozialen Indikatoren zu und zeigt einige Probleme auf.

Hauser, R., (2002). Vermögensverteilung als Element gesellschaftlicher Dauerbeobachtung. S. 181- 197, in: Glatzer, W., Habich, R und Mayer, K. U. (Hrsg.), *Sozialer Wandel und gesellschaftliche Dauerbeobachtung*. Opladen: Leske + Budrich.

Abstract: In diesem Beitrag wird zunächst die Bedeutung des Vermögens aus individueller Sicht erläutert und die für die Entwicklung von Indikatoren zweckmäßige Abgrenzung des Vermögensbegriffs diskutiert. Abschließend wird ein Minimum an Einzelindikatoren für diese zusätzliche Zieldimension vorgestellt. Diese werden dann für den kurzen Zeitraum nach der Wiedervereinigung Deutschlands empirisch spezifiziert. Datenbasis dieser Untersuchung ist die EVS 1993 sowie die EVS 1998.

Hauser, R. und Wagner, G. G., (2002). Die personelle Einkommensverteilung. S. 371-438, in: Zimmermann, K. (Hrsg.), *Neue Entwicklungen in der Wirtschaftswissenschaft*. Heidelberg: Physica-Verlag.

Abstract: Im deskriptiven Teil des vorliegenden Kapitels werden das Problem der Definition des Einkommens, Messprobleme auf objektiver und subjektiver Ebene, Einkommensarmut als spezielles Problem der personellen Verteilung des verfügbaren Einkommens und die Verfügbarkeit von Mikro-Daten diskutiert. Der evaluative Teil stellt einige Aspekte einer Gerechtigkeitstheorie sowie empirische Ansätze, die Präferenzen bezüglich der Gerechtigkeit messen, dar. Der knappe Politikabschnitt gibt einen kurzen Überblick über die Hauptinstrumente zur Beeinflussung der personellen Einkommensverteilung und über die Verbindung zwischen Allokations- und Verteilungseffekten. Der Schlussteil stellt einige ungelöste Probleme der personellen Einkommensverteilung heraus.

Hauser, R. und Wagner, G. G., (2002). Economics of the Personal Distribution of Income. S. 311- in: Zimmermann, K. (Hrsg.), *Frontiers in Economics*. Berlin et al.: Springer.

Abstract: In this chapter the authors will discuss only briefly the determinants of the distribution of income as well as the determinants of consumer spending and the formation of capital, because of these determinants raises its own ranges of issues with its own variety of theoretical approaches. Ultimately our task is to recognize the "white areas" on the map of the "statistical infrastructure" rather than to explain in detail the sets of hypotheses in which the data are to be integrated. In the descriptive section they discuss the problem of defining income, problems of measurement and the availability of micro-data. The explanatory section presents a brief overview of the determinants of the personal distribution of market income, describes the merits and shortcomings of two simple statistical methods to gain insight into the structure of a distribution, and suggests refined simulation models.

Hauser, R., (2002). *Einkommensverteilung und Armut – Mikroanalysen mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe*. Universität Lüneburg.

Abstract: In dem Referat „Einkommensverteilung und Armut - Mikroanalysen mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe" werden sowohl methodische Probleme der Mikroanalyse mit Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichproben diskutiert als auch ausgewählte Ergebnisse zur personellen Verteilung von Einkommen und Vermögen sowie zur Entwicklung der Einkommensarmut von 1973 bis 1998 präsentiert. Diese Ergebnisse sind auch in den kürzlich veröffentlichten ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung eingegangen.

Hauser, R., (2002). *Soziale Indikatoren als Element der offenen Methode der Koordinierung zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in der Europäischen Union*. Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main und Wissenschaftskolleg zu Berlin: Aktionsprogramm zur Förderung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der Sozialen Ausgrenzung 2002-2006.

Abstract: Seit 1974 steht das Armutsproblem - initiiert durch einen Beschluss der Regierungschefs - auf der Agenda der Europäischen Union. Drei Armutsprogramme wurden nacheinander in den Jahren 1975 bis 1980, 1984 bis 1988 und 1990 bis 1994 durchgeführt¹. In Deutschland fanden diese Programme auf Regierungsseite allerdings wenig Anklang. Die Beschäftigung mit den Problemen von Armut und sozialer Ausgrenzung von Seiten der Europäischen Kommission ist also keineswegs neu. Neu ist jedoch, dass das Ziel der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung nunmehr in verschiedenen, von allen Mitgliedsländern anerkannten Dokumenten² fest verankert ist und damit eine gefestigte rechtliche Basis für Aktivitäten der Kommission besteht. Auch das in den Verträgen verankerte Subsidiaritätsprinzip steht einer Befassung der Europäischen Union mit diesem Problem nicht im Wege. Der Europäischen Kommission bzw. dem Ministerrat stehen verschiedene rechtlich verbindliche oder rechtlich unverbindliche, aber politisch wirksame Instrumente zur Beeinflussung der Politik der Mitgliedsstaaten im Hinblick auf die genannten Ziele zur Verfügung.

Hauser, R. und Becker, I., (2003). *Reporting on Income Distribution and Poverty. Perspectives from a German and a European Point of View*. Berlin, Heidelberg, New York: Springer.

Abstract: Die Beiträge des Buches sind überarbeitete Papiere, die auf der Konferenz in Berlin 2002 vorgestellt wurden. Das Buch ist der Endpunkt des Forschungsprojekts "The development of the Personal Distribution of Income in Germany" dar. Die Forschung konzentrierte sich dabei auf eine nationale Perspektive, die sich mit vielen Aspekten der Einkommensungleichheit und Armut in Westdeutschland zwischen 1969 und 1998 und der Ungleichheit in Deutschland nach der Wiedervereinigung beschäftigt. Nun soll dies auf eine europäische Perspektive ausgeweitet werden.

Hauser, R., (2003). The Development of the Distribution of Income and Wealth in Germany - an Overview. S. 7- 28, in: Hauser, R. und Becker, I. (Hrsg.), *Reporting on Income Distribution and Poverty. Perspectives from a German and a European Point of View*. Berlin, Heidelberg, New York: Springer.

Abstract: The personal distribution of income and wealth in Germany is a research field that had been neglected for many years. First the author looks at how three gross market income categories are distributed among their respective recipients. In a second step, he addresses the distribution of net income among households. Third, he determines the distribution of net equivalent income among individuals, which will provide information on the distribution of economic welfare. A few findings on inequalities in the wealth distribution will complete this paper.

Hawliczek, I., (2000). Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im 1. Halbjahr 1998. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. *Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz*, 53: 100-105.

Heindel, K. und Jakobi, T., (2001). Wird "Armutsbekämpfung" trendy? Paradigmenwandel auf dünnem Eis. *Social Watch Report Deutschland*, 1: 20-40.

Abstract: Unverzichtbare Voraussetzung für jede problemangemessene Sozialpolitik ist ein möglichst präzises Abbild sozialer Entwicklungen und Strukturen. Dass ein solches aber im Blick auf Reichtum und Armut in Deutschland nur in groben, teilweise höchst unscharfen und mitunter gar uneinheitlichen Umrissen möglich ist, hat der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung in aller Offenheit gezeigt. Denn so können die statistischen, definitorischen und konzeptuellen Probleme einer sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit Armut und Reichtum öffentlich werden. Aus diesem Grunde wird im Folgenden versucht, anhand ausgewählter Fragestellungen wenigstens ansatzweise statistische, definitorische und konzeptuelle Schwierigkeiten zu skizzieren. Dazu dient u.a. die EVS 1998. Die EVS erfasste 1998 also nur rund 65% des Vermögens privater Haushalte - zu einem großen Teil wegen der unterschiedlichen Vermögensdefinition, aber auch deshalb, weil Haushalte ihre Vermögen zu niedrig angeben. Diese gravierende Unterschätzung des Vermögens privater Haushalte durch die EVS und das Ausblenden der vermögendsten Haushalte führen zu einem Bild, das das wahre Ausmaß der ungleichen Vermögensverteilung in Deutschland verdeckt und somit die Notwendigkeit einer neuen verteilungspolitischen Debatte nur zum Teil sichtbar werden lässt. An der sehr ungleichmäßigen Verteilung des Vermögens hat die in den letzten Jahrzehnten zu verzeichnende Vermögensbildung breiter Schichten vermutlich nichts geändert. Unbestreitbar ungleicher geworden ist in den letzten Jahrzehnten die Einkommensverteilung in den alten Bundesländern, auch wenn die im Rahmen der EVS 1998 erhobenen Daten eine geringere Spreizung der Einkommen im Vergleich zu den Vermögen nahe legen. Allerdings gibt es Hinweise darauf, dass amtliche Statistiken

höhere Einkommen systematisch untererfassen. Die Ungleichheit der Einkommensverteilung stieg schließlich in den neuen Bundesländern von 1993 auf 1998 beträchtlich an, so dass insgesamt der Feststellung des Armuts- und Reichtumsberichtes zuzustimmen ist, dass in Deutschland die „Verteilungsgerechtigkeit abgenommen“ habe.

Henkel, D., (1999). *Wirtschaftsstatistische Analyse der Lebensverhältnisse in der BRD - Singlehaushalte im Zeitablauf 1993 bis 1998* -. Humboldt-Universität Berlin.

Abstract: Die Arbeit beschränkt sich zum größten Teil auf das Haushaltsbudget der Einpersonenhaushalte. Es wird in erster Linie gezeigt, welche Einnahmen diesem Haushaltstyp zugeflossen sind und welche Ausgaben er damit getätigt hat. Es sollen die derzeit noch bestehenden Unterschiede in Ost- und Westdeutschland sichtbar gemacht werden. Das Ziel der Arbeit besteht weiterhin darin, auf wichtige wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen zur Realisierung der Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West hinzuweisen. Als Datenbasis dienen die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 sowie die Einführungsinterviews der EVS 1998. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Arbeit lagen aus der EVS 1998 nur Angaben über die Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern und über die Wohnverhältnisse vor. Deshalb beziehen sich die analytischen Untersuchungen der Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte auf die EVS 1993.

Hertel, J., (1992). Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im Jahr 1988. Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. *Wirtschaft und Statistik*, 9: 653-667.

Abstract: In dieser Darstellung der Einnahmen und Ausgaben liegt ein Schwerpunkt der im regelmäßigen Abstand von fünf Jahren durchzuführenden Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS). Im Gegensatz über die Angaben über Ausstattung mit langlebigen Gebrauchsgütern, die Wohnsituation sowie über die Vermögen und Schulden werden die Einnahmen und alle wesentlichen Ausgaben nicht im Rahmen eines Interviews erfragt, sondern ein volles Kalenderjahr vom Haushalt in einem dafür vorgesehenen Haushaltsbuch eingetragen. Mit dieser Erfassungsart sollen möglichst lückenlose Informationen über den vollständigen Geldtransfer privater Haushalte zusammengetragen werden. Diese Studie befasst sich mit den Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im Jahr 1988 und kommt zu folgenden Ergebnissen: Der Anstieg des Einkommens zwischen 1983 und 1988 war geringer als zwischen allen anderen Erhebungsperioden der EVS, die geringste Einkommenszuwächse gibt es beim Einkommen aus unselbständiger Arbeit und bei den Einkommensübertragungen. Insgesamt ist eine leichte Tendenz zu einer Abweichung von der Gleichverteilung des Haushaltsbrutto- und -nettoeinkommens gegenüber 1983 zu erkennen, die Einkommensverschiebungen 1988 gegenüber 1983 begünstigen offensichtlich Familien mit Kindern, die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, Wohnungsmieten einschließlich Energie und für Verkehr und Nachrichtenübermittlung umfassen fast zwei Drittel aller Ausgaben für den Privaten Verbrauch. "Engelsches und

Schwabesches Gesetz" haben auch für 1988 weitere Geltung.

Hertel, J., (1997). Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte 1993. Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. *Wirtschaft und Statistik*, 1: 45-58.

Abstract: In diesem Aufsatz werden erste umfassende Ergebnisse über die Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte im Jahr 1993 veröffentlicht. Die Ermittlung von Daten über Einnahmen und Ausgaben bildet den Schwerpunkt jeder Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. An dieser Stelle wird zunächst der allgemeine "Durchschnittshaushalt" in den Mittelpunkt der Untersuchung gestellt. Es folgt eine weitere Differenzierung nach der sozialen Stellung, der Größe und dem Einkommen, um Erklärungsansätze für das Zustandekommen der Durchschnittszahlen zu liefern, denn viele Ursachen lassen sich nur anhand der strukturellen Veränderungen in der Haushaltszusammensetzung erklären.

Hertel, J., (1998). Aufwendungen für den Lebensunterhalt von Kindern. *Wirtschaft und Statistik*, 6: 523-533.

Hertel, J., (1999). *Einkommen in Deutschland - Verteilung, Primärquellen, Arten*. 7e séminar CEIES - Répartition du revenu et différentes sources de revenu: Köln.

Abstract: Bei der Auswertung von Einkommensergebnissen stehen zunächst meist Fragen nach der Höhe, deren Veränderung innerhalb eines Zeitraums, die Zusammensetzung der Einzelkomponenten, die Verteilung des Einkommens im allgemeinen und nach bestimmten sozioökonomischen Merkmalen im Vordergrund der Betrachtung. Damit wird ein Abbild über die aktuelle Einkommenssituation bestimmter Bevölkerungsschichten gegeben, die sich demographisch, regional oder sonst voneinander unterscheiden können. Im vorliegenden Papier werden u.a. die Einkommensstrukturen der letzten 20 Jahre sowie die Berechnung der relativen Armut für Deutschland auf Basis der EVS 1993 vorgestellt.

Hesse, K. und Thiele, S., (1998). Einkommen und Einkommensverwendung von Familien mit Kindern. S. 89- 106, in: Gräbe, S. (Hrsg.), *Vom Umgang mit Geld. Finanzmanagement in Haushalten und Familien*. Frankfurt am Main, New York:

Hesse, K., Hoffmann, C. und Thiele, S., (2002). *Änderungen der Struktur der Nachfrage nach Nahrungs- und Genußmitteln privater Haushalte und deren Bedeutung für die Ernährungs- und Agrarwirtschaft Schleswig-Holsteins*. Institut für Ernährungswirtschaft und Verbrauchslehre: Kiel.

Abstract: Ziel dieser Arbeit ist es, die derzeit bestehende Lücke an aktuellen Informationen bezüglich der Struktur der Nahrungsmittelnachfrage sowie bezüglich zukünftiger, haushaltsspezifischer Nachfragerreaktionen zum Teil zu schließen und somit eine bessere Grundlage zur Entwicklung von Handlungsstrategien für die Ernährungs- und Agrarwirtschaft zu schaffen. Von Interesse ist hierbei neben der Entwicklung der Ausgaben für Nahrungsmittel auch die Entwicklung der Nachfrage nach Nahrungsmittelqualität. Sowohl bei der Analyse der Ausgaben als auch bei der Qualitätsanalyse stehen die Reaktionen verschiedener sozioökonomischer Haushaltsgruppen (z.B. Singles, ältere Haushalte, reichere Haushalte etc.) im Vordergrund. In Kenntnis der Nachfragespezifika dieser Haushaltsgruppen und der erwarteten demographischen Veränderungen soll eine Prognose zur Struktur der zukünftigen Nahrungsmittelausgaben durchgeführt werden kann. Die empirischen Untersuchungen in dieser Studie basieren sowohl auf den Daten der Einkommen-Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998 als auch auf der Nahrungs- und Genußmittelunterstichprobe² der EVS 1998. Die EVS ist die einzige Datengrundlage in der Bundesrepublik Deutschland, die mit hoher Gliederungstiefe sowohl hinsichtlich des Verbrauchs von Nahrungs- und Genussmitteln als auch hinsichtlich sozio-ökonomischer und demographischer Merkmale ein repräsentatives Bild für die Gesamtheit der privaten Haushalte der Bundesrepublik liefert. Für das Projekt stand jeweils das anonymisierte 98%-File (scientific use file) mit 49.720 (EVS) bzw. 12.680 Haushalten (Nahrungs- und Genussmittelunterstichprobe) zur Verfügung.

Hesse, K. und Thiele, S., (2002). Entwicklung der Einkommen und Einkommensverwendung von Familien mit Kindern im Vergleich. *Demographie.Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Demographie*, 1: 6-6.

Abstract: Die Analyse, die Familien mit Kindern in den Mittelpunkt stellt, beschränkt sich auf den Vergleich von Ehepaaren ohne und mit Kindern. Als Einkommensgröße wird das "Verfügbare Einkommen" gewählt. Ziel ist es, mit Hilfe der Indikatoren Einkommen und Einkommensverwendung, die wirtschaftliche Situation der Familien mit Kindern im Spiegel der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998 sowie im zeitlichen Verlauf der vorangegangenen Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1983, 1988 und 1993 zu kennzeichnen. Als Ergebnis zeigt sich, dass Paare mit Kindern, gemessen am Einkommen, eine geringere Lebenshaltung aufweisen, die insbesondere bei jüngeren Paaren mit Kindern besonders ausgeprägt ist. Je nach Wahl der Äquivalenzzahlen haben die jüngeren Paare mit einem Kind im Vergleich zu den Paaren ohne Kinder eine bis zu einem Drittel, die Paare mit drei und mehr Kindern eine bis knapp zur Hälfte reichende niedrigere Lebenshaltung. Der Zeitvergleich von 1983 bis 1998 zeigt, dass sich die absolute Lebenshaltung der Familien zwar leicht verbesserte, die relative Lebenshaltung der jungen Familien mit Kindern im Vergleich zu den Paaren ohne Kinder sich jedoch nur unwesentlich änderte.

Huster, E.-U., (2003). Einkommensverteilung und hohe Einkommen in Deutschland. S. 35- 64, in: Huster, E.-U. (Hrsg.), *Reichtum in Deutschland. Die Gewinner der sozialen Polarisierung*. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Abstract: In diesem Beitrag werden vorhandene Datensätze zur Reichtumsanalyse in Deutschland vorgestellt, da das Interesse an sozialen Ausdifferenzierung gestiegen ist, eine angemessene Datenbasis allerdings nicht vorhanden ist. Die nach wie vor unzureichende Datenbasis soll aber nicht daran hindern, wenigstens die vorhandenen Daten zu entfalten und miteinander in Beziehung zu setzen, um dann danach zu fragen, welches die Kriterien für Reichsein sein könnten, in welchem Umfang deutsche Haushalte als reich einzustufen sind und welche Auswirkungen dies auf die bundesdeutsche Gesellschaft hat.

Hünecke, K., Fritsche, U. R. und Eberle, U., (2004). *Lebenszykluskosten für Ernährung*. Öko-Institut e.V.: Darmstadt, Freiburg.

Abstract: Das vorliegende Diskussionspapier untersucht die ökonomische Seite der Ernährung. Mithilfe der Lebenszykluskostenmethode werden die Ausgaben der Konsumenten im Bedürfnisfeld Ernährung analysiert und bewertet. Hierfür werden neben den unmittelbaren Ausgaben für Lebensmittel auch die mittelbaren Ausgaben für z.B. Haushaltsgeräte, Strombezug und genutzte Wohnflächen berücksichtigt. Die Analyse der Lebenszykluskosten erfolgt aus Perspektive der Konsumenten. Lebenszykluskostenrechnungen ermöglichen es, langfristige Budgetplanungen der Haushalte bezogen auf langlebige Haushaltsgüter und Nahrungsmittel vorzunehmen. Die Daten hierfür entstammen mehreren Jahrgängen der EVS, den laufenden Wirtschaftsrechnungen sowie mündlichen und schriftlichen Informationen verschiedener Verbände.

I

Ivanov, S., (1998). *Ernährungssituation ausgewählter Haushaltstypen im Spiegel der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993*. Universität Kiel.

J

Jacobebbinghaus, P., (2003). *Welche Haushalte zahlen wie viel Mehrwertsteuer? Eine empirische Analyse auf der Basis der EVS 1998*. ZEW: Mannheim.

Abstract: Die Mehrwertsteuer ist neben der Einkommensteuer die größte Einkommensquelle der öffentlichen Haushalte in Deutschland. In der vorliegenden Studie wird untersucht, welche Haushalte wie viel Mehrwertsteuer zahlen bzw. durch eine Erhöhung zahlen zusätzlich zahlen würden. Die Datenbasis bildet die EVS 1998. Die Höhe der Mehrwertsteuer ist in der EVS zwar nicht explizit erfasst, lässt sich aber aus den Ausgaben ableiten. Im Gegensatz zu früheren Arbeiten ergeben die hier vorliegenden Berechnungen einen eindeutig regressiven Verlauf der Mehrwertsteuerbelastung, sowohl bezogen auf das Haushaltsnettoeinkommen und das Haushaltsbruttoeinkommen als auch auf die ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen. Eine Ursache dafür kann in dem im Gegensatz zu früheren Untersuchungen verkürzten Beobachtungszeitraum der EVS 98 liegen, da temporäre Einkommensausfälle ein stärkeres Gewicht erhalten.

Jagodzinski, W., (1999). Verfällt die Moral zur Pluralisierung von Moralvorstellungen in Italien und Westdeutschland. S. 453- 485, (Hrsg.), *Annali di Sociologia : Soziologisches Jahrbuch 13*. Berlin: Duncker & Humblot.

K

Kaiser, J., (1997). Wirtschaftliche und soziale Lage von Niedrigeinkommensbeziehern. *Wirtschaft und Statistik*, 9: 653-662.

Kaltenborn, B., (2003). Finanzielle Folgen einer Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. *Wirtschaftsdienst*, 5: 296-299.

Abstract: Die Arbeitsgruppe "Arbeitslosenhilfe/Sozialhilfe" der Kommission zur Reform der Gemeindefinanzen hat ihren Bericht zur Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe vorgelegt. Kann die Beschäftigung durch die Zusammenlegung erhöht werden? Welche finanziellen Folgen ergeben sich. Diesen Fragen geht der vorliegende Überblick u.a. auf Basis der EVS 1998 nach und verdeutlicht die erheblichen Konsequenzen für Leistungsträger und -empfänger verschiedener Varianten einer Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Neben der grundlegenden Entscheidung über die Ausgestaltung der neuen Leistung muss vor allem noch über deren Träger und einen angemessenen Finanzausgleich zwischen den bisherigen und künftigen Leistungsträgern entschieden werden.

Karg, G., Froitzheim, A. und Steinel, M., (1991). Bestimmung von personengruppenspezifischen Mengenschlüsseln für die EVS-Lebensmittelgruppen.- (Hrsg.), *Forschungsbericht im Auftrag des Bundesministers für Familie und Senioren*. Freising.

Karg, G. und Gedrich, K., (1995). Ernährungsbudgets privater Haushalte Einfluß von Haushaltseinkommen und Haushaltszusammensetzung. S. 106- 127, in: Barlösius, E., Feichtinger, B. und Köhler, M. (Hrsg.), *Ernährung in der Armut : gesundheitliche soziale und kulturelle Folgen in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin: Ed. Sigma.

Abstract: In dieser Untersuchung werden die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) von 1988 verwendet, sie sind zwar bereits sechs Jahre alt, aber es sind für das gesamte Gebiet der alten Bundesländer keine aktuelleren Informationen über Einkommen und Zusammensetzung von Haushalten sowie über deren Verbrauch an Nahrungsmitteln und Getränken (Nahrungsverbrauch) verfügbar. Um repräsentative Aussagen zu ermöglichen, errechnet das Statistische Bundesamt "persönliche" Hochrechnungsfaktoren für jeden erfassten Haushalt. Die Daten der EVS ermöglichen es den Einfluss von Haushaltseinkommen und Haushaltszusammensetzung auf den Nahrungsverbrauch aufzuzeigen. Besonderes Augenmerk gilt den Haushalten mit geringem Einkommen gegenüber Haushalten mit höherem Einkommen. Die Arbeit hat folgenden Aufbau: Zunächst zeigen wir die Verteilung der Haushalte der EVS nach Einkommen und personeller Zusammensetzung. Dann stellen wir die Entwicklung des wertmäßigen Nahrungsverbrauchs (absolut und relativ) in Abhängigkeit von Haushaltseinkommen- und Zusammensetzung dar. Schließlich zeigen wir den mengenmäßigen Nahrungsverbrauch in Abhängigkeit von Einkommen und Zusammensetzung der jeweiligen Haushalte. Der Nahrungsverbrauch wird auf zwei Aggregationsebenen untersucht: Die erste ist die EVS- Aggregation, die die Nahrung in 98 Gruppen von Nahrungsmitteln unterteilt. Die zweite ist die Aggregation der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE), die die Nahrung zu sieben Nahrungsgruppen zusammenfasst (Ernährungskreis).

Katzenstein, B. und Jähnig, M., (2001). *Die Deutschen und ihr Geld. Einkommen, Vermögen und Alterssicherung*. Köln: Deutsches Institut für Altersvorsorge.

Abstract: Zum Thema Einkommen, Vermögen und Altersvorsorge der Deutschen gibt es eine Vielzahl von Untersuchungen. Eine einzige Datenquelle, die alles Wissenswerte aus einem Guss liefert, existiert jedoch nicht. Während die Datenlage zu den Einkommen der privaten Haushalte kaum Wünsche offen lässt, kann der private Reichtum der Bundesbürger nur geschätzt werden. Die bislang zuverlässigste Datenquelle über das Sparverhalten und die Vermögensverteilung der Bundesbürger ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Die Aussagen zur Einkommens- und Vermögenssituation der privaten Haushalte beziehen sich in dieser Studie auf die EVS 1998.

Kerkhofs, J., (1996). Wertewandel im weltweiten Kontext. *Strausberger Symposium: Wertebewußtsein - Wertewandel: Verbindlichkeit von Werten*, 15: 43-90.

Kettschau, I., (2003). Haushaltsführung und Lebensgestaltung unter prekären Bedingungen - Haushaltswissenschaftliche und haushaltsdidaktische Ansätze. S. 101-115, in: Methfessel, B. und Schlegel-Matthies, K. (Hrsg.), *Fokus Haushalt. Beiträge zur Sozioökonomie des Haushalts*. Hohengehren: Schneider Verlag Baltmannsweiler.

Abstract: Der Gedanke, dass umfassende Kompetenzen zur Führung des Haushaltes und zur Gestaltung des persönlichen Lebens unabdingbar sind, um Menschen in Armutslagen handlungsfähig zu halten und sie zu befähigen, aus solchen Lagen wieder herauszukommen - dieser Gedanke ist zwar fachlich unbestritten, aber es werden bislang viel zu wenige Konsequenzen gezogen. Ziel dieses Beitrags ist es, die Zusammenhänge bewusster zu machen, sie für eine fachdidaktische Diskussion zu erschließen und so das Treffen begründeter fachdidaktischer Entscheidungen zu erleichtern. Konkret geht es darum, einige Leitideen der Haushaltswissenschaft vorzustellen und an ihnen nachzuprüfen, welche fachlichen und didaktischen Zielvorstellungen für Bildungskonzepte sie bieten.

Kohn, K. und Misson, M., (2003). Schätzung Quadratischer Ausgabensysteme anhand der Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 223.

Abstract: Demographisch gegliederte Nachfragesysteme ermöglichen die Messung von Unterschieden in den Verbrauchsmustern von privaten Haushalten verschiedener Zusammensetzung. Für die Bundesrepublik bilden die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) eine Grundlage zur empirischen Analyse derartiger Nachfragesysteme. Während sich bisherige Nachfragesystem-Schätzungen zumeist auf die Auswertung einzelner EVS-Querschnitte und die Analyse Erweiterter Linearer Ausgabensysteme beschränkten, wird in der vorliegenden Arbeit der Versuch unternommen, anhand der Daten zweier EVS-Erhebungen (von 1988 und von 1993) soziodemographisch gegliederte Quadratische Ausgabensysteme zu schätzen. Dabei werden sowohl traditionelle Maximum-Likelihood-Verfahren bei voller Information als auch ein neueres Verfahren bei beschränkter Information, welches die Anwendung linearer Schätzverfahren erlaubt, angewendet. In der empirischen Analyse erweist sich die quadratische Spezifikation der Nachfragesysteme gegenüber Linearen Ausgabensystemen als überlegen. Auch wenn aufgrund der Komplexität der Modelle nur eine recht grobe soziodemographische Untergliederung der Haushalte erfolgen kann, liefern die geschätzten Preis- und Einkommenselastizitäten, ausgewertet für unterschiedliche Einkommensniveaus, ein konsistentes und aufschlussreiches Muster. Ein Vergleich der Quotienten geschätzter Mindestausgaben verschiedener Haushaltstypen mit empirischen und institutionellen Äquivalenzskalen führt ebenfalls zu plausibel interpretierbaren Ergebnissen.

Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik (Hrsg.), (2001). *Wege zu einer besseren informationellen Infrastruktur. Gutachten der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung eingesetzten Kommission zur Verbesserung der informationellen Infrastruktur zwischen Wissenschaft und Statistik*. Baden Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Korczak, D., (1996). *Marktverhalten, Verschuldung und Überschuldung privater Haushalte in den neuen Bundesländern*. GP Forschungsgruppe: München.

Krebs, T. und Behrends, S., (2002). Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. *Wirtschaft und Statistik*, 952-953.

Abstract: Woher weiß man eigentlich, wie viele Haushalte in Deutschland eine Lebensversicherung, Aktien oder einen PC haben? Wofür sie ihr Geld ausgeben, wie sie es anlegen und über welche Einnahmen sie verfügen? Antworten auf diese und viele andere Fragen liefert die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), eine Statistik, die seit Anfang der 1960er- Jahre alle fünf Jahre durchgeführt wird, zuletzt 1998. 2003 ist wieder ein EVS-Jahr. Aus diesem Grund werden mit diesem Aufsatz einige Ergebnisse der EVS 1998 erneut vorgestellt und damit ein Überblick über die Erhebungsinhalte auch der EVS 2003 gegeben.

Krebs, T., (2002). Konsumausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 1998. Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. *Wirtschaft und Statistik*, 294-.

Abstract: Auf der Grundlage von etwa 13 000, im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 (EVS 1998) befragten Privathaushalten liefert dieser Beitrag detaillierte Informationen über die monatlichen Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren sowie den Konsum von Speisen und Getränken außer Haus. Der Aufsatz liefert u. a. folgende wichtige Ergebnisse: Der bereits seit Anfang der 1970er Jahre im früheren Bundesgebiet zu beobachtende Trend sinkender Ausgabenanteile für die Ernährung (einschl. Mahlzeiten außer Haus) setzte sich auch 1998 fort. Im Durchschnitt aller Haushalte in Deutschland betrug der Ausgabenanteil für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren 1998 damit nur noch 18,0% verglichen mit 21,5% 1993. Während in der Vergangenheit trotz rückläufiger Ausgabenanteile die wertmäßigen Aufwendungen für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (einschl. Außer-Haus-Verzehr) stets gestiegen waren, kam es 1998 erstmals auch zu einem Rückgang der wertmäßigen Ausgaben. Wie die Ergebnisse der EVS 1998 zeigen, ist eine allmähliche Annäherung der Ernährungsmuster in West und Ost auszumachen.

Krebs, T. und Behrends, S., (2002). Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. Den finanziellen Überblick wahren. *Wirtschaft und Statistik*, 11: 952-958.

Abstract: Woher weiß man eigentlich, wie viele Haushalte in Deutschland eine Lebensversicherung, Aktien oder einen PC haben? Wofür sie ihr Geld ausgeben, wie sie es anlegen und über welche Einnahmen sie verfügen? Antworten auf diese und viele andere Fragen liefert die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), eine Statistik, die seit Anfang der 1960er- Jahre alle fünf Jahre durchgeführt wird, zuletzt 1998. 2003 ist wieder ein EVS-Jahr. Aus diesem Grund werden mit diesem Aufsatz einige Ergebnisse der EVS 1998 erneut vorgestellt und damit ein Überblick über die Erhebungsinhalte auch der EVS 2003 gegeben. Die Bürgerinnen und Bürger, die auf freiwilliger Basis an der EVS 2003 teilnehmen, helfen mit, dass von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder auch künftig zuverlässige, aussagekräftige Erkenntnisse über die Einkommen und den Konsum der privaten Haushalte zur Verfügung stehen.

Krimmer, P. und Raffelhüschen, B., (2003). *Intergenerative Umverteilung und Wachstumsimpulse der Steuerreformen 1999 bis 2005. Die Perspektive der Generationenbilanz*. Institut für Finanzwissenschaft Universität Freiburg: Freiburg.

Abstract: Seit es Steuern gibt, wurden immer wieder Reformvorschläge vorgelegt, die das Steuersystem einfacher und gerechter gestalten sollten. So beschloss die Bundesregierung 1998 das Steuerentlastungsgesetz, das bald durch die Steuerreform 2000 ergänzt wurde. Beide Reformen sollten Steuererleichterungen für Haushalte und Unternehmen schaffen und so den Weg für eine Konjunkturbelebung ebnen. ob die Ziele der Haushaltskonsolidierung und der wachstumsinduzierenden Steuerentlastung überhaupt miteinander vereinbar sind, soll im vorliegenden Beitrag untersucht werden. Datenbasis bildet u.a. die EVS 1998.

Kühnen, C., (1999). Das Stichprobenverfahren der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. *Wirtschaft und Statistik*, 2: 111-115.

Abstract: Im folgenden wird das neu entwickelte Stichprobenverfahren der EVS 1998 vom Auswahlverfahren über das Hochrechnungsverfahren bis zum Verfahren für die Abschätzung der Präzision der Stichprobenergebnisse ausführlich beschrieben und über die bei der Anwendung dieser Verfahren aufgetretenen Probleme berichtet.

L

Lahl, D. und Westerheide, P., (2003). *Auswirkungen der Besteuerung von Kapitaleinkünften und Veräußerungsgewinnen auf Vermögensbildung und Finanzmärkte - Status quo und Reformoptionen* -. ZEW: Mannheim.

Abstract: Die vorliegende Untersuchung analysiert die Auswirkungen einer erweiterten Besteuerung privater Veräußerungsgewinne im Geldvermögen. In diesem Zusammenhang werden auch weitere in jüngster Zeit diskutierte Reformoptionen analysiert. Im Einzelnen werden erörtert: □ die Einführung einer Steuer von 15% auf realisierte Veräußerungsgewinne nach dem Entwurf des Steuervergünstigungsabbaugesetzes, □ die Einführung einer Zinsabgeltungssteuer von 25% nach dem Entwurf des Zinsabgeltungssteuergesetzes, eine Vereinheitlichung der Kapitalertragsbesteuerung durch eine Abgeltungssteuer von 25% auf Kapitaleinkünfte und realisierte Veräußerungsgewinne. Diese Szenarien werden unter verschiedenen Annahmen in ihren kurzfristigen und langfristigen Auswirkungen untersucht. Dabei werden auch die Effekte der dritten Stufe der Einkommensteuerreform 2000 untersucht, deren Vorziehen auf 2004 aktuell diskutiert wird. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die Auswirkungen der Besteuerungsoptionen vor dem Hintergrund des tatsächlich beobachtbaren Anlageverhaltens verschiedener Typen privater Haushalte. Grundlage der Betrachtungen sind die auf das Jahr 2003 hochgerechneten Vermögensbestände, die im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 erhoben wurden.

Laue, E., (1995). Grundvermögen privater Haushalte Ende 1993. *Wirtschaft und Statistik*, 6: 488-497.

Lehmann, H., (2004). *Auswirkungen demografischer Veränderungen auf Niveau und Struktur des Privaten Verbrauchs - eine Prognose für Deutschland bis 2050*. Institut für Wirtschaftsforschung: Halle.

Abstract: Die Höhe und vor allem die Zusammensetzung der Bevölkerung in Deutschland wird in den nächsten Jahrzehnten einschneidenden Veränderungen unterliegen, die heute schon deutlich absehbar sind, weil die Bevölkerungsentwicklung gewissen Trägheiten folgt und ihre wichtigsten Determinanten in eine eindeutige Richtung weisen. Die eigentliche gesellschaftliche Herausforderung besteht in der durch Überalterung hervorgerufenen Verschlechterung des Verhältnisses der Zahl der Unterhaltsträger in produktiven Altersgruppen zur Zahl der noch nicht oder nicht mehr erwerbstätigen Unterhaltsempfänger (Kinder, Ruheständler). Diese demografischen Veränderungen werden alle Bereiche der Gesellschaft berühren. Aus ökonomischer Sicht werden die Folgen für die sozialen Sicherungssysteme, die Staatsfinanzen, den Arbeitsmarkt, das Human- und Sachkapital und damit für wirtschaftliches Wachstum und technischen Fortschritt diskutiert. Darüber hinaus hat aber auch der Konsum - insbesondere der Konsum der privaten Haushalte - eine

unmittelbar demografische Dimension. Demografische Determinanten des Konsums sind die Zahl der Einwohner, die Altersstruktur der Bevölkerung, die Haushaltsgrößenstruktur sowie die innere Zusammensetzung der Einzelhaushalte. Auch ein sich verändernder Anteil der ausländischen Bevölkerung - sofern deren Konsumgewohnheiten deutlich von der deutschen Bevölkerung abweichen - kann Rückwirkungen auf Niveau und Struktur der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage haben. Dieser Fragestellung wird anhand der EVS 1998 nachgegangen.

Loheide, B., (2004). *Service oder Self-Service: die Bundesrepublik Deutschland als Dienstleistungsgesellschaft*. Universität Köln.

Abstract: Die vorliegende Arbeit befasst sich mit dem Problem der strukturellen Weiterentwicklung hoch entwickelter Volkswirtschaften. Dabei geht es darum, welche grundsätzlichen ökonomischen Rahmenbedingungen im Anschluss an die sogenannte Industriegesellschaft gelten. Die Fragestellung, der am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland nachgegangen werden soll, lautet: Service oder Self-Service? Der Erfassungsraum der Arbeit ist das Gebiet der alten Bundesrepublik Deutschland. Analysiert wird dabei der Zeitraum vom Anfang der 1960er Jahre bis 1998. Aufgrund der Vereinigung der beiden deutschen Staaten einschließlich der Hauptstadt Berlin kommt es bei einigen Zahlenreihen bezüglich der öffentlichen Ausgaben für Dienstleistungen und auch in der Beschäftigungsstatistik zu leichten Einschränkungen bei der Vergleichbarkeit von Vorwende- und Nachwendezahlen. Die Zahlen zum privaten Verbrauch entstammen den Einkommens- und Verbrauchsstichproben. Zu betonen ist dabei die Irrelevanz der Ergebnisse der Stichprobe des Jahres 1969, in der praktische keine Dienstleistung gesondert betrachtet wurde, und die deswegen aus der Zahlenreihe komplett herausfällt. Schwierigkeiten bereiteten auch die häufigen Wechsel in der Methodik der Datenerhebung. Speziell im Bereich Ausgaben für Urlaub und Freizeit kam es zu häufigen Umstellungen, was die Ergebnisfindung in diesem Bereich erschwerte. Trotzdem wurden die Daten der EVS verwendet, und nicht etwa die ebenfalls vom Statistischen Bundesamt erhobene laufende Wirtschaftsrechnungen ausgewählter Haushalte, da sie repräsentative Zahlen für die Gesamtheit der Haushalte liefern.

Lohmann, H., (1998). *Potentiale der Nutzung von Ausgabedaten in der empirischen Armutsforschung. Bedarfsschätzung und Messung von Armut auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1993*. Universität Bielefeld.

Lohmann, H., (2001). Äquivalenzskalen und haushaltsspezifisches Armutsrisiko Bedarfsbemessung auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993. *Wirtschaft und Statistik*, 483-.

Abstract: In diesem Artikel werden auf Basis von linearen Ausgabensystemen

Äquivalenzskalen geschätzt und im Vergleich mit herkömmlichen Skalen zur Berechnung von haushaltsspezifischen Armutsquoten angewendet. Es zeigen sich relativ starke Abweichungen in den geschätzten Bedarfsgewichten als auch in den Armutsrisiken größerer Haushalte. Die Datengrundlage bildet die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993. Im Folgenden werden, nach einer kurzen Darstellung der allgemeinen Herangehensweise und der Datengrundlage, entsprechende Schätzungen für das frühere Bundesgebiet sowie die neuen Länder und Berlin-Ost durchgeführt. Es wird hierbei überprüft, inwieweit sich die Auswahl der Güter und die Aufwendungen für einzelne Güter (z. B. Unterschiede in den Wohnkosten zwischen Ost und West) auf die Bedarfsschätzung auswirken. Abschließend werden die geschätzten Skalen im Vergleich mit gängigen Skalen zur Berechnung von Armutsquoten verwendet, um das Ausmaß der Unterschiede, die auf die Verwendung unterschiedlicher Skalen zurückzuführen sind, abschätzen zu können.

M

Merkle, K.-H., (1992). Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993. *Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz*, 45: 220-222.

Merz, J., (1981). *Socioeconomic influence on individual private demand for durable goods. An application of discrete choice models: the logit and the tobit-approach*. Johann Wolfgang Goethe University: Frankfurt/Main.

Abstract: Zwei mikroökonomische Ausgabenmodelle für dauerhafte Konsumgüter werden auf Grundlage einer extensiven Querschnittsdatenbasis mit Informationen von mehr als 47.000 Haushalten vorgestellt (EVS 1969). Das insbesondere mikroanalytische Problem: Entscheidung über ein Ausgabenereignis und Bestimmung der damit verbundenen Ausgabenhöhe wird mit einem getrennten (Logit/OLS) und einem gemeinsamen (Tobit) Modell formuliert. Beide Modelle werden in ihrem theoretischen und empirischen Ergebnissen verglichen. Erstmals werden für die BRD die haushaltsindividuellen strukturellen Beziehungen 10 ausgewählter dauerhafter Konsumgüter mit einer Fülle sozioökonomischer Variablen quantifiziert. Viele interessante Ergebnisse konnten gefunden werden. Die besondere Wichtigkeit sozioökonomischer Variablen bestätigt die Erweiterung der rein ökonomischen zu einer sozioökonomischen Sichtweise haushaltsindividueller Ausgabenentscheidungen für dauerhafte Konsumgüter.

Merz, J., (2001). Was fehlt in der EVS? Eine Verknüpfung mit der Einkommenssteuerstatistik für die Verteilungsanalyse hoher Einkommen. S. 278- 300, in:

Becker, I., Ott, N. und Rolf, G. (Hrsg.), *Soziale Sicherung in einer dynamischen Gesellschaft*. Frankfurt/New York: Campus.

Abstract: Aus vorangegangenen Arbeiten von Richard Hauser und Irene Becker entstand die Idee, im Hinblick auf hohe Einkommen zu untersuchen, was eigentlich in der EVS fehlt und welche Konsequenzen damit für die personelle Einkommensverteilung verbunden sind. Gerade hinsichtlich hoher Einkommen sind die Anforderungen an eine Datenbasis beträchtlich und müssen u.a. aussagefähige Informationen auch der Selbständigen enthalten. Die Einkommenssteuerstatistik (EStS) ist unter diesem Gesichtspunkt einer Ergänzung der EVS besonders geeignet. Methodisch baut die Verknüpfungsstrategie auf den gezahlten Steuern in der EVS und den festgesetzten Steuern in der EStS auf und überträgt gruppenspezifische Durchschnittswerte für Einkommensabgrenzungen der EVS auf die Steuerpflichtigen-Haushalte der EStS. Ein zentrales Ergebnis ist, dass die Gruppe mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 35.000 DM pro Monat lediglich gut 37.000 Haushalte umfasst. Das entspricht knapp zwei Dritteln der in der EVS nicht nachgewiesenen Haushalte der obersten Steuerzahlbetragsklasse und nur knapp 14 Prozent der in der EVS nicht nachgewiesenen Haushalte mit Steuerzahlbeträgen ab 40.000 DM.

Merz, J., (2003). Was fehlt der EVS? *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 223: 58-90.

Abstract: Merz hat eine verknüpfte Datenbasis von Haushalten der EVS (1993) und den Einzeldaten der Einkommenssteuerstatistik (1995) vorgenommen und den Teil hoher Einkommen oberhalb der „Abschneidegrenze von 35.000 DM“ der EVS in einem integrierten Datenfile ergänzt. Er kommt zu dem Ergebnis, dass rund 37.000 Haushalte „nicht“ von der EVS erfasst werden, jedoch in der Steuerstatistik nachweisbar sind.

Meulemann, Heiner, (1998). Differenzen von Werten und Differenzen von Konnotationen. S. 105- 126, (Hrsg.), *Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland: Erklärungsansätze der Umfrageforschung*. Opladen: Leske+Budrich.

Abstract: In dieser Untersuchung werden die beiden Hypothesen überprüft: In Ostdeutschland findet die Einstellungen zu Arbeit und Leistung mehr Unterstützung als in Westdeutschland und sie korreliert auch weniger stark mit der Einstellung zur Selbstverwirklichung. Diese beiden werden im Folgenden zuerst bivariat überprüft: (1) Sind in Westdeutschland Einstellungen zu Arbeit und Leistung schwächer und (2) korrelieren sie mit Selbstverwirklichung stärker als in Ostdeutschland? Aber sowohl die Unterschiede wie die unterschiedlichen Korrelationen können durch soziodemografische Unterschiede der Landesteile bedingt sein. Deshalb wird in multivariaten Analysen überprüft, ob (1) der Ostdeutsche Vorsprung der Einstellung zu Arbeit und Leistung auch dann bestehen bleibt, wenn soziodemografische Einflüsse kontrolliert sind. Für die

Prüfung der Annahme, dass ein aus der DDR überkommenes Verständnis von Arbeit und Leistung bei den Ostdeutschen andere Einstellungen zu Arbeit und Leistung als bei den Westdeutschen hervorgerufen hat, muss man eine möglichst frühzeitige Erhebung heranziehen. Sie liegt mit dem European- Value- Survey (EVS) vor, der in der BRD im Juni/Juli 1990 und in der DDR "im Herbst" 1990, als offenbar überwiegend in den noch nicht vereinigten Landesteilen durchgeführt wurde. Das Ergebnis der Untersuchung zeigt, dass die Bevölkerung der DDR nicht nur zu Arbeit und Leistung durchweg freundlicher eingestimmt ist als die Bevölkerung der BRD, sondern auch, dass sie- wenn auch nicht nach allen Indikatoren- zu Arbeit und Leistung Selbstverwirklichung weniger stark konnotiert.

Motel-Klingebiel, A., Hoff, A., Christmann, S. und Hämel, K., (2003). *Altersstudien und Studien mit alter(n)wissenschaftlichem Analysepotential. Eine vergleichende Kurzübersicht*. Deutsches Zentrum für Altersfragen : Berlin.

Abstract: Eine alternde Gesellschaft wird die Bedingungen des menschlichen Zusammenlebens grundlegend ändern und neue, zum Teil nur schwer abschätzbare, politische und wirtschaftliche Herausforderungen zu bestehen haben. Zwar sind die radikalen Veränderungen in der Altersstruktur der industrialisierten Gesellschaften der kommenden Jahrzehnte bereits seit einigen Jahrzehnten vorhersehbar. Dennoch war der Altersstrukturwandel bis in die frühen 90er Jahre des 20. Jahrhunderts hinein nur Gegenstand von Expertendiskussionen und manchem Zeitungskommentar. Diese waren häufig Teil einer allgemeineren Sozialstaatsdiskussion und zumeist beschränkt auf die Probleme der Rentenfinanzierung und der Generationengerechtigkeit. Im vergangenen Jahrzehnt hat jedoch ein Wandel stattgefunden: „Alter“ und „Altern“ haben inzwischen allgemein hohe Konjunktur und gelten als ein gesellschaftliches Zukunftsthema schlechthin. Dies schlägt sich auch in einer wachsenden Aktivität der Alter(n)sforschung nieder. Vor diesem Hintergrund stellt die vorliegende Kurzexpertise im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung in einer knappen Übersicht die wohl wichtigsten Einzelstudien der Alter(n)sforschung in Deutschland und prominente internationale Vergleichsuntersuchungen vor. Zielsetzung ist es, die Grundlagen für die Vorbereitung einer künftigen Altersstudie zu erweitern, indem Konzepte, Vorgehensweisen und Datenbestände verfügbarer Studien im breiten Überblick erschlossen werden.

Münnich, M., (1997). Zur wirtschaftlichen Lage von Ein- und Zweipersonenrentnerhaushalten. *Wirtschaft und Statistik*, 120-135.

Münnich, M., (1997). Haushaltsbudgets von Arbeitern und Angestellten aus Sicht der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. *Wirtschaft und Statistik*, 342-354.

Münnich, M., (1999). Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte in Deutschland. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. *Wirtschaft und Statistik*, 3: 210-220.

Abstract: Mit diesem Aufsatz wird die Berichterstattung zu weiteren Erhebungsmerkmalen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998 mit Ergebnissen aus dem Einführungsinterview fortgesetzt. Im Folgenden werden der Haus- und Grundbesitz und dessen Verteilung sowie die Wohnverhältnisse der befragten privaten Haushalte betrachtet, und zwar getrennt für die beiden Gebietsstände früheres Bundesgebiet sowie neue Länder. Als Vergleichsdaten liegen Angaben privater Haushalte aus dem Schlussinterview der EVS 1993 zum Haus- und Grundbesitz sowie aus dem Grundinterview der EVS 1993 vor. Bei der EVS geht es darum darzustellen, wie die privaten Haushalte wohnen und welche Aufwendungen im Rahmen des Haushaltsbudgets anfallen. Zusammenfassend ergeben sich folgende Erkenntnisse: 1998 wohnen in Deutschland mehr private Haushalte zur Miete als in den "eigenen vier Wänden", wobei im Osten mehr Haushalte in Mietwohnungen lebten als im Westen. Miethaushalte haben in der Regel kleinere Wohnungen als Eigentümerhaushalte. Am beliebtesten beim Wohneigentum waren Einfamilienhäuser. Die Mehrzahl der Haushalte besaß weder unbebaute Grundstücke noch Häuser oder Eigentumswohnungen. Der Haus- und Grundbesitz ist sehr unterschiedlich verteilt. Anteil am häufigsten Haus- und Grundbesitz hatten Haushalte von Landwirten sowie Gewerbetreibenden und Freiberuflern. Auffallend war der Mehrfachbesitz an unbebauten Grundstücken, Häusern und Eigentumswohnungen bei Haushalten im früheren Bundesgebiet.

Münnich, M. und Illgen, M., (1999). Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern. Erste Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. *Wirtschaft und Statistik*, 1: 46-54.

Abstract: Im folgenden werden inhaltliche und methodische Änderungen des Einführungsinterviews im Vergleich zum Grundinterview 1993 beschrieben. Desweiteren wird - als erstes Ergebnis der Erhebung - ein Überblick über die Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern gegeben. Die Betrachtung der gruppierten Ergebnisse der Einführungsinterviews führt zu dem Schluß, dass bei der "Standardausrüstung" mit langlebigen Gebrauchsgütern in fast allen Haushalten ein gutes Niveau erreicht worden ist.

Münnich, M. und Illgen, M., (2000). Einkommen und Einnahmen privater Haushalte in Deutschland Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für das erste Halbjahr 1998. *Wirtschaft und Statistik*, 2: 125-137.

Abstract: Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998, die achte Erhebung dieser Art für das frühere Bundesgebiet und die zweite für die neuen Länder und Berlin-Ost, unterscheidet sich von der vorausgegangenen beträchtlich, sowohl was den

Erhebungsablauf, die Quotenziehung, den Merkmalskatalog als auch das Hochrechnungsverfahren betrifft. Die Änderungen sind das Ergebnis der Neukonzeption der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte sowie der erstmaligen Anwendung der internationalen Klassifikation der Verwendungszwecke des Individualkonsum COICOP. Infolge dieser methodischen Änderungen sind die Ergebnisse der EVS 1998 nicht mehr ohne Umrechnungen mit den Ergebnissen der vorangegangenen Erhebungen vergleichbar. Im Folgenden werden nun die methodischen Änderungen des Haushaltsbuches im Vergleich zu den Teritalheften 1993, die methodischen Änderungen bei der Ergebnisdarstellung 1998 verglichen mit dem Erhebungsjahr 1993, die Bruttoeinkommen privater Haushalte- Höhe und Herkunft, die Belastung der privaten Haushalte mit Steuern, die Vorsorgezahlungen privater Haushalte, regionale Unterschiede bei den Haushaltseinkommen und die Verteilung des Nettoeinkommens privater Haushalte behandelt.

Münnich, M. und Illgen, M., (2000). Zur Höhe und Struktur der Ausgaben privater Haushalte. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für das erste Halbjahr 1998. *Wirtschaft und Statistik*, 4: 281-293.

Abstract: Im Heft 2/2000 dieser Zeitschrift wurden Ergebnisse der Haushaltsbefragungen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 über Einkommen und Einnahmen vorgestellt. Im folgenden soll nun betrachtet werden, wofür die Einnahmen im ersten Halbjahr 1998 verwendet worden sind. Unterstellt werden Höhe und Struktur des Privaten Verbrauchs in Abhängigkeit von der Einkommenslage für die privaten Haushalte insgesamt und für ausgewählte Haushaltstypen. Zusätzlich werden die Ausgaben der Haushalte entsprechend ihrer personellen Zusammensetzung äquivalent gewichtet und einem Vergleich unterzogen. Abschließend wird kurz auf die übrigen Ausgaben der Haushalte und auf die Ersparnis eingegangen.

Münnich, M., Illgen, M. und Krebs, T., (2000). Zur Höhe und Struktur der Ausgaben privater Haushalte in Deutschland. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. *Wirtschaft und Statistik*, 11: 853-868.

Münnich, M., (2000). Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland Teil 1. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. *Wirtschaft und Statistik*, 679-691.

Münnich, M., (2001). Haushalte von Arbeitslosen - Ihre wirtschaftliche Lage im Spiegel der Statistik. Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. *Wirtschaft und Statistik*, 11: 936-944.

Abstract: Arbeitslose leben - wie die übrige Bevölkerung - in unterschiedlichen Haushaltsgemeinschaften. Zum einen wohnen und wirtschaften sie allein, leben also in Einpersonenhaushalten. Zum anderen sind sie in Mehrpersonenhaushalten zu Hause. Die Einkommenssituation der Haushalte verschlechtert sich immer dann, wenn ein Haushaltsmitglied arbeitslos wird. In diesem Aufsatz soll nun ausschließlich die Lage von Arbeitslosenhaushalten betrachtet werden. Dazu werden solche Haushalte gezählt, in denen Arbeitslose alleinige Einkommensbezieher/-innen bzw. in denen die aus anderen Quellen stammenden Einkommen weiterer im Haushalt lebender Personen (z. B. Lohn, Rente) geringer sind als das Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe. Letztere Einkommensarten machen also den überwiegenden Anteil des Haushaltsnettoeinkommens aus. Aus diesem methodischen Konzept folgt, dass Haushalte, in denen neben Arbeitslosen weitere, zum Beispiel erwerbstätige Personen leben, deren Einkommen höher als das Arbeitslosengeld oder die Arbeitslosenhilfe war, nicht als Arbeitslosenhaushalte definiert wurden, sondern anderen sozialen Stellungen wie Arbeitern, Angestellten oder Beamten zugeordnet wurden. Daher ist auch die Zahl der ausgewiesenen Arbeitslosenhaushalte mit 4, 5 und mehr Personen relativ klein. Mögliche Stichprobenfehler sind für diese Haushalte relativ groß, weshalb sie bei der Untersuchung nicht näher betrachtet werden. Datengrundlage für die folgenden Untersuchungen bilden die Aufzeichnungen der Haushalte, die an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998 teilgenommen haben. Das waren nach der oben genannten Definition 2 375 Arbeitslosenhaushalte, und damit 950 Haushalte mehr als im Erhebungsjahr 1993. Die so ermittelten Ergebnisse stehen - hochgerechnet am Mikrozensus - stellvertretend für rund 2 Mill. Arbeitslosenhaushalte, wovon 1,4 Mill. im früheren Bundesgebiet und 0,6 Mill. in den neuen Ländern und Berlin-Ost ihren Wohnsitz hatten.

Münnich, M., (2001). *Einkommen und Vermögen in Rentner- und Pensionärshaushalten - Befunde der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998* -. VDR: Bonn.

Abstract: Im folgenden sollen ausgewählte Ergebnisse dargestellt werden, die die wirtschaftliche Lage von Haushalten beschreiben, in denen der Haupteinkommensbezieher den größten Anteil am Haushaltseinkommen aus Alterseinkünften in Form von Renten der gesetzlichen Rentenversicherung aus eigener früherer Erwerbstätigkeit bezieht (Rentnerhaushalt) oder in Form von Pensionen auf Grund früherer Tätigkeit als Beamtin/Beamter (Pensionärshaushalt). Der Analyse liegt eine beträchtliche statistische Masse zugrunde, da an der EVS 1998 fast 15 000 Rentner-/Pensionärshaushalte teilgenommen hatten. Um eventuelle Verzerrungen aus der Quotenstichprobe auszugleichen, sind die Ergebnisse der Erhebung an der 1 %-Zufallsstichprobe des Mikrozensus hochgerechnet worden. Die so ermittelten repräsentativen Daten stehen stellvertretend für 1,2 Millionen Haushalte von Pensionären und 10,3 Millionen Rentnerhaushalte, von denen 5,3 Millionen Ein- und 4,4 Millionen Zweipersonenhaushalte waren. Wegen der überragenden Zahl der Ein- und Zweipersonenhaushalte werden im folgenden nur die materiellen Lebensverhältnisse der allein oder zu zweit lebenden Rentnerinnen und Rentner bzw. die der sozialen Gruppe der

Pensionäre betrachtet.

Münnich, M., (2001). *Income and Property of the Pensioners' Households – Results of the Income and Consumption Sampling Procedure of 1998 ("Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998")*. VDR: Bonn.

Abstract: The article describes the results of the sampling procedure as far as "Rentnerhaushalte" and "Pensionärshaushalte" are concerned. A "Rentnerhaushalt" is defined by the fact that the person with the highest income in the household receives the greatest share of his or her income from statutory pension insurance due to his or her former employment. This applies respectively to superannuations for public servants ("Pensionärshaushalt"). Nearly 15,000 households participated in the sampling procedure, so that the analysis is based on a considerable amount of data. In order to balance a possible bias from the quota sample, the results of the inquiry have been projected on the one percent random sample of the Mikrozensus (census on a representation basis). Thus, it was possible to achieve data that represents 1.2 million Pensionärshaushalte and 10.3 million Rentnerhaushalte. Regarding that most of these households were one- or two-person households (5.3 million resp. 4.4 million), the author concentrates on the material living conditions of this group.

Münnich, M., (2001). Zur wirtschaftlichen Lage von Rentner- und Pensionärshaushalten. *Wirtschaft und Statistik*, 546-.

Abstract: Der vorliegende Beitrag befasst sich mit der Einkommens-, Ausgaben- und Vermögenssituation von Rentner- und Pensionärshaushalten in Deutschland, basierend auf den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1998. Die Analyse der Einkommensverteilung zeigt, dass 1998 15,8% der Rentnerhaushalte in Deutschland - das waren 1,6 Mill. Haushalte - mit weniger als der Hälfte des Durchschnittseinkommens aller privaten Haushalte auskommen mussten und damit in relativer Einkommensarmut lebten. Zum überwiegenden Teil handelte es sich dabei um Einpersonentrentnerhaushalte (1,3 Mill.), während die Einkommenssituation von Zweipersonentrentnerhaushalten - bei hoher Streuung der Nettoeinkommen - insgesamt als gut bezeichnet werden kann. Weitaus ungleicher als die Einkommen sind die Geldvermögen von Rentnerhaushalten verteilt. So konnten 1998 die Einpersonentrentnerhaushalte der untersten Dezilgruppe im früheren Bundesgebiet auf im Schnitt 12 900 DM Nettogeldvermögen zurückgreifen. In der obersten Dezilgruppe dagegen nannten die Haushalte mit 127 000 DM fast den zehnfachen Betrag ihr Eigen. Die abschließende Betrachtung der wirtschaftlichen Lage von Pensionärshaushalten zeigt, dass diese sowohl hinsichtlich ihrer Einkommen und Konsumausgaben als auch ihres Geld- und Immobilienvermögens deutlich besser gestellt sind als Rentnerhaushalte. Im Gegensatz zu den Rentnerhaushalten spielt insbesondere das Immobilienvermögen bei den Pensionären eine wichtige Rolle für die materielle Sicherheit im Alter.

Münnich, M., (2001). Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland – Teil 2 Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. *Wirtschaft und Statistik*, 121-.

Abstract: Die ursprünglichen Planungen, den Aufsatz zur „Einkommens- und Geldvermögensverteilung privater Haushalte in Deutschland“ aus Heft 9/2000 dieser Zeitschrift unmittelbar fortzusetzen, ließen sich durch die Auflösung der Zweigstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes nicht verwirklichen. Der Bedarf an haushaltsbezogenen Daten aus der EVS 1998 ist jedoch – obwohl die Ergebnisse inzwischen an Aktualität verloren haben – ungebrochen, so dass diese Lücke im Folgenden geschlossen und für die in der EVS 1998 vertretenen Haushalte die Höhe und Verteilung der erfassten Geldvermögen differenziert dargestellt werden soll. Dabei sind generell diejenigen Haushalte nicht berücksichtigt, deren Haushaltsnettoeinkommen 35 000 DM und mehr pro Monat betrug. Die in der EVS 1998 nachgewiesenen Vermögensarten (ohne Bargeld, Girogeldbestände/Sichteinlagen, Guthaben bei berufsständischen Versorgungswerken u. a.) betrugen im Schnitt pro Haushalt im früheren Bundesgebiet 71 200 DM. Nach Abzug der durchschnittlichen Konsumentenkreditschulden von 2 600 DM belief sich das durchschnittliche Nettogeldvermögen je Haushalt auf 68 600 DM.

Münnich, M. und Krebs, T., (2002). Ausgaben für Kinder in Deutschland Berechnungen auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. *Wirtschaft und Statistik*.

Abstract: Im folgenden Beitrag werden die Ausgaben für den Privaten Konsum, so wie sie für Familienhaushalte in der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 ausgewiesen wurden, aufgeteilt nach Ausgaben für Kinder und für Erwachsene, dargestellt. Für diese Aufteilung sind umfangreiche Berechnungen erforderlich, denen methodisch anspruchsvolle Modelle für die Ausgabenbereiche Wohnen, Ernährung und Verkehr und weitere, etwas einfachere Annahmen für alle anderen Ausgabenbereiche zugrunde liegen. Die Ergebnisse werden verglichen mit anderen Berechnungsverfahren, wie beispielsweise Konsumaufteilungen nach der alten und der neuen Skala der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

N

Nesenhöner, N., (1990). Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern weitere Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1988 . *Baden-Württemberg in Wort und Zahl*, 4: 172-176.

Abstract: Die Analyse wendet sich den Ausstattungsunterschieden zwischen einzelnen

Haushaltstypen zu. Es wird untersucht, inwieweit die Faktoren Alter der Bezugsperson, Nettoeinkommen des Haushalts, Zahl der Haushaltsmitglieder und Größe der Wohngemeinde eine unterschiedliche Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern bedingen. Echte Zusammenhänge aufzudecken und zu beschreiben, ist jedoch dann besonders schwierig, wenn Auswertungen nur nach einem Haushaltsmerkmal vorliegen. Eindeutig werden bestimmte Beziehungen erst, wenn zum Einkommen als weiterer Faktor die Zahl der Haushaltsmitglieder tritt. Datengrundlage ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe aus dem Jahr 1988.

Nolan, B., Hauser, R. und Zoyem, J-P., (1999). The Changing Effects of Social Protection on Poverty. S. 87- 106, in: Gallie, D. und Paugam, S. (Hrsg.), *Welfare Regimes and the Experience of Unemployment in Europe*. Oxford: This chapter fits within a broader research program concerned with the processes that link labour market precarity and social exclusion. One of the principal concerns of this program is however the extent to which institutional differences across countries with respect to the labour market and social protection are a significant factor mediating the relationship between labour market precarity and social exclusion. The chapter focuses on the effectiveness of cash transfers, the central element of social protection systems, in alleviating the effects of unemployment on income poverty.

Nolan, B., Hauser, R. und Zoyem, J-P., (1999). *The Changing Effects of Social Protection on Poverty*. Institut für VWL: Frankfurt/Main.

Abstract: This paper fits within a broader research program concerned with the processes that link labour market precarity and social exclusion. One of the principal concerns of this program is however the extent to which institutional differences across countries with respect to the labour market and social protection are a significant factor mediating the relationship between labour market precarity and social exclusion. The paper focuses on the effectiveness of cash transfers, the central element of social protection systems, in alleviating the effects of unemployment on income poverty.

Noll, H.-H. und Habich, R., (1999). *Vom Zusammenwachsen einer Gesellschaft. Analysen zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland*. Frankfurt/Main: Campus.

Nollmann, G. und Strasser, H., (2002). Armut und Reichtum in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 29-30: 20-28.

Abstract: Seit einigen Jahren beobachten nicht nur Sozialwissenschaftler, dass die

Ungleichverteilung von Armut und Reichtum weltweit wieder zugenommen hat. Nicht selten wird gefolgert, dass die sich öffnende Kluft zwischen Arm und Reich den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährde. Drohen die inzwischen wieder vielfältigen Gesichter der Armut die bundesrepublikanische Gesellschaft zu spalten? Die Autoren melden allerdings Zweifel an einer Sichtweise an, der zufolge von der ungleichen Armuts- und Reichtumsverteilung direkt auf den Kampf zwischen Arm und Reich zu schließen wäre. Vielmehr muss das Thema aus einer doppelten Perspektive behandelt werden: In den beiden folgenden Kapiteln wird zunächst die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland aufgezeigt. Um jedoch Aussagen und Prognosen über das Handeln der Armen und Reichen machen zu können, wird zweitens zur Diskussion gestellt, wie in unserer Gesellschaft die Verteilung von Armut und Reichtum erlebt wird und welche Bedeutung Arme und Reiche ihr zuschreiben. Erst dann erhält man Hinweise auf Art, Ausmaß und Wahrscheinlichkeit sozialer Auseinandersetzungen.

P

Papastefanou, G., (1996). *Verbrauchsdaten der amtlichen Statistik Forschungspotentiale zur Untersuchung des Wandels der Lebensführung in den neuen Bundesländern* .

Abstract: Das vorliegende Arbeitspapier ist darauf gerichtet, das Forschungspotential amtlicher Daten sichtbar zu machen, das sich für Fragen der Lebensführung in den alten und neuen Bundesländern ergibt, wenn diese Daten als (anonymisierte) Einzeldaten genutzt werden. Hierzu werden Design und Variablenliste der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (vor und nach der Integration), der DDR-Einkommensstichprobe, und der DDR-Haushaltsbudgeterhebung, die in den in den neuen Bundesländern bis 1992 weitergeführt worden ist, beschrieben und synoptisch gegenübergestellt. Zur Verdeutlichung ihres Analysepotentials werden abschließend einige Thesen zum sozioökonomischen Strukturwandel und den soziokulturellen Herausforderungen an die Lebensführung in den neuen Bundesländern exemplarisch diskutiert.

Pfeiffer, U., Braun, R., Dübel, A. und Buslei, H., (1995). *Wohneigentum und Familie*. Stuttgart: Fraunhofer IRB Verl.

Abstract: Die zentrale Botschaft der Studie lautet: Familien mit Wohneigentum erbringen im Vergleich zu den übrigen Haushalten einen sehr hohen, doppelten Konsumverzicht zugunsten der Kinder und der Wohneigentumsbildung, der gleichzeitig zu einer hohen Alterssicherung führt. Als Datenbasis dienen hier die EVS-Daten von 1978, 1983 und 1988, diese decken einen hinreichend langen Zeitraum ab und erlauben es, allgemeine Spar- und Vermögensentscheidungen durch Erwerb von Wohneigentum in Zusammenhang der sonstigen Vermögensbildungsprozesse aber auch der

Familiengründung zu stellen. Aus diesen Zeitvergleichen wird deutlich, wie sich die Eigentumsbildung in die sonstigen zentralen Entscheidungen, vor allem der Familiengründung, "einpasst". Hier interessieren insbesondere: Familienbildungsverfahren, die Zusammenhänge zwischen Eheschließung, Familiengröße und Vermögensbildung, die Zusammenhänge zwischen Familiengründung, Familiengröße und Vermögensbildung und die globalen Veränderungen in der Eigentumsbildung aufgrund veränderter Altersschichtungen.

Pfeiffer, U. und Braun, R., (1998). Wohneigentum oder Mietwohnung - eine rationale Entscheidung? *Der langfristige Kredit*, 18: 598-602.

Abstract: Kann ich meine Rendite maximieren, wenn ich Wohneigentum bilde oder stelle ich mich als Mieter besser? Dieser Frage wurde bereits in unzähligen Artikeln nachgegangen. Die Antwort fiel je nach Interessenlage und getroffenen Annahmen mal mehr, mal weniger positiv aus. Zuletzt wurden von Alois Pfeifer umfangreiche Modellrechnungen präsentiert. Derartige Rechnungen scheinen auf den ersten Blick überzeugend. Man muss allerdings ihre Relevanz bezweifeln. Es handelt sich um eine aus dem Lebenszusammenhang herausgerissene, rein finanztechnische Operation. In der Wirklichkeit geht es dagegen um langfristige Lebensplanung und Familiengründung; es geht um Fragen wie man im Alter leben und wie man sich selbst im Vergleich zu anderen Stellen will.

Pfeiffer, U. und et al., (2001). *Deutschland in den nächsten 30 Jahren: Die Zukunft gestalten. Positionspapier zum Kongress des Managerkreises*. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin.

Abstract: Werden Alterung und Bevölkerungsrückgang zum Schicksal für die Bundesrepublik Deutschland? Fest steht, dass die demografische Entwicklung enorme Herausforderungen für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in unserem Land mit sich bringen wird. Ohne tiefgreifende Strukturreformen werden sich die Belastungen der nächsten Jahrzehnte nicht verarbeiten lassen. Wichtige Reformen sind mit Steuer- und Rentenreform bereits in Angriff genommen. Damit die Belastungen in den kommenden Jahrzehnten verkraftet werden können, weist der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) darauf hin, dass weitere wichtige Strukturreformen bereits in den nächsten Jahren beginnen sollten. Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts bestehen noch demografische, wirtschaftliche und politische Handlungsspielräume, die in den folgenden Jahrzehnten verschwinden werden. Es werden Handlungsvorschläge für verschiedene Politikbereiche vorgestellt.

Pfeiffer, U., Föhr, H., Gerlach, N. E., Wedemeier, K. und Braun, R., (2003). *Nachhaltige Finanzpolitik: Subventionen auf dem Prüfstand*. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin.

Abstract: Subventionen sind wie Seitensprünge in einer Ehe. Sie sind nicht vorgesehen, finden aber ständig statt. Subventionen - darüber sind sich alle nicht interessensgebundenen Analytiker einig - verringern in der Masse den Wettbewerb, reduzieren wirtschaftliches Wachstum, reduzieren die Anpassungsflexibilität einer Wirtschaft oder haben problematische Verteilungswirkungen. Es gibt auch „gute“ Subventionen, sie bilden aber eine Minderheit. Nach Analysen des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel werden fast acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts durch Subventionen umgeschichtet. Der Subventionsbericht der Bundesregierung weist nur etwa ein Drittel dieses Volumens aus. In einer Wachstumsgesellschaft kann man über Schäden von Subventionen noch hinwegsehen. In einer Gesellschaft mit schrumpfender und alternder Bevölkerung und einem Sozialstaat, der riesige Ansprüche an das künftige Sozialprodukt in die Welt gesetzt hat, wird die künftige fiskalische Wirklichkeit einschneidende Kürzungen erzwingen. Ein Staat, der alle Subventionen für Tabu erklärt, würde z.B. Leistungen für den Zahnersatz kürzen müssen, den Weg zur Arbeit jedoch weiterhin mit dem Progressionseffekt der Einkommensteuer subventionieren. Das wäre absurd.

Pöschl, H., (1993). Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern im Januar 1993. *Wirtschaft und Statistik*, 12: 924-928.

Porsch, L., Krings-Heckemeier, M. T., Braun, R. und Kemper, J., (2003). *Armut und Reichtum in Sachsen-Anhalt*. Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt: Magdeburg.

Abstract: Infolge der Wiedervereinigung musste Sachsen-Anhalt einen umfassenden Strukturwandel weg vom produzierenden Gewerbe und hin zu einer modernen Dienstleistungsgesellschaft verkraften. Die damit verbundenen Veränderungen waren für weite Kreise der Bevölkerung mit erheblichen Belastungen verbunden. Deren Folgen sind vor allem bei strukturellen Langzeitarbeitslosen noch heute an unterdurchschnittlichen Einkommen und Vermögen abzulesen. Gleichwohl waren in den letzten Jahren auch Fortschritte zu verbuchen. Beispiele dafür sind die realen Einkommenssteigerungen der Erwerbstätigen und der Rentner/innen, die erheblichen Qualitätsverbesserungen der Wohnungen sowie ein deutlicher Anstieg der Lebenserwartung.

R

Reil-Held, A., (1999). Bequests and Aggregate Wealth Accumulation in Germany. *The Geneva Papers on Risk and Insurance*, 24: 50-63.

Reil-Held, A. und Schnabel, R., (2000). Vom Arbeitsmarkt in den Ruhestand: Die Einkommen deutscher Rentner und Rentnerinnen. S. 107- 122, in: Büchel, F., Diewald, M., Krause, P., Mertens, A. und Solga, H. (Hrsg.), *Zwischen drinnen und draußen. Arbeitsmarktchancen und soziale Ausgrenzung in Deutschland*. Opladen: Leske+Budrich.

Abstract: Der Beitrag behandelt den Übergang vom Arbeitsmarkt in den Ruhestand und die Einkommenslage von Rentnerhaushalten in Deutschland. Die empirische Analyse stützt sich dabei auf Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 und Daten der gesetzlichen Rentenversicherung. Die empirische Untersuchung zeigt, wie sehr Ruhestand und Rentenbezug auseinanderfallen. Die Einkommenslage des überwiegenden Teils der Rentnerhaushalte ist gesichert und Armut kein spezifisches Problem der Älteren mehr, wie sich auch am Sozialhilfebezug erkennen lässt. Für Personen mit geringen Arbeitseinkommen oder kurzen Erwerbshistorien können sich jedoch Renteneinkommen ergeben, die unter dem Sozialhilfeniveau liegen.

Reil-Held, A., (2002). *Die Rolle intergenerationaler Transfers in Einkommen und Vermögen älterer Menschen in Deutschland*.

Abstract: Ziel dieser Arbeit ist eine Untersuchung der Rolle der intergenerationalen Transfers für das Einkommen und das Vermögen der älteren Menschen, um damit zum Verständnis der privaten Vermögensakkumulation beizutragen und schließlich Hinweise für die künftige Gestaltung der Rentenpolitik abzuleiten. Zu den intergenerationalen Transfers gehören sowohl private Transfers wie Erbschaften, Schenkungen und laufende Unterstützungsleistungen, wie auch öffentliche Transfers, z.B. die gesetzlichen Renten. In der vorliegenden Arbeit wird untersucht, ob ein solcher Mechanismus in Deutschland in nennenswerten Umfang vorliegt. Tatsächlich lässt sich über die Betrachtung der Einkommens- und Vermögenslage der älteren Menschen ein erhebliches Potential für die Leistung privater Transfers nachweisen. Die empirische Evidenz über die vorhandenen privaten Übertragungen zwischen den Generationen belegt dann auch einen bedeutenden Nettostrom privater Transfers von der älteren an die jüngere Generation. Den privaten intergenerationalen Transfers lassen sich die öffentlichen intergenerationalen Transfers über die Rentenversicherung gegenüberstellen, die in umgekehrter Richtung von der jüngeren an die ältere Generation fließen. Dieser Kreislauf, bei dem zunächst die erwerbstätige Generation mit Rentenversicherungsbeiträgen belastet wird, die dann in Form von Schenkungen oder Erbschaften teilweise wieder zurück fließen, ist aufgrund von Verteilungskosten und negativen Anreizeffekten möglicherweise ineffizient.

Ring, A. M., (2000). *Die Verteilung der Vermögen in der Bundesrepublik Deutschland. Analyse und politische Schlußfolgerungen*. Frankfurt/Main: Peter Lang.

Abstract: Die drei Hauptziele der vorliegenden Studie bestehen in der Offenlegung von Determinanten der personellen Vermögensverteilung, dem Aufzeigen der Entwicklung der Verteilung der Vermögen in der BRD im Zeitverlauf sowie in der Analyse der Bedeutung der staatlichen Vermögenspolitik innerhalb dieses Prozesses. Dazu ist das vorliegende Buch in 4 Teile aufgeteilt: Teil 1 befasst sich mit dem analytischen und methodischen Rahmen, der 2. Teil mit theoretischen Ansätzen zur Erklärung der personellen Vermögensverteilung sowie dem 4. Teil, der sich mit politischen Schlussfolgerungen befasst.

Rodepeter, R., (1997). *Identifikation von Sparprofilen im Lebenszyklus*. Universität Mannheim SFB 504: Mannheim.

Abstract: Das Schlüsselement des Haushaltsverhaltens - das Sparen ist immer noch nicht befriedigend erklärt. Die Lebenszyklushypothese von Mondigliani et al. wurde durch Liquiditätsrestriktionen, Mortalitäts-, Gesundheits-, Einkommens-, Zins- und anderen Unsicherheiten erweitert, neuerdings auch durch "Behavioral"-Elemente. Jeder dieser Erweiterungen erklärt Teile des Sparverhaltens, die Widersprüche bleiben jedoch bestehen. Dieses Papier wirft die Frage auf, inwieweit die beobachtbaren Sparprofile mit den konkurrierenden Theorien identifiziert werden können. Es soll von den in Deutschland beobachteten Alterssparprofilen ausgegangen und diese mit den simulierten Profilen verglichen werden, die unter verschiedenen Varianten der erweiterten Lebenszyklushypothese entstanden sind. Es wird gezeigt, dass die Sparprofile per se die einzelnen Theorien zum Sparverhalten nicht auseinanderhalten können. Dies bedeutet ebenso, dass die in der Literatur häufig zu findenden Schätzungen von Eulergleichungen nicht identifiziert sind.

Rodepeter, R. und Winter, J., (1998). *Saving Decisions under Life-Time and Earnings Uncertainty*. Sonderforschungsbereich 504: University of Mannheim.

Abstract: The authors analyze a model of life-cycle savings decision which allows for both life-time and income uncertainty. They simulate life-cycle saving rates based on empirical income processes estimated from West German household data. The main findings are, first, that allowing for mortality risk improves the life-cycle model's predictions slightly, and second, that simulated saving rates still fail to match their empirical counterparts.

Rodepeter, R. und Winter, J., (1999). *Rules of Thumb in Life-Cycle Saving Models*. Sonderforschungsbereich 504: University of Mannheim.

Abstract: The paper analyses life-cycle savings decisions when households use simple heuristics, or rules of thumb, rather than solve the underlying intertemporal optimization

problem. Using these rules the authors simulate life-cycle savings decisions numerically and compute the utility losses relative to the backwards solution of the intertemporal optimization problem. The central finding is that the utility losses induced by rule-of-thumb behavior are relatively low. The authors conclude that behaving optimally, in the sense of solving an intertemporal optimization model, is not only costly, it is also not much better than using simpler heuristics which do not require backward induction.

Rodepeter, R., (1999). *Konsum- und Sparentscheidungen im Lebenszyklus. Theorie, Evidenz und Simulation unter klassischen und alternativen Ansätzen*. Universität Mannheim.

Abstract: Um einen Überblick der bestehenden Modelle aus der neoklassischen und behavioristischen Literatur zu geben, werden die Grundzüge der Theorien dargestellt und eine Vielzahl von Erweiterungen der neoklassischen Theorien aus dem „Repair Shop“ der Lebenszyklushypothese erörtert. In einem weiteren Schritt zum Verständnis der Ersparnisbildung soll das Sparverhalten im Lebenszyklus in der Bundesrepublik beschrieben werden. Die deskriptive Darstellung der vorhandenen Daten verlangt einen konzeptionellen Rahmen für die konsistente Bestimmung von Einkommen, Konsum und Ersparnis. Die Messkonzepte für Einkommen, Konsum und Ersparnis werden anhand der Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) vorgestellt. Um die Simulationen aus den vorgestellten Theorien mit beobachtetem Verhalten vergleichen zu können, werden die Daten ausführlich in Bezug auf das beobachtete Sparverhalten und das Einkommen der Deutschen untersucht. Aufgrund der erfassten Variablen lässt sich in der EVS die Ersparnis aus Zu- und Abgängen an Vermögen oder aus der Differenz von Einkommen und Konsum messen.

Rompel, H-K., (2003). Zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. *Staat und Wirtschaft in Hessen*, 1.

Abstract: Seit nunmehr 40 Jahren finden in Deutschland im Abstand von fünf Jahren Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) bei den privaten Haushalten statt. Neben dem Schwerpunkt der Erhebung, nämlich Angaben über Herkunft und Höhe des monatlichen Budgets sowie über seine Verwendung zu gewinnen, gehören Fragen zur Ausstattung der Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern, zur Vermögensbildung und zu den Vermögensbeständen zum Programm. Für die kommende EVS im Jahr 2003 wurde weitgehend das Konzept der letzten Erhebung beibehalten, durch das in erster Linie die teilnehmenden Haushalte entlastet und die Aufbereitung der Daten beschleunigt werden sollen. In Hessen sind wieder rund 5500 Haushalte aller Bevölkerungsschichten auf freiwilliger Basis in die Erhebung einzubeziehen. In einem Rotationsverfahren haben sie nach einem „Einführungsinterview“ drei Monate Buch zu führen. Die Vermögensfragen, die zuletzt in Einführungsinterview und Haushaltsbuch aufgegliedert waren, sind diesmal in einer besonderen Anlage zum Einführungsinterview enthalten. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass sich- zumindest in Hessen-

auch die Erhebungstechnik ändern wird, und zwar insofern, als auf den bisher üblichen Einsatz von Interviewern verzichtet wird.

Rosendorfer, T., (1993). *Schuldensituation und Haushaltsführung überschuldeter Haushalte : eine empirische Untersuchung ausgewählter Haushalte in München*. Frankfurt am Main ; Berlin: Lang.

Ruprecht, W. und Wolgast, M., (2004). *Die Märkte für Altersvorsorge in Deutschland. Eine Analyse bis 2020*. GDV: Berlin.

Abstract: Ziel der vorliegenden Studie ist es, vor diesem Hintergrund die absehbare Entwicklung der Nachfrage nach kapitalgedeckten Altersvorsorgeprodukten bis zum Jahr 2020 aufzuzeigen. Wichtig ist dabei die Abgrenzung von „Altersvorsorge“ und reinem „Sparen“. Zwar kann grundsätzlich jedes Vermögen der Altersvorsorge dienen, die Altersvorsorgefunktion ist jedoch mit spezifischen Qualitätsanforderungen verbunden. In der vorliegenden Studie werden daher mit dem Begriff „Altersvorsorge“ insbesondere solche Finanzprodukte bezeichnet, die durch Leistungsgarantien für den Kunden gewährleisten, dass das Altersvorsorgevermögen zu dem Zeitpunkt, zu dem es gebraucht wird, auch zur Verfügung steht. Angestrebt werden in der Untersuchung sowohl Aussagen zum voraussichtlichen Nachfragevolumen nach privater und betrieblicher Alterssicherung insgesamt als auch zu den Marktchancen der einzelnen Produkte und Produktgruppen. Die vorliegende Untersuchung zeichnet sich dabei insbesondere auch durch eine umfassende Analyse des Datenmaterials zum bisherigen und aktuellen Spar- und Vorsorgeverhalten der deutschen Haushalte aus. Als eine der ersten Untersuchungen zieht die Studie auch bereits Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003 des Statistischen Bundesamtes heran.

S

Schäfer, C., (1996). Soziale Polarisierung bei Einkommen und Vermögen. *Soziale Sicherheit*, 1: 7-11.

Abstract: Das Statistische Bundesamt hat 1995 die Aussagequalität der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) verschlechtert, weil nach offizieller Begründung nicht mehr ausreichend zwischen Ost- und Westdeutschland differenziert werden könnte. Das beeinträchtigt nicht nur jede Prognosetätigkeit, sondern auch verteilungstatistische Analysen. Insbesondere werden zwischen Ost- und Westdeutschland die ökonomischen Entwicklungsunterschiede "statistisch" eingeebnet, obwohl sie auf absehbare Zeit faktisch fortbestehen werden. Aktuell ist die empirische

Informationslage trotz spürbarer Lücken insgesamt noch ausreichend, um sagen zu können, dass sich die Polarisierung zwischen "guter" Gewinnentwicklung und "schlechter" Entwicklung der Arbeitseinkommen fortsetzt; dasselbe gilt für die Entwicklung der Haushalteinkommen von Selbständigen bzw. Unternehmern einerseits sowie von Arbeitnehmern wie den übrigen Haushaltsgruppen andererseits. Neuste verfügbare Daten der alle fünf Jahre durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des Statistischen Bundesamtes, jetzt erstmals auch für die neuen Bundesländer, bestätigen diese "Soziale Polarisierung" auch für die Verteilung von Geldvermögen. Insofern stimmen die Politik und politische Forderungen, die von einer "nivellierten" Verteilung ausgehen bzw. mehr "leistungsorientierte" Differenzierung betreiben, immer weniger mit der Empirie überein.

Schäfer, C., (1998). *Die Verteilung der Steuerlast in Deutschland*. FES-Library: Bonn.

Abstract: Die tatsächliche Höhe und Verteilung der Abgabenlast in Deutschland, insbesondere der Steuerlast, entsprechen nicht dem in der Öffentlichkeit entstandenen Bild und entziehen deshalb der von diesem Bild seit Jahren abgeleiteten Politik die Grundlage: Die Lasten sind immer ungleicher verteilt worden, und zwar vor allem zugunsten von Unternehmen und Selbständigen sowie zu Lasten von Arbeitnehmern und den entsprechenden Haushalten; die ungleiche Verteilung erzeugt immer stärkere Allokations- und Wachstumsprobleme; und schließlich sind die Einnahmen, gemessen an vorhandenen Finanzierungsbedarfen, fiskalisch nicht ergiebig genug. Die folgende Bestandsaufnahme fußt u.a. auf einer empirischen Untersuchung, deren Ergebnisse hier erstmals vorgestellt werden: Im Rahmen des in der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführten Forschungsprojekts "Personelle Einkommensverteilung" sind auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1983, 1988 und 1993 für Westdeutschland die Abgabenlasten in Abhängigkeit von der Einkommenshöhe und dem sozialen Status der privaten Haushalte berechnet worden. Die Ergebnisse dieser Stichprobe sind aussagefähig bis zu Einkommenshöhen vom Dreifachen und mehr des Einkommensdurchschnitts, der 1993 einem Jahreshaushaltseinkommen von rund 73.000 DM entsprach, so dass sich der Erfassungsbereich in diesem Jahr also bis über Einkommenshöhen von brutto 200.000 DM erstreckt.

Schäfer, C., (2000). Privater Reichtum um den Preis öffentlicher und privater Armut. Die Verteilung in 1999 und den Vorjahren. *WSI-Mitteilungen*, 744-764.

Abstract: Die Entwicklung der Einkommensverteilung im Jahr 1999 folgt soweit erkennbar der längerfristigen Vergangenheitsentwicklung, die geprägt wird von überproportional wachsenden Gewinn- und Vermögenseinkommen sowie verhalten zunehmenden Lohn- und Transfereinkommen. Ein besonderer Schwerpunkt kann im Bericht auf die Darstellung der Einkommen privater Haushalte in der Gliederung nach sozialen Gruppen gelegt werden, da erste Ergebnisse der 1998 durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in West- und Ostdeutschland zur Verfügung

stehen. Diese personellen Einkommensinformationen auf mikroökonomischer Basis bestätigen insbesondere wieder die von der makroökonomischen Datenlage bekannte Ungleichgewichtigkeit zwischen Residual- und den Kontrakteinkommen.

Schäfer, C., (2001). Ungleichheiten politisch folgenlos? Zur aktuellen Einkommensverteilung. *WSI-Mitteilungen*, 659-673.

Abstract: Mit der Vorlage des ersten Armuts- und Reichtumsberichts zur personellen Einkommens- und Vermögensverteilung ist deren Transparenz zwar verbessert worden. Aber ernst zu nehmende Konsequenzen aus den festgestellten Ungleichheiten werden bis heute nicht gezogen, obwohl die Politik für sie auch Verantwortung trägt.

Schäfer, C., (2003). Effektiv gezahlte Niedriglöhne in Deutschland. *WSI-Mitteilungen*, 420-428.

Abstract: Niedriglöhne sind ein mit vielen (Vor-) Urteilen besetztes öffentliches Thema. Häufig heißt es, es gebe zuwenig davon, um mehr Beschäftigung zu erzeugen. Und soweit es sie gebe, beträfen sie "Randgruppen" wie etwa junge oder unqualifizierte Beschäftigte. Eine empirische Analyse der effektiv gezahlten Niedriglöhne von Vollzeitbeschäftigten insbesondere in Westdeutschland, deren Ergebnisse hier zusammengefasst werden, widerlegt solche Einschätzungen nicht nur, sondern verweist auf das Gegenteil. Der Niedriglohnsektor umfasst auch in Westdeutschland rund ein Drittel aller Vollzeitbeschäftigten und ein Viertel aller ganzjährig Vollzeitbeschäftigten als dem Kern der Normalbeschäftigungsverhältnisse.

Scheffter, M., (1991). *Haushaltsgröße und privater Verbrauch : zum Einfluss einer steigenden Kinderzahl auf den privaten Verbrauch*. Frankfurt/Main: Lang.

Scheid, S. C., (2001). *Die verallgemeinerte Lognormalverteilung*. Universität Dortmund.

Abstract: In vielen Bereichen der statistischen Anwendungen stößt man auf Daten, die zwar eingipflig, aber stark asymmetrisch verteilt sind, was die beliebte Annahme der Normalverteilung verhindert. In diesem Dilemma hat die Lognormalverteilung ihren Ursprung: Wendet man auf positive, rechtsschief verteilte Daten die natürliche Logarithmusfunktion an, so lassen die transformierten Werte häufig die Annahme der Normalverteilung zu. Daher liegt es nahe, bei den ursprünglichen Daten von einer Lognormalverteilung zu sprechen und diese näher zu charakterisieren. Durch den einfachen Transformationszusammenhang lassen sich ihre Eigenschaften in der Regel auf die Eigenschaften der Normalverteilung zurückführen. In dieser Arbeit wird ein

Überblick gegeben über Charakteristika der verallgemeinerten Lognormalverteilung und diese um weitere Eigenschaften ergänzt. Daher folgt auf die kurze Beschreibung der Lognormal- und der Log-Laplace-Verteilung die theoretische Herleitung der verallgemeinerten Lognormalverteilung sowie einige ihrer grundlegenden Eigenschaften. Da sie auch im Bereich der Ökonometrie angewandt wird, wird weiterhin auf Lorenzkurven und Konzentrationsmessung bei verallgemeinert lognormalverteilten Zufallsvariablen eingegangen. Zudem werden Schätzverfahren nach der Momenten- und der Maximum-Likelihood-Methode betrachtet. Da der zusätzliche Formparameter eine zentrale Rolle spielt, stellt sich im Zusammenhang mit der Parameterschätzung die Frage, ob die verallgemeinerte der einfachen Lognormalverteilung vorzuziehen wäre. Als Testverfahren werden der Likelihood- Quotienten- sowie der Score-Test vorgestellt, wobei für letzteren zunächst die Informationsmatrix bestimmt werden muss. Abschließend werden die beschriebenen Schätz- und Testverfahren auf Daten aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 1993 angewendet.

Schleife, K., (2002). *Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) und die Statistik der laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR) als wesentliche Datenquellen für die Bestimmung der Verbrauchsstrukturen*. Institut für Statistik und Ökonometrie, Humboldt-Universität zu Berlin: 4. Workshop Wirtschaftsstatistik 2002: Inflationsmessung in Deutschland und Europa, Daten - Methoden - Entwicklungen.

Abstract: Das Papier stellt zwei verschiedene Datenbasen vor und beleuchtet die Probleme, die durch den Gebrauch dieser Daten auftreten. Anschließend wird die Entwicklung der Konsumbereiche im Früheren Bundesgebiet in den Jahren von 1962/63 bis 1998 untersucht.

Schlomann, H. und Hauser, R., (1992). Die Entwicklung der makroökonomischen Einkommensverteilung und der Verteilung der Geldvermögen in der Bundesrepublik Deutschland. S. 42- 98, in: Köbele, B. und Schütt, B. (Hrsg.), *Erfolgsbeteiligung. Ein neuer Weg zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand*. Köln: Bund-Verl.

Abstract: Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist die Beschreibung der Entwicklung der Erwerbs- und Vermögenseinkommen sowie der Geldvermögen der privaten Haushalte in der BRD innerhalb der letzten 30 Jahre. Der Fokus liegt dabei auf der Frage ob und in welcher Art und Weise sich die Gewichte einzelner Einkommensarten verändert haben und in welchem Ausmaß die unterschiedlichen sozialen Haushaltsgruppen davon betroffen sind. Dabei ist - ausgehend von einer funktionalen Betrachtungsweise der Einkommensverteilung - die personelle Verteilungsebene von besonderem Interesse, da im Laufe der Zeit für alle sozialen Gruppen eine zunehmende Diversifizierung der Einkommensquellen stattgefunden hat. Eine Betrachtung der sektoralen Einkommens- und Vermögensverteilung wird daher nicht angestrebt.

Schmähl, W. und Fachinger, Uwe, (1998). *Armut und Reichtum: Einkommen und Einkommensverwendung älterer Menschen*. Zentrum für Sozialpolitik: Bremen.

Abstract: Ziel dieses Arbeitspapiers ist es, einen möglichst umfassenden Überblick über die materielle Situation älterer Menschen in der Bundesrepublik Deutschland zu geben. Ausgehend von der Darstellung einiger Kriterien zur Beurteilung der Einkommenslage im Alter werden die Institutionen der Alterssicherung in der BRD und deren Leistungsgestaltung beschrieben. Dabei wird, dem "Drei-Säulen-Konzept" folgend, zwischen Regelsystemen, den Zusatzsystemen der betrieblichen Altersversorgung und der privaten Vorsorge differenziert. Im Anschluss daran folgt die Darstellung der Höhe der Leistungen aus den verschiedenen Institutionen der Alterssicherung, bevor auf das Zusammenspiel der verschiedenen Einkunftsarten im jeweiligen Haushaltseinkommen eingegangen wird. Will man die materielle Situation eines Haushaltes umfassend beschreiben, muss auch dessen spezifische Bedarfslage berücksichtigt werden, daher wird die Einkommensverwendung im Alter behandelt und abschließend auf die Auswirkungen einiger Vorschläge zu einem Umbau institutioneller Regelungen auf die künftige Einkommenslage älterer Menschen eingegangen.

Schmähl, W. und Fachinger, Uwe, (1999). Armut und Reichtum. Einkommen und Konsumverhalten älterer Menschen. S. 159- 208, in: Niederfranke, A., Naegele, G. und Frahm, E. (Hrsg.), *Funkkolleg Altern 2*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Abstract: In diesem Text geht es um den Einfluss des Einkommens und Vermögens auf die Lebensgestaltung im Alter. Die materielle Lage innerhalb der Gruppe der Älteren ist in hohem Maße heterogen. Dies betrifft sowohl die Personen, die etwa gleichen Altersjahrgängen (Kohorten) angehören, als auch die Situation zwischen Angehörigen unterschiedlicher Jahrgänge. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass die Situation im Alter so unterschiedlich ist, liegt daran, dass die Einkommenslage im Alter maßgeblich durch die Entwicklungen und Entscheidungen in den davor liegenden Lebensphasen bestimmt wird, folglich ist eine lebenszyklische Betrachtung notwendig. So wie die Einkommenssituation in der Erwerbsphase durch viele Faktoren geprägt wird, so gilt dies auch für die Einkommenslage im Alter. Die materielle Situation im Alter wird also einerseits durch eigene Entscheidungen im Lebenslauf bestimmt und andererseits durch gesamtwirtschaftliche, demographische und gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen sowie insbesondere durch die Gestaltung sozialstaatlicher Maßnahmen in der Erwerbs- wie in der Arbeitsphase.

Schmähl, W., (2002). *The "2001 Pension Reform" in Germany - A Paradigm Shift and its Effects*. Zentrum für Sozialpolitik: Bremen.

Abstract: The paper analyzes a new paradigm shift in German pension policy implemented by reform measures in 2001. It starts by outlining the organizational structure of the German multi-tier pension system which is extended by the 2001 reform

by introducing special means-tested benefit for disabled and old people and by certified private pension eligible for a subsidy. The main arguments in the recent reform debate are outlined. Regarding the complex and complicated rules for private and occupational pensions the focus is on the different possibilities, which will allow those employees who can afford to save, to combine different ways of taking subsidies. Finally, some reflections regarding the future development of the concept of pension policy in Germany are made as well as on the income distribution that will become more unequal.

Schnabel, R., (1999). *Vermögen und Ersparnis im Lebenszyklus in Westdeutschland*. Sonderforschungsbereich 504: Universität Mannheim.

Abstract: Der Autor bestimmt die Entwicklung von Vermögen und Ersparnis westdeutscher Haushalte über den Lebenszyklus. Datengrundlage der Analyse ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe der Jahre 1978 bis 1993. Weder die mittleren Kohortenprofile des Vermögens noch die mittlere Ersparnis zeigen am Ende des Lebenszyklus ein Ersparen an. Jedoch weisen die Lebenszyklusprofile von Vermögen und Ersparnis eine erhebliche Heterogenität in Bezug auf Niveau und Form auf.

Schnabel, R., (1999). *The Golden Years of Social Security - Life-cycle Income, Pensions and Savings in Germany*. Universität Mannheim, SFB 504: Mannheim.

Abstract: This paper estimates the life-cycle income of West-German households and relates it to savings and private transfers. The empirical analysis based on the Income and Expenditure Surveys from 1978 to 1993 (EVS), and on social security data. While cross-section estimates suggest a marked decline of household incomes starting at the age of 45 of the head of household, the longitudinal analysis reveals that strong cohort and macro effects are at work. A moderate reduction of household income beyond age 50 reflects changes in household composition. For older cohorts, the transition to retirement reduces household income by around 20 percent compared to earnings before retirement. Contrary to conventional wisdom, retirement is not a time of scarce resources for current generations of pensioners. In fact, retirement income is far above the average income during working life. This is even more true for per capita income, which determines individual consumption possibilities. As it turns out ex post, households did consume far to less during their working life resulting in excessive median wealth holdings at the beginning of retirement. Presumably, the dramatic increases in wages and public pensions have not been anticipated. After retirement, consumption remains low and the median pensioners in our sample period 1978-1993 not only display high disposable incomes, but also high inter vivos transfers and positive savings. However, this situation will change during the next decades, since growth rates have declined and the dependency ratio is deteriorating rapidly.

Schnabel, R., (1999). *Die Goldenen Zeiten des Umlageverfahrens- Einkommen im Lebenszyklus, Renten und Ersparnis in Deutschland*. Universität Mannheim SFB 504: Mannheim.

Abstract: In diesem Aufsatz wird die Beziehung zwischen Renten, Einkommensentwicklung etc. untersucht. Zuerst wurde eine Lebenszyklusersatzquote ermittelt, die das Renteneinkommen eines Eckrentners in Beziehung setzt zu seinem gesamten Lohneinkommen. Daran soll gezeigt werden, dass diese Ersatzquote in der Vergangenheit weit über hundert Prozent gestiegen ist. Da diese Ersatzquoten nur unvollständige Maße der relativen Konsummöglichkeiten sind, wird anschließend eine empirische Analyse der Entwicklung der Einkommen im Lebenszyklus durchgeführt. Die Betrachtung von Einkommen über den Lebenszyklus zeigt schließlich, dass für ältere Kohorten das mittlere Nettoeinkommen in der Rentenphase weit über dem mittleren Einkommen der Erwerbsphase liegt. Dies ist auf den starken Anstieg der Löhne und insbesondere der Renten in der Nachkriegszeit zurückzuführen. Im Gegensatz zur gängigen Meinung ist das Rentenalter demnach keine Zeit knapper Ressourcen für heutige Rentnergenerationen. Diese Untersuchung stützt sich auf die Einkommens- und Verbrauchsstichproben der Jahre 1978 bis 1993 und auf Zeitreihendaten der Sozialversicherung. Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben werden benutzt, um Kohortenprofile für das Einkommen zu konstruieren. Die Zeitreihendaten werden verwendet, um das makroökonomische Wachstum der Einkommen vor dem Stichprobenzeitraum der EVS zu schätzen. Die Kombination dieser Wachstumsraten mit den Einkommensprofilen der EVS erlaubt es, Längsschnitteinkommen für Kohorten zu bestimmen.

Schneider, M., (1999). Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern am Jahresanfang 1998 in Thüringen. Ergebnisse der Einführungsinterviews zur Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. *Statistische Monatshefte Thüringen*, 12: 25-37.

Schulte, J., (2004). *Arbeitslosengeld II und Arbeitslosenhilfe: Gewinner und Verlierer. Schätzung der Nettoeinkommenseffekte von Hartz IV*. Universität Berlin: Berlin.

Abstract: Anhand der Daten der EVS 1998 wird untersucht, welche Auswirkung die Einführung des ALG II auf die bedürftigen Haushalte hat. Für jeden einzelnen Haushalt wurde das neue Einkommen berechnet, Vermögen und Wohnsituation wurden bewertet. Es wird beschrieben, wie sich das Einkommen verändert und welche Haushalte nun auf Grund neuer Einkommensgrenzen gar keine Unterstützung mehr erhalten. Es wird geprüft, welche Haushalte wegen eines zu hohen Vermögens aus dem ALG II herausfallen. Weiterhin wird eine Übersicht über die Wohnverhältnisse gegeben, um festzustellen, wie groß der Anteil der Haushalte ist, die eine Wohnung bewohnen, deren Größe oberhalb dessen liegt, was als "angemessen" angesehen wird. In allen Abschnitten wird ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen, ob ostdeutsche Haushalte

durch die Reform stärker belastet werden. Bei der Untersuchung werden Haushalte berücksichtigt, in denen keine Kinder leben, die über 18 Jahre alt sind. Diese gelten nämlich als eigene Bedarfsgemeinschaft und es standen nicht genug Informationen zur Verfügung, um in diesen Fällen das neue Einkommen korrekt zu berechnen.

Schüssler, Reinhard, (2002). *Vermögensbildung und Vermögensverteilung*. Hans-Böckler-Stiftung: Berlin.

Abstract: Das aktive Sparen ist nach wie vor die wichtigste Einflussgröße für den Vermögensaufbau der privaten Haushalte. An zweiter Stelle folgten in den vergangenen zwanzig Jahren Wertsteigerungen bei Grundstücken und Gebäuden, durch die das Vermögen der Immobilien besitzenden Haushalten quasi von selbst zunahm. Auf dem dritten Platz liegen die empfangenen Erbschaften von Immobilien. Dies sind Ergebnisse einer Untersuchung der Baseler Prognos AG für die Hans-Böckler-Stiftung zu den Faktoren der Vermögensbildung und zur Vermögensverteilung der privaten Haushalte in Deutschland. In der Untersuchung wird der Vermögensbestand der Haushalte in Deutschland auf Basis der Daten der letzten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes 1998 in sechs Komponenten zerlegt: 1. Die im Laufe der Jahre kumulierten Ersparnisse aus Einkommen; 2. die Zinsen und Zinseszinsen auf die Ersparnisse; 3. die Wertänderungen bei Grundstücken und Gebäuden im Besitz der Haushalte; 4. die Wertänderungen bei Aktien; 5. die empfangenen Immobilienerbschaften, sowie 6. die nicht weiter erklärbaren, haushaltsindividuellen, zufälligen Bestandteile. Im Anschluss werden folgende Punkte ausgeführt: Vermögen in Deutschland sehr ungleichmäßig verteilt, Sparen bleibt wichtigster Faktor der Vermögensbildung, Wertsteigerungen bei Immobilien in der Vergangenheit wichtigster Faktor der Vermögensbildung- Struktur des Immobilienbesitzes führt zu stärkerer Ungleichverteilung, Aktienbesitz nur für kleinen Teil der Haushalte als Vermögensbildungsfaktor, Erbschaften von Immobilien begünstigen Haushalte mit mittlerem Vermögen, Zukünftige Vermögensverteilung abhängig von Immobilienpreisentwicklung und Baseler Experten schlagen Prüfung einer Besteuerung der Veräußerungsgewinne auch bei privat genutzten Immobilien und eine Entlastung bei Erbschaftsbesteuerung vor.

Schwarze, J., (2003). *Familienbezogenes Einkommensmonitoring. Konzepte und Daten*. Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg: Bamberg.

Abstract: Diese Expertise ist eine Vorstudie zu den theoretischen und empirischen Anforderungen sowie den Möglichkeiten eines familienbezogenen Einkommensmonitoring. Zunächst werden grundlegende Überlegungen zur Entwicklung eines tragfähigen Einkommenskonzepts angestellt, das verschiedene Anforderungen erfüllen sollte. Anschließend werden die für Deutschland verfügbaren Mikrodaten für Haushalte und Personen vorgestellt und im Hinblick auf die skizzierten Anforderungen geprüft und verglichen. Insbesondere die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)

und das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) kommen als Datengrundlage für ein familienbezogenes Monitoring in Frage. Beide Datensätze bieten die Möglichkeit einer differenzierten Analyse von Einkommenskomponenten auf verschiedenen Ebenen. Beide Datensätze haben aber auch Vor- und Nachteile. Allerdings spricht für das SOEP, dass es sich um eine laufende, jährliche Erhebung handelt, mit der zudem auch die Dynamik der Einkommensverteilung analysiert werden kann.

Sinner-Bartels, B., (1998). Ausstattung privater Haushalte mit Gebrauchsgütern spürbar verbessert: erste Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998. *Baden-Württemberg in Wort und Zahl*, 12: 583-587.

Abstract: Die Ausstattung privater Haushalte mit Gebrauchsgütern kann als ein Indikator für den Lebensstandard breiter Bevölkerungskreise herangezogen werden. Sie liefert zudem Hinweise für Absatzpotentiale und zeigt Sättigungstendenzen auf einzelnen Gütermärkten auf. Datenmaterial zu diesen Fragestellungen stellt aus dem Bereich der amtlichen Statistik die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) zur Verfügung, eine Erhebung, die in fünfjährigem Turnus, auf freiwilliger Basis bei privaten Haushalten durchgeführt wird. Aus den vorliegenden Ergebnissen der Einführungsinterviews aus dem Jahr 1998 geht klar hervor, dass sich insgesamt gesehen die Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern seit 1993 sowohl bei den Fahrzeugen, den elektrischen Haushaltsgeräten, im Bereich der Unterhaltungselektronik sowie bei Personalcomputern und Geräten der Nachrichtenübermittlung in weiten Bereichen nochmals spürbar verbessert hat.

Stein, H., (2001). Trend zu abnehmender Konzentration der Vermögen scheint gestoppt; Analysen zur Vermögensverteilung in Deutschland. *ISI, Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 25: 1-4.

Abstract: Das Ziel dieses Beitrages ist es, die Entwicklung der Vermögensverteilung vor dem Hintergrund wieder zunehmender Ungleichheit in anderen Ländern zu untersuchen. Seit kurzem stehen die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 (EVS 1998) der Wissenschaft zur Verfügung, mit denen eine aktuelle Analyse der Vermögensverteilung in der BRD ermöglicht wird. In der alle fünf Jahre vom Statistischen Bundesamt durchgeführten EVS werden private Haushalte zu ihrer Einnahmen-, Ausgaben- und Vermögenssituation befragt. Für die hier vorgenommene Analyse wird eine anonymisierte 80%-Stichprobe verwendet. Hierbei ist zu beachten, dass Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von über 35.000 DM im Datensatz der EVS 1998 nicht ausgewiesen werden. Da also sehr reiche Haushalte nicht in die Analyse einbezogen werden können, ist die tatsächliche Ungleichheit in Deutschland noch größer als die folgenden Ergebnisse dokumentieren. In der Untersuchung ist erkennbar geworden, dass das Vermögen in der BRD sehr ungleich verteilt ist. Dies betrifft sowohl das Nettogeldvermögen als auch das Nettoimmobilienvermögen, wobei jedoch für letzteres ein besonders hohes Maß an Disparität festgestellt werden konnte.

Die in anderen Ländern beobachtete Entwicklung der Trendumkehr weg von einer gleichmäßigeren hin zu einer ungleichmäßigeren Verteilung der Vermögen scheint sich zumindest auch für Westdeutschland anzudeuten. Inwieweit diese Entwicklung einem langfristigen Trend entspricht, werden die folgenden Jahre zeigen. Betrachtet man die gesamte Entwicklung zwischen 1993 und 1998, so ist nur in Ostdeutschland eine abnehmende Ungleichheit der Vermögensverteilung zu beobachten, die auf eine stark steigende Eigentümerquote zurückzuführen ist.

Stein, H., (2002). *Die Entwicklung des aggregierten Privatvermögens und seine Verteilung in Deutschland seit 1970*. Frankfurt/Main.

Abstract: Ziel des vorliegenden Artikels ist es, die Entwicklung des aggregierten Vermögens privater Haushalte seit 1970 aufzuzeigen und die Verteilung des Nettovermögens innerhalb der Haushalte zu untersuchen, um der Frage nachzugehen, ob es in den letzten 30 Jahren eine Tendenz zu einer eher gleichmäßigeren oder ungleichmäßigeren Vermögensverteilung im Haushaltssektor gekommen ist. Die vorliegende Untersuchung des Vermögens privater Haushalte als ein möglicher Indikator für den Wohlstand einer Gesellschaft hat für die BRD sowohl für die makroökonomischen Resultate der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank als auch für die mikroökonomischen Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben einen starken Anstieg der Vermögen seit 1970 gezeigt. Allerdings werden wesentliche Unterschiede im Aussagegehalt der einzelnen Datensätze deutlich. Insgesamt lässt sich eine hohe Übereinstimmung der Vermögensverteilung in Ost- und Westdeutschland feststellen, was nur als erstaunlich bezeichnet werden kann, wenn man bedenkt, dass beide Landesteile 40 Jahre unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Leitbildern gefolgt sind.

Stein, H., (2002). *The Development of Aggregate Private Wealth and its Distribution in Germany since 1970*. Institut für VWL: Frankfurt/Main.

Abstract: The wealth of private households is one possible indicator for the prosperity of a society and its individual members. However the prosperity of societies is primarily based on income. Three characteristics of income can be put forward the reasons for this: First income can be used directly as a flow variable to cover essential needs. Secondly, income is a quantity which can be determined more simply than other indicators that also affect the prosperity of a society. And thirdly, income is a variable for which a relatively large number of data surveys exist. The objective of the paper presented here is to show the trends in the aggregated wealth of private households in Germany since 1970 on the basis of two independent data sources. Furthermore, the distribution of net wealth within the households is to be examined, in order to investigate the question of whether there has been a tendency in the past thirty years toward a more even, or, rather, a more uneven distribution of wealth in the household sector in Germany.

Stein, H., (2002). *Die Entwicklung des aggregierten Privatvermögens und seine Verteilung in Deutschland seit 1970*. Institut für VWL: Frankfurt/Main.

Abstract: Das im Rahmen der hier vorgestellten Analyse behandelte Vermögen einer Gesellschaft auf der Ebene von Privathaushalten und insbesondere seine Verteilung kann in diesem Zusammenhang jedoch ergänzende Informationen liefern. Denn ein vorhandenes Vermögen als Bestandsgröße könnte in vielen Fällen veräußert werden und somit als Einkommen bzw. Einkommensersatz dienen, falls die Notwendigkeit zur Abdeckung von Bedarfssituationen besteht. Somit stellt das Vermögen eine zusätzliche potentielle Dispositionskraft dar. Ziel des hier vorliegenden Beitrages ist es, die Entwicklung des aggregierten Vermögens privater Haushalte in Deutschland anhand von zwei unabhängigen Datenquellen seit 1970 aufzuzeigen. Weiterhin soll die Verteilung des Nettovermögens innerhalb der Haushalte untersucht werden, um der Frage nachzugehen, ob es in den letzten 30 Jahren eine Tendenz zu einer eher gleichmäßigeren oder ungleichmäßigeren Vermögensverteilung im Haushaltssektor in Deutschland gegeben hat.

Stein, H., (2004). *Anatomie der Vermögensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1983-1998*. Berlin: edition sigma.

Abstract: Gestützt durch umfassende Auswertungen empirischer Daten von 15 Jahren zeichnet der Autor ein Bild der Vermögensentwicklung und -verteilung für den gesamten Haushaltssektor sowie für verschiedene sozio-ökonomische Teilgruppen. Er analysiert die Einflussfaktoren auf die Ersparnishöhe und die Vermögensverteilung. Dabei zeigen sich in der Untersuchungsperiode differenzierte Entwicklungstendenzen, wobei die starke Ungleichheit der Vermögensverteilung hervorsticht. Die Lebenszyklushypothese - der zufolge Haushalte älterer Personen ihr Vermögen bis zum Ende ihres Lebens wieder aufbrauchen - kann für Deutschland nicht bestätigt werden.

Strengmann-Kuhn, W., (2000). Niedrige Lohneinkommen: Ein Indiz für prekäre Einkommenssituationen im Haushaltskontext?- in: Schupp, J. Solga H. (Hrsg.), *Niedrig entlohnt = niedrig qualifiziert? Chancen und Risiken des Niedriglohnsektors in Deutschland*. Berlin: DIW Berlin.

Abstract: In diesem Beitrag geht es um die Frage, ob es möglicherweise positive Auswirkungen durch eine Verringerung der Armut von Erwerbstätigen bzw. durch eine Verbesserung der Situation von Personen in prekären Einkommenssituationen geben könnte. Um diese Frage zu beantworten, wird der empirische Zusammenhang zwischen Niedriglöhnen und Armut bzw. prekärer Einkommenssituationen untersucht. Zu Beginn gibt es zunächst eine kurze Darstellung des theoretischen Zusammenhangs zwischen niedrigen individuellen Löhnen und Einkommensarmut, die üblicherweise im Haushaltskontext gemessen wird. Anschließend werden die Daten für die empirische Analyse, das Sozioökonomische Panel (SOEP) und die Einkommens- und

Verbrauchsstichprobe (EVS), beschrieben. Bevor die empirischen Ergebnisse präsentiert werden, wird geklärt, wie die Armut und prekäre Einkommenssituationen auf der einen Seite und Niedriglohn bzw. niedriges Lohneinkommen definiert werden können und wie sie im konkreten Fall gemessen werden. Anschließend wird der empirische Zusammenhang zwischen Niedriglohn und Armut für verschiedene Niedriglohndefinitionen dargestellt. Datengrundlage hier ist das SOEP.

Stryck, I., (1997). *Kosten von Kindern : die Ermittlung von wohlstandsäquivalenten Einkommensrelationen für Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung*. Frankfurt/Main: Lang.

Abstract: Ziel der Arbeit war es, mit Hilfe eines nachfrageanalytischen Instrumentariums wohlstandsäquivalente Einkommensrelationen für Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung zu ermitteln. Mit Hilfe solcher Einkommensrelationen (Äquivalenzskalen) können die direkten Kosten von Kindern nach Anzahl und Alter differenziert berechnet werden. Dabei ist die Beantwortung der Frage, ob und wie eine Wohlstandsäquivalenz zwischen Haushalten definiert bzw. operationalisiert werden kann, von entscheidender Bedeutung. Als Datengrundlage dienten die Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1988.

Stuckemeier, A., (2002). *Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe als Mikrodatenfile*. Universität Lüneburg.

Abstract: Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ist - gemessen am Erhebungszeitraum und an der Zahl der erhobenen Merkmale - die größte Haushaltsstichprobe im Statistischen Bundesamt. Merkmale wie Einkommen, Vermögen, Ausgaben, Schulden, Ausstattung, Wohnsituation werden in einen engen Gesamtzusammenhang gebracht und für unterschiedlichste Haushaltsformen nachgewiesen. Der Bedarf der Wissenschaft, Mikrodaten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe für die Beantwortung unterschiedlichster sozialwissenschaftlicher und ökonomischer Fragestellungen zu verwenden, ist entsprechend groß. Mit der Entwicklung von Scientific Use Files für die Wissenschaft ist es gelungen, in geeigneter Form anonymisiertes Datenmaterial für die Wissenschaft bereitzustellen. Diese Mikrodatenfiles stehen sowohl für die EVS 93 als auch für die EVS 98 einem breiten Nutzerkreis für wissenschaftliche Forschungen zur Verfügung.

Sünderhauf, R., (2002). *Zur Einkommens- und Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland in den neunziger Jahren im Vergleich zu den siebziger Jahren*. Technische Fachhochschule Wildau, Deutschland.

Abstract: Im Jahr 1997 schrieb der „Spiegel“ unter dem Titel „Die gespaltene

Gesellschaft": „Die einen sind arbeitslos, die anderen mehr an der Börse und mit Spitzengehältern ihr Vermögen: Arm und Reich driften in Deutschland auseinander, und in der Mittelschicht wächst die Angst vor dem Absturz - mit gefährlichen Folgen. Wie viel Ungleichheit verträgt die Demokratie?" In der vorliegenden Arbeit wird die Frage untersucht, ob die so beschriebene Wahrnehmung der gesellschaftlichen Entwicklung zutreffend ist, ob es nur Einzelfälle sind, die sich vielleicht empirisch belegen lassen oder ob sich anhand vorhandener Daten mit wissenschaftlichen Methoden Veränderungen der personellen Einkommens- und Vermögensverteilung untersuchen und nachweisen lassen, welchen Einfluss der Staat darauf ausüben kann und welche Ergebnisse die fiskalpolitischen Maßnahmen insbesondere in den neunziger Jahren auf die reale Einkommensverteilung hatten. Betrachtungszeitraum für die Mehrzahl der Analysen ist die Periode von 1973 bis 1998, ein hinreichend langer, historisch interessanter Zeitraum, in dem sich nachhaltige wirtschaftliche und politische Veränderungen vollzogen haben.

T

Thiele, S., (1995). *Vermögen und Schulden privater Haushalte unterer Einkommensgruppen. Eine Datenanalyse mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe*. Düsseldorf: Stiftung Der private Haushalt.

Abstract: Besonderes Augenmerk dieser Untersuchung liegt auf den Haushalten unterer Einkommensgruppen, von denen angenommen werden muss, dass sie am wachsenden privaten Reichtum nur wenig partizipieren. Die Untersuchung arbeitet mit Daten der EVS 1988. Die Gründe für die Wahl dieser Datenbasis werden in Kapitel 2 erläutert. Weiterhin werden in diesem Kapitel Definitionen und Abgrenzungen der verwendeten Vermögens- und Schuldenbegriffe vorgestellt. Im 3. Kapitel werden wesentliche Zusammenhänge zwischen Einkommen, Vermögen und Schulden aufgezeigt und die Fokussierung auf Haushalte unterer Einkommensgruppen begründet. In Kapitel 4 werden die Vermögens- und Schuldenhöhen sowie deren Strukturen dargestellt während in Kapitel 5 der Frage nachgegangen wird, wie weit ausgewählte Bestimmungsfaktoren die Vermögens- und Schuldensituation determinieren. Die Ergebnisse im 6. Kapitel zeigen dann, dass die 10 vH vermögendsten Haushalte rund 44 vH des gesamten Geldvermögens in Händen halten, während sich die "unteren" 50 vH Haushalte mit rund 10 vH des Vermögens bescheiden müssen.

Thiele, S., (2000). *Chancen der Beteiligung privater Haushalte am Produktivvermögen*. Universität Kiel: Kiel.

Abstract: In der Vergangenheit hat die Ungleichverteilung des Vermögens bundesdeutscher Haushalte kontinuierlich zugenommen. In diesem Beitrag wird eine ökonometrische Analyse durchgeführt, in der eine Differenzierung nach mehreren

Bestimmungsgründen gleichzeitig erfolgt und in der explizit die Haushalte ohne Produktivvermögen in die Analyse einbezogen werden. Es können damit Haushaltsgruppen identifiziert werden, die systematisch geringe bzw. hohe Präferenzen für die Produktivvermögensbildung aufweisen. Hieraus sollen Chancen der Beteiligung privater Haushalte am Produktivvermögen sowie Hinweise zur Ausgestaltung vermögenspolitischer Maßnahmen abgeleitet werden. Datengrundlage bildet die EVS 1993.

Thiele, S., (2000). *Zur Notwendigkeit der Berücksichtigung des Vermögens bei der Beurteilung sozialpolitischer Maßnahmen*. Universität Kiel: Kiel.

Abstract: Für die Beurteilung von Verteilungswirkungen sozialpolitischer Maßnahmen ist die Kenntnis der sozialen Lage privater Haushalte zwingend erforderlich. Zur Bestimmung der sozialen Lage wird im allgemeinen das Kriterium Einkommen herangezogen. Erstmals für die BRD wird in dieser Analyse zusätzlich das Vermögen in Form von Geld-, Grund-, Gebrauchs- und Rentenvermögen berücksichtigt. Es wird gezeigt, dass ein Einbezug des Vermögens deutliche Verschiebungen sozialer Lagen zur Folge haben kann. Dabei kommt insbesondere dem häufig vernachlässigten Rentenvermögen eine hohe Bedeutung zu. Zur empirischen Untermauerung werden im weiteren Haushaltskonstellationen ermittelt, die systematisch gering bzw. hoch mit Vermögen ausgestattet sind. Abgeleitet aus Ansätzen der Theorie der Vermögensbildung wird ein ökonometrisches Modell geschätzt. Grundlage der empirischen Analyse bildet die EVS 1988.

V

Voß, M., (2004). Wer hat wie viel? - Zur Vermögenssituation privater Haushalte in Baden - Württemberg 2003. *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg*, 9: 38-44.

Abstract: Rein rechnerisch verfügten neun von zehn Haushalten im Land Anfang 2003 über ein Geldvermögen in Höhe von 53 500 Euro. Damit liegt Baden-Württemberg zusammen mit Bayern im Bundesländervergleich vorn. Am liebsten legen die Haushalte ihr Geld immer noch auf das Sparbuch. Erwartungsgemäß waren aber nicht alle Bevölkerungsgruppen in gleichem Maße in der Lage, Vermögen zu bilden. Zudem hatte auch jeder achte Haushalt einen Kredit aufgenommen, um sich den Wunsch nach einem Auto, neuen Möbeln oder einer Urlaubsreise zu erfüllen. Diese Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 sind vor allem vor dem Hintergrund des mit der demografischen Entwicklung einhergehenden Bedeutungsgewinns der privaten Altersvorsorge interessant. Wie viel Haushalte werden in Zukunft in der Lage sein, ihre Rente durch eigenes Vermögen aufzustocken? Für die Absicherung im Alter ist ebenso Haus- und Grundbesitz von Bedeutung. Die Verteilung des Grundvermögens wird

allerdings an anderer Stelle analysiert werden.

W

Walliser, Jan und Winter, J., (1999). *Tax Incentives, Bequest Motives and the Demand for Life Insurance: Evidence from Germany*. Sonderforschungsbereich 504: Mannheim.

Abstract: Life insurance, in particular whole life insurance, plays an important role for private saving in Germany. A stylized model of life-cycle behavior would predict that whole life insurance purchases respond to both bequest motives and the tax advantages of life insurance compared with other forms of saving. Using data from the Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, the paper shows that tax advantages and bequest motives indeed have an important impact of life insurance demand in Germany, if the empirical specification explicitly recognizes the censoring of life insurance face values.

WSI, INIFES Forschungsgruppe Tondorf, (2001). *Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*. Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Düsseldorf, Stadtbergen, Berlin.

Abstract: Bis heute ist die Gleichstellung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt in vielen Bereichen noch nicht erreicht. Dies betrifft insbesondere die Verdienst- und Aufstiegschancen von Frauen, die nach wie vor deutlich schlechter sind als die der Männer. Neben Angleichungsprozessen hat es in Deutschland durchaus auch neue Differenzierungen (auch zwischen Frauen) gegeben. Der vorliegende Bericht gibt über diese Entwicklungen zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern detailliert Auskunft, er analysiert die Ursachen und gibt Hinweise auf konkrete Handlungsmöglichkeiten. Der Bericht soll dazu beitragen, die Öffentlichkeit für die andauernde Chancenungleichheit von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt zu sensibilisieren und zielgerichtete Maßnahmen dagegen vorzubereiten. Der Bericht gliedert sich deshalb in zwei Teile: Im Teil I (Kapitel 1 - 3) wird eine empirische Bestandsaufnahme auf Basis vorhandener Datensätze geleistet. Teil II des Berichtes (Kapitel 4 - 8) geht auf den Verursachungszusammenhang der aktuellen Berufs- und Lebenslagen von Frauen und Männern ein und stützt sich dabei insbesondere auf aktuelle Forschungsergebnisse zu den verschiedenen Dimensionen der beruflichen und gesellschaftlichen Situation von Frauen und zu den Geschlechterverhältnissen.

Z

Zeuch, B., (2001). *Außer-Haus-Verzehr: Eine Analyse der Daten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 unter besonderer Berücksichtigung älterer Menschen*. Universität Kiel.

Zimmermann, G. E., (2004). Wege in die Überschuldung und Ursachen. S. 117- 148, (Hrsg.), *Schulden-Kompass 2004. Empirische Indikatoren der Ver- und Überschuldung in Deutschland*. Wiesbaden: Schulfa Holding AG.

Abstract: Die vorliegende Studie basiert auf dem handlungstheoretischen Karrierekonzept, das den Einfluss sozialstruktureller Faktoren auf die Überschuldungskarrieren ebenso berücksichtigt wie institutionelle und individuelle. Bevor Überschuldungskarrieren untersucht werden können, muss jedoch definiert werden, was Überschuldung ist. Im Folgenden wird das Augenmerk auf den ersten Teilbereich der Überschuldungskarrieren gelegt, nämlich auf die Wege in die Überschuldung und deren Ursachen. Die Wege in die Überschuldung können in zeitlicher Abfolge nach folgenden objektiven Ereignissen strukturiert werden: Aufnahme eines Kredites (Verschuldung), erste Zahlungsstörung, fortgesetzte Zahlungsstörungen bis zur Überschuldung und schließlich die Zahlungsunfähigkeit. Gunter E. Zimmermann trifft anhand der Daten des sozio-ökonomischen Panels (SOEP 2002) und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS 2003) und auf Basis sekundärstatistischer Analysen erstmals repräsentative Aussagen zur Größe und Merkmalsverteilung verschuldeter Personen und Haushalten mit bankmäßigen Krediten. Ermöglicht werden nicht nur repräsentative Aussagen darüber, wie viele Haushalte in Deutschland überschuldet sind, sondern auch eine Quantifizierung derjenigen Haushalte, die sich an der Schwelle zur Überschuldung befinden. Darüber hinaus lässt sich für weiterführende Untersuchungen zu Überschuldungskarrieren ein typisiertes Sozialprofil des überschuldeten Haushalts skizzieren. Dies bietet eine theoretische Grundlage für die Schuldnerberatung und die weitere Ausgestaltung von Präventionsmaßnahmen.